



# Leopold Kulcsar – ein Leben im Widerspruch

## Teil 1: Wien, 1900–1934

GEORG PICHLER

Leopold Kulcsar wurde am 9. September 1900 in Wien geboren.<sup>1</sup> Er stammte, wie sein Schwiegervater Valentin Pollak schrieb, „aus einer richtigen Proletarierfamilie aus dem sehr proletarischen zehnten Bezirk“<sup>2</sup> und wuchs „in einem Bassenahaus am Columbusplatz“<sup>3</sup> auf, in wohl sehr ärmlichen Verhältnissen, denn seine Familie war nie offiziell gemeldet.<sup>4</sup> Sein Vater, der Unteroffizier und Omnibus-Schaffner gewesen war, starb kurz vor Leopolds Geburt. Seine Mutter arbeitete als Wäscherin und wurde schließlich Friseurin, die ihre Kundinnen in deren Wohnungen aufsuchte. Kulcsar war der Nachzügler einer kinderreichen Familie, „in der es viel Krankheit gab, [weshalb] er von der Natur trotz anscheinend kräftiger Konstitution nicht viel Widerstandskraft mitbekommen haben“ dürfte.<sup>5</sup> Obwohl er „ein ungewöhnlich begabter Mensch“ war<sup>6</sup> und großes Interesse an Geschichte und Sprachen hatte, konnte er nur die Realschule und die ihm verhasste Handelsakademie besuchen. Seinem künftigen Schwiegervater zufolge blieb so „seine Bildung immer fragmentarisch, besonders nach der ästhetischen Seite hin“,<sup>7</sup> während er für seine spätere Frau Ilse „kein Intellektueller seiner Schulung nach“, wohl aber „seiner Veranlagung nach“ war.<sup>8</sup> Dieses Dilemma erklärt wohl seine spätere Unsicherheit nicht nur in intellektuellen, auch in sozialen Belangen, die er durch großspuriges Auftreten zu übertünchen trachtete. Schon in der Handelsakademie wurde Kulcsar politisch tätig. Während des Weltkriegs war er zum Antimilitaristen geworden, da er beim Roten Kreuz gearbeitet und die vom Krieg verursachten Verheerungen gesehen hatte.<sup>9</sup> 1917, dem Jahr, in dem Hans Hautmann zufolge der schlafende Riese, nämlich die Arbeiterbewegung, erwachte,<sup>10</sup> schloss sich Kulcsar dem Kreis der Linksradikalen um Franz Koritschoner an, die sich von der Sozialdemokratie abgespalten hatten,

mit den Ideen der Bolschewiki sympathisierten<sup>11</sup> und denen u.a. Leo Rothziegel, Johannes Wertheim, Arnold Baral oder Friedrich Hexmann angehörten.

Mit 17 Jahren wurde er nach Wiener Neustadt, Ternitz und Wöllersdorf geschickt, um als guter Redner, der er bereits damals war, mit den Arbeitern Kontakt aufzunehmen und Proteste zu organisieren, die in den Jännerstreik mündeten. Dieser Jännerstreik des Jahres 1918 war der „größte Ausstand des Ersten Weltkriegs und die bedeutendste politische Streikaktion in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt“.<sup>12</sup> Am 19. Jänner 1918 streikten an die 550.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz Österreich, doch wurden nur 23 Personen verhaftet, die alle aus dem Umfeld der Linksradikalen kamen. Sie wurden in den Wochen nach dem 21. Jänner 1918 festgenommen, wegen Hochverrats angeklagt und blieben bis Ende Oktober im Gefängnis. Kulcsar wurde erst Anfang Februar gefasst und saß als einer der wichtigsten Propagandisten<sup>13</sup> bis kurz vor Kriegsende in Einzelhaft. So galt er zwar als eine Art Märtyrer der Linksradikalen und der frühen Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (KPDÖ), die bald nach seiner Freilassung am 3. November 1918 gegründet wurde; doch hatten seiner späteren Frau Ilse zufolge diese Haftmonate eine „verheerende Wirkung“ und „gewisse verzerrende Einflüsse“ auf die Psyche eines noch sehr jungen Menschen.<sup>14</sup>

### Mitglied der KP(D)Ö

Aktiv trat Kulcsar am 1. Parteitag der KPDÖ, der am 9. Februar 1919 in Wien stattfand, in Erscheinung, wenn auch nur mit einem kurzen Diskussionsbeitrag. In ihm forderte er, einen weniger aggressiven Ton gegen die Sozialdemokraten anzuschlagen, „unser kommunistisches Ziel in den Vordergrund [zu] rücken und nicht den Kampf gegen die Führer der Sozialdemokratie als Hauptpunkt [zu]

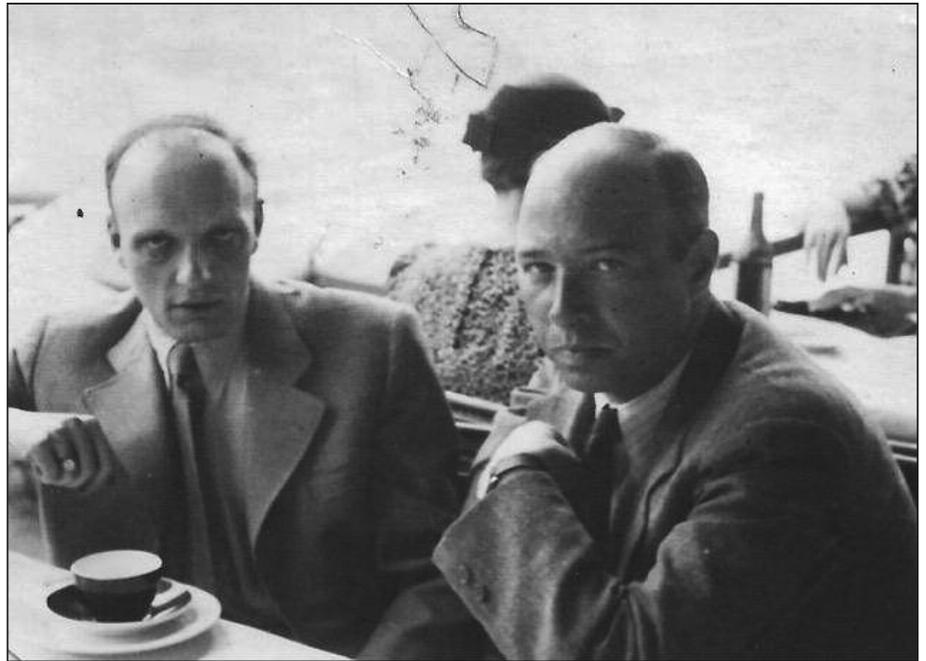
betrachten“;<sup>15</sup> ein Vorschlag, der auf wenig Gegenliebe stieß, da sich die nächsten beiden Redner gegen diese Mäßigung aussprachen. Bald darauf, im Frühjahr 1919, engagierte sich Kulcsar für die Ungarische Räterepublik, war als Kurier tätig und lernte die Situation in Budapest und Ödenburg, dem heutigen Sopron, kennen.<sup>16</sup> Ob er, wie Valentin Pollak meinte, tatsächlich an den Kämpfen in Ungarn teilnahm,<sup>17</sup> ist unklar. Keinesfalls war er, wie Joseph T. Simon schrieb, „in der Regierung Bela Kuns tätig“, konnte deswegen nicht zum Tode verurteilt werden und wurde auch nicht, wie „die Legende behauptet“, durch die Intervention des „damaligen Bundeskanzlers“ Johann Schober „vor der Hinrichtung bewahrt“.<sup>18</sup> Schober war ein angeheirateter Onkel von Kulcsars späterer Frau, daher das Gerücht, und als langjähriger Wiener Polizeipräsident beim Brand des Wiener Justizpalasts am 15. Juli 1927 verantwortlich für das harte Vorgehen der Polizei gegen die protestierenden Arbeitermassen, das 84 Todesopfer forderte. Ebenso war er drei Mal für kurze Zeit Bundeskanzler, jedoch erst zwei Jahre nach der ungarischen Räterepublik. Zudem kannten Leopold und Ilse einander zu jener Zeit noch gar nicht. Dennoch fand dieses Gerücht sogar Eingang in das „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration“.<sup>19</sup> Seiner Frau Ilse zufolge hatte Kulcsar die ungarische Räteregierung nicht „von innen heraus“ kennengelernt.<sup>20</sup>

Die am 20. September 1902 in Wien geborene Ilse Pollak lernte Leopold Kulcsar 1921 in der Wohnung von Franz Koritschoner kennen. Kulcsar arbeitete damals wie Koritschoner als Bankbeamter, war Parteisekretär von Brigittenau und enttäuscht von den Entwicklungen innerhalb der KPDÖ.<sup>21</sup> Die aus einem wohlhabenden, bürgerlichen Haus stammende Ilse – sie war die Tochter des sozialdemokratischen Direktors des Wiener Wasa-Gymnasiums Valentin

Pollak und seiner Frau Alice, geborene von Zieglmayer, deren Schwester Johann Schober geheiratet hatte – war kurz zuvor nach ideologischen Differenzen mit der Jugendorganisation aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) ausgetreten und auf Initiative von Willi Münzenberg Mitglied der Kommunistischen Partei geworden. 1922 heirateten Ilse und Leopold. Anfangs waren Ilses Eltern gegen diese Ehe, weniger aus Ständedünkeln als vielmehr, da dem seinem eigenen Judentum abholden Valentin Pollak die Tatsache, dass Leopold Jude war, ein „Rückschlag“<sup>22</sup> schien. Dennoch entwickelte sich eine innige Beziehung zu Poldi, wie er im Familienkreis genannt wurde, die bis zu seinem frühen Tod bestehen blieb.<sup>23</sup>

Da ihr Einkommen sehr gering war, zog das junge Paar zu Ilses Eltern in die Dienstwohnung Valentin Pollaks in die Hörlgasse 3. Sie begannen für die Partei zu arbeiten und waren bald als „die Kulcsars“ bekannt. Beide wurden journalistisch tätig, Ilse erhielt eine Stelle als Wirtschaftsredakteurin des Parteiorgans *Die Rote Fahne*. Ihre Lebensweise entsprach aber weder dem proletarischen Ideal noch Valentin Pollaks bürgerlichen Vorstellungen: „Poldi war zum Journalismus übergegangen, er, von Haus aus ein sehr nervöser Mensch, verbrachte seine Zeit vielfach mit Herumlaufen, Kaffeehaus sitzen, Debattieren bis spät in die Nacht, immer eine Zigarette nach der anderen rauchend, und mit Ilse war es nicht viel anders. Der Tag begann für die beiden gegen Mittag und endete lang nach Mitternacht. Anspruchsvoll waren sie nicht, aber Poldi besonders wusste mit Geld so wenig umzugehen wie ein kleines Kind. Er hat sich früher und später monatelang durchgehungen und dann wieder auf lächerliche Weise verschwendet.“<sup>24</sup>

Seine einstige zentrale Stellung in der jungen Partei verlor Kulcsar bald, im Zuge der Macht- und Fraktionskämpfe innerhalb der KPÖ<sup>25</sup> gelangte er immer mehr ins Abseits. Zwei Jahre später kam es schließlich zum Bruch. Anlass war die Debatte um die so genannte Schlageter-Taktik, benannt nach dem nationalsozialistischen Heroen Albert Leo Schlageter. Dieser vor allem in Deutschland heftig diskutierten Taktik zufolge sollte die Kommunistische Partei mit den Nationalsozialisten gegen die Bürgerlichen eine gemeinsame Front bilden, um so die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu bringen. Die Kulcsars sprachen sich vehement dagegen aus, da sie „die theoretische Erkenntnis verfochten“, dass es gefährlich



Leopold Kulcsar und Willi Pollak, 1930er Jahre

© Collection Uli Rushby-Smith

sei, mit den Nazis gemeinsame Sache zu machen. Einerseits würde man ihnen den Zugang zur eigenen Arbeiterschaft ermöglichen, wozu die Nazis im Gegenzug nicht bereit wären. Andererseits gäbe es unter der Arbeiterschaft ohnehin gewisse „nationalistische Bewusstseins-elemente“; würden solche Elemente nun durch Kontakte mit den Nazis verstärkt, „geheiligt und sanktioniert“,<sup>26</sup> so würden sich in der Folge die Arbeiter eher den Nationalsozialisten zuwenden als den Kommunisten.

Doch blieb es nicht bei rein theoretischen Auseinandersetzungen. Leopold, der „unvorsichtig [und] ungeschickt in mancher Beziehung“ war,<sup>27</sup> setzte seine Macht als Vorsitzender der Bezirksorganisation Brigittenau ein, damals „die stärkste Organisation der KP“,<sup>28</sup> und boykottierte Parteibeschlüsse. Deshalb wurde er – und gleichsam als „Sippenhaftung“<sup>29</sup> auch Ilse – im Herbst 1924 mit Funktionsverbot belegt. Gründe gab es der Partei zufolge genug. So etwa habe er „nicht nur in seinem eigenen Bezirk sondern in der ganzen Organisation Wiens solche vollkommen unproletarische apachenmäßige Akte organisiert und dem Ansehen der kommunistischen Internationale schwer geschadet“, wie da etwa wären: der Versuch, „mit Ordnern aus dem XX. Bezirk die niederösterreichische Obmännerkonferenz am 7. September 1924 zu beeinflussen. Ferner am 10. September das gewaltsame Eindringen in die Mitgliederversammlung des II. Bezirkes mit einer Ordnergruppe aus dem XX. Bezirk. Ferner das gewaltsame Eindringen in die Mitglie-

dersammlung am 15. September der Jugend im II. Bezirk“ und eine Reihe anderer Störaktionen mehr. Daher sah sich die Kommission gezwungen, „mit Kulcsar und seiner Garde in der Partei aufzuräumen“.<sup>30</sup> Freilich waren die Aktionen Kulcsars im Vergleich zu anderen „Abweichlern“ unbedeutend, denn das Konvolut, aus dem dieses Dokument stammt, ist vor allem den im Rahmen der Fraktionskämpfe wichtigeren Fällen von Emil Fey und Karl Tomann gewidmet, die ausführlicher besprochen wurden und in die Parteipresse gelangten. Dass es damals generell nicht sehr zimperlich zugeht, zeigt etwa der Fall Tomann, der aufgefordert wurde, „von jeder politischen Tätigkeit Abstand zu nehmen. Daraufhin hatte dieser einen Stuhl gepackt und ihn Johann Koplenig an den Kopf geworfen.“<sup>31</sup> Wegen „unproletarischer Handlungsweise“ wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

### Kommunistischer Spion in Budapest

Auch die Kulcsars wurden ausgeschlossen. Dennoch blieben sie im Umfeld der Partei tätig, wie eine Ankündigung in der *Roten Fahne* zeigt, derzufolge Ilse im März 1925 als Referentin bei drei Frauenversammlungen in der Steiermark auftrat.<sup>32</sup> Im Spätsommer dieses Jahres erhielt das Ehepaar von der sowjetischen Gesandtschaft in Wien den Auftrag, im Rahmen einer „politische[n] Schulung“<sup>33</sup> die Lage in Ungarn und in Rumänien zu erkunden. Ilse reiste nach Rumänien, wo sie als „Mittelding zwischen Berichterstatte[r] und beinahe

Agent<sup>34</sup> Kontakt zum Widerstand gegen die Monarchie aufnahm. Doch brach sie aus unbekanntem Gründen nach drei Monaten ihren Aufenthalt frühzeitig ab<sup>35</sup> und reiste im Dezember über Jugoslawien nach Budapest, um sich dort mit Leopold zu treffen. Dieser war am 5. Oktober nach Budapest gekommen und hatte versucht, „Informatoren zu gewinnen, die ihm volkswirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und militärische Daten liefern sollten, die er zu Stimmungsberichten verwenden wollte“.<sup>36</sup> Dazu diente ein Fragebogen mit sieben Punkten, die Leopold unter anderem einem Journalisten übergab mit der Bitte, die Fragen dem ungarischen Außenministerium zu übermitteln, ein wahrlich gefinkelter Plan in Sachen Spionage. Der Journalist denunzierte Kulcsar, und die Polizei des Horthy-Regimes machte sich ans Werk.

Am 21. Dezember 1925 meldete die *Wiener Neue Freie Presse*, dass es zu „Verhaftungen wegen kommunistischer Umtriebe in Budapest“ gekommen sei,<sup>37</sup> ohne jedoch Namen zu nennen. Tags darauf erwähnten diesen Vorfall bereits mehrere Zeitungen, so etwa die *Arbeiter-Zeitung*, die auf Seite 1 in sehr ironischem Tonfall von einem Mann berichtete, „der den ungarischen Namen Leopold Kulcsar führte, ein wirklicher oder angeblicher Wiener Journalist sein soll, aber trotz seines ungarischen Namens ungarisch nicht versteht“.<sup>38</sup> Weiters heißt es, dass Kulcsar mit dem „gewesenen ungarischen Ministerialrat Eugen Marich, der in Novisad (Jugoslawien) wohnhaft ist, in Verbindung stand“. Marich war in Ungarn aufgrund der so genannten Kartoffelaffäre bekannt geworden, als er gemeinsam mit dem Prinzen Ludwig Windischgrätz während des Ersten Weltkriegs „ungenießbaren Kartoffelgries zu Wucherpreisen dem hungernden Österreich“ verkauft hatte,<sup>39</sup> ein Skandal, wegen dem er sein Amt zurücklegen musste. Waren in diesen ersten zwei Tagen noch wenige Details bekannt, so stellte sich bald heraus, dass die ungarische Polizei Kulcsar und all seine Kontaktpersonen seit seiner Ankunft in Budapest observiert hatte. Daher nahmen Beamte am 18. Dezember Marich am Budapester Ostbahnhof<sup>40</sup> in Begleitung einer Frau fest, bei der es sich nicht, wie anfangs behauptet, um dessen Gattin, sondern um Ilse Kulcsar handelte, die von ihrer Mission in Rumänien zurückgekehrt war.

Nicht nur in Ungarn, auch in Österreich war die Aufregung groß: Mehrere Zeitungen berichteten über die Festnah-

me an prominenter Stelle. Die nationalstische, antisemitische *Ostdeutsche Rundschau* nützte die Affäre und vermutete gleich ein jüdisch-marxistisch verseuchtes „Kommunistennest im Wasa-Gymnasium“.<sup>41</sup> Die Boulevardzeitung *Die Stunde* informierte ihre Leser ausführlich über die „neue Budapester Kommunistenaffäre“<sup>42</sup> und veröffentlichte am 24. Dezember unter dem Titel „Wer ist Ilse Kulcsar“<sup>43</sup> einen Hintergrundartikel über das Ehepaar und sein familiäres Umfeld, über Ilses Vater ebenso wie über ihren angeheirateten Onkel Johann Schober. Auf derselben Seite fand sich, wie auch in anderen Zeitungen, eine „Erklärung der Wiener Polizeidirektion“, in der es unter anderem hieß, dass – sehr subtil – „Ilse Kulcsar nicht die Nichte des Polizeipräsidenten, sondern eine Verwandte der Frau des Polizeipräsidenten“ sei, schon vor längerer Zeit aus der KPÖ ausgetreten wäre und die Polizeidirektion nichts über „die Tätigkeit der Frau Ilse Kulcsar in Ungarn“ gewusst hätte – eine Distanzierung, die Valentin Pollak seinem ungeliebten Schwager bis nach dessen Tod nachtrug; zudem hätte Pollak zufolge Schober sehr wohl von dieser Reise gewusst.<sup>44</sup> Mit Häme reagierte die KPÖ. Die *Rote Fahne* widerlegte die Behauptung, es handle sich um eine kommunistische Verschwörung, da das Ehepaar „nach schweren Konflikten mit der Partei seit langem jede Verbindung mit dieser abgebrochen“ habe.<sup>45</sup> Tags darauf legte die Zeitung nach und behauptete, der ungarische Präsident Horthy und seine „Henkerregierung“ hätten die Festnahme als „Ablenkungsmanöver“ geplant, um einen Skandal zu vertuschen, als deren „Initiator“<sup>46</sup> Horthy selbst galt: In der staatlichen ungarischen Notenbank waren nämlich französische Francs gefälscht worden.

Nach den Weihnachtsfeiertagen, am 2. Jänner 1926, wurden die Kulcsars, Marich sowie ein dritter Österreicher, Berthold Günsberger, „wegen des Verbrechens des versuchten Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ in Präventivhaft genommen.<sup>47</sup> Am 28. März 1926 fand die Gerichtsverhandlung statt. Alle Angeklagten bestritten, im Dienst des Kommunismus tätig zu sein, sie wollten „nur sachgemäße Berichte über Rumänien“ verfassen. Ilse sagte aus, ihre politischen Ziele hätten sich darauf beschränkt, in „Bessarabien eine irredentistische Bewegung hervorzurufen und so Rumänien bei einem etwaigen Zusammenstoß mit Russland

von innen zu schwächen“.<sup>48</sup> Da dies in keinen Zusammenhang mit Ungarn gebracht werden konnte, sprach der Gerichtshof aus Mangel an Beweisen alle vier von der Anklage auf Umsturz der staatlichen Ordnung frei; einzig Günsberger, der sich als Geldgeber und Drahtzieher herausgestellt hatte, wurde wegen Dokumentenfälschung zu zwei Monaten Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt.<sup>49</sup> Für die rasche Abwicklung dieses Falls dürfte Ilses Verwandtschaft mit Johann Schober doch „eine gewisse Rolle“ gespielt haben.<sup>50</sup>

### In der SDAP

Nach ihrer Freilassung kehrten die Kulcsars nach Wien zurück. Die KPÖ hatte ihnen keinerlei Hilfe angedeihen lassen, daher wandten sie sich endgültig von der Partei ab und traten nach einer „Art dezentes Intervall“<sup>51</sup> in die Sozialdemokratische Partei ein, wenn auch nicht am linken Flügel um Max Adler. „Die Aufnahme in die Sozialdemokratie wurde ihnen leicht gemacht und beide waren bald geschätzte Mitarbeiter“,<sup>52</sup> stellte Valentin Pollak befriedigt fest. Pollak war es auch, der den Großteil der Anwaltskosten im Budapester Prozess aufbringen musste, indem er Schulden aufnahm, die er erst Jahre später dank einer Abfindung des Bundesverlags zurückzahlen konnte.<sup>53</sup>

In der SDAP fanden die Kulcsars rasch Arbeit. Ilse entdeckte ihr didaktisches und rhetorisches Talent und wurde für die Bildungszentrale der Partei tätig. Sie hielt Vorträge, machte Fortbildungskurse für Frauen und junge Arbeiterinnen und Arbeiter und bereiste als „Wanderlehrerin“ vor allem den Ostalpenraum, trat aber auch in Salzburg und Tirol auf. Als Vortragende hatte sie großen Erfolg und war bald als „die berühmte Rednerin Ilse Kulcsar von der Bildungszentrale aus Wien“<sup>54</sup> bekannt. Auf ihren wochenlangen Touren arbeitete sie mit vielen Mitgliedern der lokalen Parteigruppierungen und von Gewerkschaften zusammen, so etwa mit Koloman Wallisch. Zugleich begann sie wieder zu schreiben und veröffentlichte Reportagen und Essays in der sozialdemokratischen Parteipresse, vor allem in der *Arbeiter-Zeitung* und in der *Roten Revue*, verfasste aber auch längere theoretische Texte wie etwa „Großmächte der Finanz und der Industrie“ (1930) über Konkurrenz und Monopol im Kapitalismus.

Auch Leopold Kulcsar arbeitete als Journalist, wurde Redakteur der parteinahen Zeitung *Die Welt am Morgen*,<sup>55</sup>

schrieb für die *Arbeiter-Zeitung* und für Gewerkschaftszeitschriften wie *Der Eisenbahner*, die er in den 1930er Jahren als verantwortlicher Redakteur herausgab. Der spätere Innenminister Oskar Helmer, damals Vorsitzender der niederösterreichische Landespartei der SDAP und von 1927 bis 1934 Landeshauptmann-Stellvertreter in diesem Bundesland, stellte Kulcsar als Sekretär ein, da er seine Begabung sehr schätzte.<sup>56</sup> In seinem Auftrag verfasste Kulcsar ein Buch, das für ihn, den Autodidakten, „der Anfang [...] des Schreibens von Büchern war“.<sup>57</sup> Das Werk kam 1930 unter dem Titel „Die niederösterreichische Gemeinde, ihre Verfassung und Verwaltung“ in Helmers eigener Druck- und Verlagsanstalt heraus. Es war für Politiker, Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes bestimmt, ging thematisch auf deren praktische Bedürfnisse im administrativen Alltagsleben ein und brachte zugleich eine „vom sozialdemokratischen Standpunkt dem derzeitigen gesetzlichen Stande entgegenzustellende Kritik“ zum Ausdruck.<sup>58</sup>

1932 erschien im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung eine Broschüre mit einer an John Heartfield erinnernden Umschlagskomposition: Über einer beeindruckenden Menschenmenge prangt der Titel „Feind im Rücken“, einen Autorennamen sucht man jedoch vergebens. Joseph P. Simon zufolge war es Leopold Kulcsar, der im Auftrag der Partei „ein recht gehässiges, wirkungsvolles Pamphlet“<sup>59</sup> für Wahlkampfzwecke gegen einen Kontrahenten schrieb, mit dem sich sonst niemand in der SDAP anlegen wollte: die Kommunisten. Auf den 90 Seiten der Broschüre beweist Kulcsar seine ausführliche Kenntnis der Geschichte des internationalen Kommunismus ebenso wie sein Talent zu polemischer Überspitzung, denn im Grund ist sein Text nichts anderes als die Umkehrung der Sozialfaschismusthese, die von den Kommunisten auf die Sozialdemokraten angewandt worden war. Der Broschüre zufolge hätte die kurzfristige Politik der kommunistischen Parteien dem Bürgertum, vor allem aber dem Faschismus den Rücken gestärkt und die internationale Arbeiterbewegung geschwächt. Im Gegenzug wird der demokratische Parlamentarismus der Sozialdemokraten vollkommen unkritisch als das Ideal des politischen Umgangs mit dem Faschismus proklamiert, jede „putschistische“ Abweichung davon wird als Umsturz gewertet, der à la longue dem Feind in die Hände arbeite und die Kom-

munisten zum „Unheil der Arbeiterklasse“ werden lasse.<sup>60</sup>

Ebenso im parteieigenen Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschien 1933 eine andere Broschüre, die diesmal den Namen ihres Autors Leopold Kulcsar trug: „Die Kirche und unsere Zeit“. Der Text war weniger polemisch und zielte mit seiner historisch untermauerten Sachkenntnis auf ein anderes Publikum: die Linkskatholiken, die für die Sozialdemokratie gewonnen werden sollten. Ausgehend von der Enzyklika „*Rerum novarum*“ aus dem Jahr 1891 wird die sich wandelnde Beziehung des Katholizismus zur Arbeiterschaft nachgezeichnet, um in eine Analyse der 1931 von Papst Pius XI. veröffentlichte Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ zu münden, die bekanntlich eine „wichtige Legitimationsgrundlage“<sup>61</sup> für den Austrofaschismus war. Kulcsar gesteht der *Quadragesimo anno* den Willen zu, die Erkenntnisse der Arbeiterbewegung, so etwa die Existenz eines Klassenstaats und den „Internationalismus des Finanzkapitals“ wahrzunehmen, wenn auch „ein halbes Jahrhundert“ später als der Marxismus. Doch der Versuch, „durch vieldeutige Formulierungen, durch Zugeständnisse nach links und rechts, die letzte klare Stellungnahme der Kirche hinauszuschieben“, aber auch die Praxis der Christlichsozialen, denen es weniger um die reale Umsetzung der Enzyklika als vielmehr „um die Verwirklichung ihrer eigenen katholisch-faschistischen Gedanken“ gehe, würden die Postulate der Enzyklika ad absurdum führen. Entscheidend, so das Fazit, sei die Frage, wo die Kirche im „Ringgen gegen den Faschismus zu finden sein“ werde<sup>62</sup> – ein klarer Aufruf an die katholische Arbeiterschaft, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache zu machen.

### Vor Gericht

Ende Jänner 1933 kam Leopold Kulcsar erneut in die Zeitungen. Diesmal war er der „Aufwiegelung, Aufhetzung zum Haß und zur Verachtung einzelner Bundesorgane“<sup>63</sup> angeklagt worden. Der Anlass war ein Artikel, den er am 28. Oktober des Vorjahres über den „Simmeringer Blutsonntag“ verfasst und als verantwortlicher Redakteur im *Eisenbahner* veröffentlicht hatte. Zwölf Tage zuvor, am 16. Oktober, waren in der angespannten politischen Atmosphäre Nationalsozialisten in dem proletarischen Wiener Bezirk Simmering aufmarschiert; vor dem Arbeiterheim in der Drischützgasse war es zu Zusammenstößen gekommen,

da das Heim von einer vorsichtshalber dort stationierten Abteilung des Republikanischen Schutzbundes verteidigt wurde. Als die Polizei anrückte, zogen sich die Nationalsozialisten zurück; allerdings stürmte nun die Polizei das Arbeiterheim, ging brutal gegen die Schutzbündler vor, zerstörte die Einrichtung und nahm über hundert Personen fest. Vier Menschen starben bei den Auseinandersetzungen, zwei Polizisten, ein Nationalsozialist und eine unbeteiligte Passantin. In den darauffolgenden Tagen kam es zu Schlägereien in Wien, die von Nazis provoziert worden waren und der Regierung als Vorwand dienten, repressive Maßnahmen zu ergreifen.<sup>64</sup> Unter dem Titel „Rechtskurs“ hatte Kulcsar zwölf Tage später im *Eisenbahner* die Vorgehensweise der Exekutive kritisiert, die die Nazis ungeschoren ließ, die Schutzbündler hingegen brutal attackierte. Der von den Behörden inkriminierte und ironischerweise in den Prozessberichten immer wieder zitierte Absatz lautete: „Verhaftete Schutzbündler werden halbtot geprügelt. Polizei und Justiz sehen allem, was links geschieht, scharf auf die Finger, dafür ruhen sie ihre ermüdeten Blicke aus, wenn sie nach rechts blicken sollen. Und was sie nicht sehen, das erfinden sie. [...] Kurzum, alles, was reaktionär ist, hat wieder Oberwasser.“<sup>65</sup>

Dem Vorwurf des Richters, dass sein Text zu Hass und Verachtung aufwiegle, hielt Kulcsar entgegen, dass er nur den Verlauf des Überfalls der Polizei wiedergebe und daher „die Tatsachen aufreizend“ seien, nicht aber seine Beschreibung derselben. Selbstbewusst antwortete er dem Richter: „Wenn Gesetzeswidrigkeiten von Behörden tatsächlich vorliegen, dann habe ich mir nicht darüber den Kopf zu zerbrechen und mich nicht darum zu kümmern, zu überlegen, ob die Mitteilung solcher Gesetzeswidrigkeiten aufreizend wirkt. Ich habe mich zu einer solchen Mitteilung für moralisch und juristisch verpflichtet gefühlt.“<sup>66</sup> Und da Schutzbündler von der Polizei tatsächlich halbtot geschlagen worden seien, habe er dies eben genau so in seinem Artikel dargestellt. Er sei daher unschuldig. Mit einer wohlüberlegten Strategie nutzten Kulcsar und sein Verteidiger Oswald Richter den Prozess, um detailreich die Parteilichkeit der Polizei und der „Klassenjustiz“<sup>67</sup> anzuklagen, und brachten zahlreiche Beispiele dafür, dass man gegen Christlichsoziale und Nationalsozialisten weitaus weniger scharf agiere als gegen Sozialdemokraten. Die zwölf Geschworenen beantworteten daraufhin die

beiden Anklagepunkte – „Aufreizung“ und Verletzung der journalistischen „Obsorge“<sup>68</sup> – einstimmig mit Nein, so dass dem Gerichtshof nichts anderes übrigblieb, als Kulcsar freizusprechen. „Aus der beabsichtigten Verfolgung der Presse wurde eine wirkungsvolle Kundgebung für die Freiheit der Meinung“<sup>69</sup> urteilte die *Arbeiter-Zeitung*.

### Die Gruppe Funke

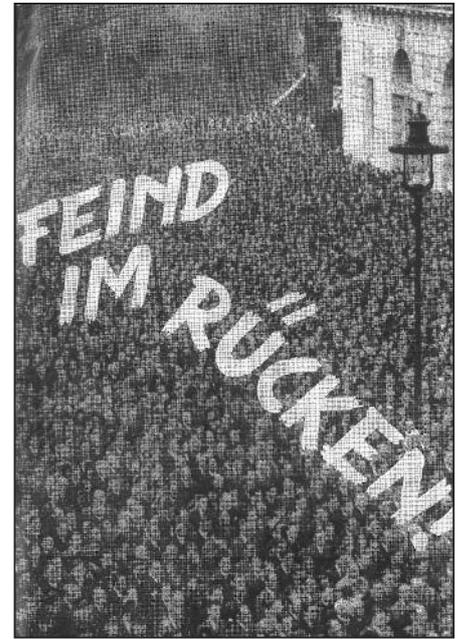
Das immer repressiver werdende politische Klima in Österreich, aber auch die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland ließ die beiden Kulcsars neue Wege des Widerstands suchen. Ilse wollte Anfang April 1933 ein Zeichen setzen und hielt nach Absprache mit der Partei in Oberösterreich mehrere Reden, in denen sie die Regierung provozierte. Wie erwartet wurde sie festgenommen und zu zehn Tagen Haft und 160 Schilling Geldstrafe verurteilt. Bei dem Gefängnisaufenthalt zog sie sich eine Infektion zu, die zu einer lebensgefährlichen Gelenkentzündung führte.<sup>70</sup>

Als sie rekonvaleszent darniederlag, erhielt sie Ende April oder Anfang Mai den Besuch des ehemaligen kommunistischen Publizisten Franz Borkenau,<sup>71</sup> der ihr von einer 1929 in Deutschland gegründeten Widerstandsgruppe berichtete, die sich um den Politiker Walter Loewenheim gebildet hatte, links von SPD und KPD stand und nach ihrem Gang ins Exil eine neue Perspektive in die Klandestinität einbrachte. Sie ging nämlich davon aus, dass der Faschismus, anders als es die beiden Massenparteien vermuteten, lange Zeit an der Macht bleiben würde und daher eine andere Taktik des Untergrundkampfes notwendig sei. Diese könne nicht auf einer breiten sozialen Basis oder auf Massenpropaganda beruhen, sondern auf einem Netz kleiner klandestiner Zellen, „eines geschulten, marxistischen, konspirativ abgedichteten Kaders“<sup>72</sup>, der mittel- und langfristig in Betrieben und Fabriken zu wirken beginnen solle. Nach der Niederlage des Faschismus würde dieser Theorie zufolge eine Phase der bürgerlich-parlamentarischen Republik kommen, um schließlich in eine sozialistische Republik zu münden. Die Kontaktperson, die Borkenau Ilse bald danach vorstellte, war ein alter Bekannter: Karl Frank, der unter dem Decknamen Willi Müller aktiv war.<sup>73</sup> Die Kulcsars gründeten in Anlehnung an *Neu Beginnen* einen Wiener Ableger, der erst einmal als „Diskussionsgruppe“<sup>74</sup> fungierte und die These verfocht, dass „eine wirklich voll faschis-

tische Phase“<sup>75</sup> auf Österreich zukommen würde, gegen die es vorzugehen gelte. Die Kulcsars scharten mehrere Personen um sich, neben Karl Frank und Franz Borkenau waren es unter anderem Johann Buttinger, Karl Hartl, Ilona Duczyńska, Rudolf Friemel, Karl Czernetz, Bernhard Pulpan, Lea Strasser, Elli Herzfeld oder die US-amerikanische Psychoanalytikerin und Millionärin Muriel Gardiner, die spätere Frau Buttingers, die eine Zeitlang die Gruppe auch finanziell unterstützte.<sup>76</sup> Nicht nur durch den Kontakt mit *Neu Beginnen*, sondern auch dank der theoretischen und konspirativen Schulung, die sie in den Jahren ihrer Zugehörigkeit zur KPÖ erfahren hatten, waren die Kulcsars ihren Parteigenossen von der SDAP überlegen<sup>77</sup> und für die Illegalität besser gerüstet, die ab dem Februar 1934 auf sie zukam. Anders als in einigen Erinnerungen dargestellt, war Ilse der „eigentliche führende Kopf der Gruppe“.<sup>78</sup>

Die Kämpfe im Österreichischen Bürgerkrieg vom 12. bis 16. Februar 1934 gingen an ihnen relativ spurlos vorüber. Ilse fand in der Wohnung ihrer Eltern Unterschlupf, verlor aber einen der engsten Mitarbeiter aus ihrer Zeit in der Obersteiermark, Koloman Wallisch. Leopold machte sich, kaum dass er von den Unruhen erfahren hatte, nach Floridsdorf auf,<sup>79</sup> wurde jedoch auf dem Weg in das dortige Arbeiterheim verhaftet. Da man ihm nichts nachweisen konnte und er als Journalist das Recht hatte, zum „Schauplatz bewegter Ereignisse“ zu gelangen,<sup>80</sup> kam er etwas mehr als eine Woche später wieder frei, unter anderem dank der Intervention seines Schwiegervaters: „es war fast komisch, welchen Eindruck mein Hofratstitel auf die Polizeileute machte und wie Poldi sichtlich in ihren Augen stieg“.<sup>81</sup>

1933 waren die Kulcsars in einen neu errichteten Gemeindebau in der Laxenburger Straße 92 in Wien-Favoriten übersiedelt,<sup>82</sup> doch mussten sie gleich nach dem Ende des Bürgerkriegs diese Wohnung aufgeben.<sup>83</sup> Noch bevor Leopold aus der Haft entlassen wurde, mietete Ilse eine Wohnung im symbolischen und realen Zentrum der Macht: im ersten Wiener Hochhaus in der Herrngasse in der Wiener Innenstadt, 1932 fertiggestellt. Am 26. März zogen sie in eine Wohnung, von der aus man einen Blick auf die „Hauseinfahrt des Vizekanzleramtes“ hatte und hinter deren mit Vorhängen versehenen Fenstern man „Beobachtungen anstellen“ konnte, wie es in einem Polizeibericht heißt.<sup>84</sup> Zudem hat-



Von Leopold Kulcsar verfasste, gegen die KPÖ gerichtete Wahlkampfbroschüre der SDAP „Feind im Rücken“ (1932).

te das Gebäude viele Ausgänge, so dass seine Bewohner nur schwer zu überwachen waren. Sie richteten sich nun nach den Vorgaben von *Neu Beginnen* mit allen möglichen „illegalen Behelfen“ in der Klandestinität ein, verwendeten etwa chinesisches Reispapier, das man ohne Aschenreste verbrennen konnte, druckten Flugschriften und verbreiteten Propaganda. Vor allem aber war Leopold Kulcsar im Auftrag von Otto Bauer für den Druck der in Brünn gesetzten illegalen *Arbeiter-Zeitung* verantwortlich. Die Matrizen für die Zeitung wurden in der Tschechoslowakei hergestellt, über die Grenze geschmuggelt und jede Woche in einer anderen Druckerei zu Papier gebracht. Den Vertrieb besorgten andere Personen. Zugleich ermöglichte diese Arbeit Leopold Kulcsar, Betriebsräte zu kontaktieren und für die *Gruppe Funke* zu gewinnen.<sup>85</sup> Ebenso waren sie an der Organisation und Finanzierung von Fluchtversuchen ihrer Parteigenossinnen und -genossen über die Grenze in die Tschechoslowakei beteiligt.<sup>86</sup>

Auch die Arbeitsweise der *Gruppe Funke* änderte sich. Gemeinsam mit Ilona Duczyńska hatte Ilse kurz nach dem Ende des Bürgerkriegs eines der ersten illegalen Flugblätter hergestellt und am 22. Februar unters Volk gebracht. Darin kam zum ersten Mal der Ausdruck „revolutionäre Sozialisten“ vor,<sup>87</sup> also jener Name, unter dem bald darauf die im Land verbliebenen Sozialdemokraten Widerstand gegen den Austrofaschismus zu leisten versuchten. Zur selben Zeit beschloss die Gruppe, eine illegale Zeit-



Ilse Pollak, 1920er Jahre © Collection Uli Rushby-Smith

schrift herauszugeben, die sie als Hommage an die von Lenin im Schweizer Exil begründete Zeitschrift *Iskra* eben *Der Funke* nannten – daher auch der Name der Gruppe. Von der Zeitschrift erschien je eine vierseitige Nummer im März und April 1934 sowie eine dritte Ausgabe im September/Oktober, die 32 Seiten hatte und namentlich gezeichnete Artikel enthielt. Das „sozialdemokratische Kampforgan“, wie der Untertitel lautete, hatte sich zur Aufgabe gesetzt, über die Realität des Bürgerkriegs ebenso zu berichten wie über die Repression des Austrofaschismus. Die erste Nummer, vier Wochen nach „dem großen Kampf“,<sup>88</sup> erschienen, denunzierte etwa die antidemokratischen Maßnahmen der Regierung, polemisierte gegen die „braunen Verräter“, die Nationalsozialisten, die zugelassen hätten, dass Österreich „eine italienische Provinz“ geworden sei, versuchte, die Zahlen der Verhafteten festzustellen („an 10.000 Genossen“), und klärte die Hintergründe des Todes von Koloman Wallisch auf, um die zahlreich verbreiteten Lügen zu widerlegen.<sup>89</sup> Ähnliches bot die zweite Nummer, in der Programmatisches über die Zeitschrift zu finden war. Mit Hinweis auf das bereits erwähnte Flugblatt wurde verkündet, dass die Zeitschrift „den klassenbewußten Arbeitern, die in unserem Lande sozialistisch arbeiten wollen, auf dem neuen Wege zur Klarheit und zum Handeln“ helfen würde. Zwar habe die

alte Partei aufgrund ihres Apparats und ihrer Politik Fehler begangen und den Austrofaschismus ermöglicht, eine revolutionär ausgerichtete neue Kaderpartei könne aber diesen Apparat ablösen und sich durch die „Überwindung aller der ideologischen und organisatorischen Fehler der Vergangenheit“<sup>90</sup> durchsetzen. Wie schon zuvor in der Broschüre „Feind im Rücken“ wurde auch hier auf die leninistische Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verwiesen und die antifaschistische Politik der Sozialdemokratie gegen die angebliche revolutionäre Demagogie der Kommunisten gestellt. Die dritte, weit aus professioneller gestaltete Nummer, die den etwas hochtragenden Untertitel

„Diskussionsorgan des revolutionären Marxismus in Österreich“ trug, versuchte eine neue Selbstbestimmung der Sozialdemokratie aus mehreren Perspektiven, setzte sich mit der proletarischen Einheitsfronttaktik auseinander, vertrat die Forderung der Gruppe nach einer Kaderpolitik im Gegensatz zur Politik der Massenpartei und polemisierte gegen den „Fall Winter“, nämlich den Vorschlag des heute weitgehend vergessenen Soziologen und Politikers Karl Ernst Winter, durch die Zusammenführung von Christlichsozialen und Sozialdemokraten den Aufstieg des Nationalsozialismus zu verhindern, ein schlussendlich gescheiterter Versuch, der jedoch dazu führte, dass Winter im April 1934 von Dollfuß zum Dritten Vizebürgermeister von Wien ernannt wurde.

Die *Gruppe Funke* hatte den anderen Widerstandsgruppen, die sich nun im Umfeld von SDAP und KPÖ bildeten, voraus, dass sie Erfahrung in Sachen Klandestinität hatte und auf eine bereits bestehende Struktur bauen konnte. Selbst Otto Leichter, der den Kulcsars alles andere als wohlgesonnen war,<sup>91</sup> gestand ihnen in einem umfassenden Geheimbericht vom Juli 1936 über „Die illegale sozialistische Bewegung in Österreich“ zu, dass die Gruppe Kulcsar, wie er sie nannte, „eine feste Linie und anfangs eine gewisse intellektuelle Überlegenheit“ über die *Revolutionären Sozialisten* (RS) innehatte. Weiter meinte er, „dass die Gruppe über qualitativ sehr wertvolle

Kräfte verfügte und sich mit ihrer intensiven Schulungsarbeit ein unbestreitbares Verdienst erwarb. Diese Arbeit wurde in kleinen Zirkeln geleistet, die, wie bereits erwähnt, in geringer Zahl schon vor dem Februar 1934 bestanden hatten und deren es im Zeitpunkt der höchsten Entwicklung etwa dreißig in Wien gegeben haben dürfte.“ Einige der Mitglieder der Gruppe, vor allem Joseph Buttinger, übernahmen später Führungspositionen bei den RS. Doch bald stellten sich erste Spannungen ein, die nicht nur auf ihre „mitunter übertriebene konspirative Abdichtung, ihre etwas hochmütige Auslese- und Schulungsarbeit“ zurückzuführen waren, als sie sich „von der Masse der Arbeiter abzuschließen, sektiererisch zu isolieren“ begannen, wie Leichter festhielt. Denn die Kulcsars wollten sich auch nicht den RS unterordnen, als Oscar und Marianne Pollak, Karl Hans Seiler und Leichter versuchten, die *Gruppe Funke* mit den RS zu „verschmelzen“ und sie unter Wahrung einer gewissen Autonomie mit „Schulungsarbeit“<sup>92</sup> zu betrauen. Erst Ilse, später Leopold lehnten die Zusammenarbeit ab, da sie an der Fähigkeit der RS zweifelten, effektiv in der Klandestinität zu arbeiten, eine Weigerung, die Ilse noch Jahrzehnte später bereuen sollte.<sup>93</sup>

Dazu gesellte sich ein anderes Problem. Wie bereits erwähnt, war Leopold Kulcsar von Otto Bauer, der seine organisatorischen und intellektuellen Fähigkeiten ungemein schätzte,<sup>94</sup> mit dem Druck und Vertrieb der *Arbeiter-Zeitung* in Österreich betraut worden und hatte von ihm den nicht unerheblichen Betrag von 4.000 Schilling erhalten, nach heutiger Kaufkraft rund 18.000 Euro, um damit mehrere illegale Nummern der Zeitschrift *Der Eisenbahner* herauszugeben. Doch erschien bloß eine Nummer, die Kulcsar nicht nur „schlecht gemacht“<sup>95</sup> hatte, er hatte auch den Rest des Geldes für andere Belange ausgegeben, was einiges Aufsehen erregte und zu heftigen Auseinandersetzungen mit den RS führte. Otto Leichter forderte bei einem Treffen Kulcsar auf, ihm den Betrag auszuhändigen, da nur die „einzig legitime“ Leitung der Partei, also die RS, Anspruch darauf habe, wie Buttinger berichtete, der dann auch gleich hinzusetzte: „Aber der Teufel hätte dem lieben Gott die Seele eines Erzengels leichter entrissen als Leopold Kulcsar einen Geldbetrag, der einmal in seine Hände gefallen war.“<sup>96</sup> Kulcsar weigerte sich erwartungsgemäß, woraufhin die RS den Kontakt zur *Gruppe Funke* abbrachen.

Zum endgültigen Bruch kam es, als die *Gruppe Funke* beschloss, an der so genannten „Wiener Konferenz“, die in Wirklichkeit Anfang September im Städtchen Blansko bei Brünn stattfand,<sup>97</sup> nicht teilzunehmen. Dies geschah nicht nur aufgrund der ideologischen Differenzen, sondern auch, da es „eine ziemlich offene Konferenz“<sup>98</sup> war und die Teilnahme daran mit großer Wahrscheinlichkeit polizeibekannt geworden wäre, eine Kulcsar'sche Vorahnung, die Buttinger bestätigte, der die Sicherheitsvorkehrungen der Konferenz als „kümmerlich“<sup>99</sup> bezeichnete.

Die Beziehungen zu den *Revolutionären Sozialisten* waren also kaum mehr vorhanden, und die Kulcsars konzentrierten sich auf die konspirativen Treffen in ihrer Wohnung im Wiener Hochhaus. Doch begingen sie einen schweren Fehler und verstießen gegen eine Grundregel der Verschwörung: Sie hatten „die Aufgabe des Kuriers zwischen Wien und Brünn einem jungen Mann übertragen, der mit ihrem Hausmädchen verlobt war. Die Polizei griff den Jungen auf, der Geld, Mitteilungen und illegale Literatur bei sich trug, und seine Verbindung zu den Kulcsars führte die Behörden direkt zu ihnen.“<sup>100</sup> So mussten sie „vermutlich am 8. Dezember fluchtartig“ die Wohnung verlassen<sup>101</sup> und flohen über St. Pölten in einen Berggasthof in der Nähe von Gloggnitz. Dort hin brachte ihnen Muriel Gardiner gefälschte „Pässe unpolitischer Freunde, deren Personenbeschreibung“ mit der ihren übereinstimmte.<sup>102</sup> Gardiner war überrascht über ihr leichtsinniges Verhalten, das allen Regeln der Klandestinität widersprach. Dennoch kamen die beiden ungeschoren davon. Leopold ging als erster in die Tschechoslowakei, Ilse folgte ihm am 31. Dezember 1934.<sup>103</sup> Es begann ein Exil, aus dem Leopold Kulcsar nicht mehr nach Österreich zurückkehren sollte.

*Teil 2 zum Thema „Exil, Tod und Nachleben“ folgt in der nächsten Ausgabe.*

#### Anmerkungen:

1/ Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933–1945, hg. vom Institut für Zeitgeschichte/Research Foundation for Jewish Immigration. Berlin: De Gruyter Saur 1985, S. 403. Die jeweilige Schreibung des Namens Kulcsar in den Zitaten wird ebenso belassen wie die darin verwendete Rechtschreibung.

2/ Collection Uli Rushby-Smith, Valentin Pollak: Ein Leben in Wien. Erinnerungen (Typoskript),

1940, Kapitel 12, S. 2. Die Autobiografie ist nicht durchgehend, sondern nur innerhalb der Kapitel paginiert. Im Folgenden zitiert als Pollak mit Kapitel- und Seitenangabe.

3/ Österreichische Mediathek, 10-20630\_a und 10-20630\_b, Interview von Gerhard Jagschitz mit Ilse Barea-Kulcsar: Über die „Gruppe Funke“, ca. 1970. Im Folgenden zitiert als Jagschitz mit Angabe des Tonbandes (a oder b) sowie der Zeitangabe der jeweiligen Stelle. Jagschitz b, 29:07. Dieser erste Abschnitt beruht vorwiegend auf den Informationen aus Pollaks Autobiografie und diesem Interview.

4/ In „Adolph Lehmann's allgemeinem Wohnungs-Anzeiger“ taucht diese Familie Kulcsar in keinem Jahrgang auf.

5/ Pollak, Kap. 12, S. 2.

6/ Ebd.

7/ Ebd.

8/ Jagschitz b, 29:29.

9/ Ebd., 30:20.

10/ Hans Hautmann: Die Arbeiterklasse: Das Erwachen des schlafenden Riesen, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 14. Jg. (2017), Nr. 1, S. 1–4.

11/ Hans Hautmann: Prozesse gegen Defätisten, Kriegsgegner, Linksradikale und streikende Arbeiter im Ersten Weltkrieg, in: Karl R. Stadler (Hg.): *Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936*. Wien, Frankfurt am Main, Zürich: Europa-Verlag 1986, S. 153–179, hier S. 171.

12/ Ebd., S. 170. Zum Jännerstreik siehe Hans Hautmann: *Die verlorene Räterepublik*. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien, Frankfurt am Main, Zürich: Europaverlag 1971, S. 46–61.

13/ Jagschitz b, 32:40.

14/ Ebd., 32:56, 33:03.

15/ Der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien: Verlag der KPÖ 1919, S. 31.

16/ Jagschitz b, 34:15.

17/ Pollak, Kap. 12, S. 2.

18/ Joseph T. Simon: Augenzeuge. Erinnerungen eines österreichischen Sozialisten. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1979, S. 134.

19/ Biographisches Handbuch, S. 403.

20/ Jagschitz b, 34:22.

21/ Ebd., 33:55. Zur Biografie von Ilse Barea-Kulcsar vgl. Georg Pichler: „Das größte Erlebnis unserer Generation.“ Ilse Barea-Kulcsar und ihr Roman *Telefónica*, in: Ilse Barea-Kulcsar: *Telefónica*. Roman, hg. von Georg Pichler. Wien: Edition Atelier 2019, S. 299–342; Georg Pichler: „... wie sie so geworden sind.“ Ilse Barea-Kulcsar und ihre Kulturgeschichte Wiens, in: Ilse Barea: *Wien. Legende & Wirklichkeit*, hg. von Julia Brandstätter und Gernot Trausmuth. Wien: Edition Atelier 2021, S. 419–435 und 455–458.

22/ Pollak, Kap. 12, S. 2.

23/ Ebd., S. 9 f.

24/ Ebd., Kap. 12, S. 3.

25/ Barry McLoughlin/Hannes Leidinger/Verena Moritz: *Kommunismus in Österreich 1918–1938*. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2009, S. 234–256.

26/ Jagschitz b, 37:50.

27/ Ebd., 33:30.

28/ Ebd., 38:21.

29/ Collection Uli Rushby-Smith, Ilse Barea: *Lebenslauf* (Manuskript), S. 2.

30/ RGASPI 495/35/2/6–7, Bericht der österreichischen Kommission der Kommunistischen Internationale, o.D.

31/ McLoughlin/Leidinger/Moritz: *Kommunismus in Österreich*, S. 248f.

32/ Frauentagsversammlungen, in: *Die Rote Fahne*, 4.3.1925, S. 5.

33/ Barea: *Lebenslauf*, S. 2.

34/ Isabella Ackerl: Gespräch mit Ilse Barea-Kulcsar, 1971–1975, in: Österreichisches Staatsarchiv, AVA, Nachlässe NZN E/1700.55.3 (i.d.F. Ackerl).

35/ Barea: *Lebenslauf*, S. 2.

36/ Die kommunistische Nachrichtenzentrale in Budapest, in: *Der Tag*, 23.12.1925, S. 2.

37/ Verhaftungen wegen kommunistischer Umtriebe in Budapest, in: *Neue Freie Presse*, 21.12.1925, S. 4.

38/ Der Staat wieder in Gefahr!, in: *Arbeiter-Zeitung*, 22.12.1925, S. 1.

39/ Ebd.

40/ Verhaftung kommunistischer Emissäre in Budapest, in: *Der Tag*, 22.12.1925, S. 4.

41/ *Ostdeutsche Rundschau*, 30.12.1925, S. 5.

42/ Die neue Budapester Kommunistenaffäre, in: *Die Stunde*, 23.12.1925, S. 2.

43/ *Die Stunde*, 24.12.1925, S. 3.

44/ Pollak, Kap. 12, S. 6.

45/ Aufdeckung einer neuen „Verschwörung“ in Ungarn, in: *Die Rote Fahne*, 23.12.1925, S. 3.

46/ Horthy, der Initiator der Frankenfälschungen, in: *Die Rote Fahne*, 21.12.1925, S. 2.

47/ Marich und Kulcsar gerichtlich verhaftet, in: *Arbeiter-Zeitung*, 3.1.1926.

48/ Der Schwindel mit der kommunistischen Verschwörung, in: *Arbeiter-Zeitung*, 28.3.1926, S. 4.

49/ Der Prozeß gegen Kulcsar in Budapest, in: *Der Tag*, 28.3.1926, S. 11.

50/ Ackerl, S. 14.

51/ Ebd., S. 16.

52/ Pollak, Kap. 12, S. 7.

53/ Ebd., Kap. 13, S. 9.

54/ Von Lieferung, in: *Salzburger Wacht*, 2.7.1932, S. 5.

55/ [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Die\\_Welt\\_am\\_Morgen](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Die_Welt_am_Morgen) [1.4.2024]; Ackerl, S. 18.

56/ Jagschitz b, 46:30.

57/ Ebd., 39:38.

58/ Leopold Kulcsar: *Die niederösterreichische Gemeinde, ihre Verfassung und Verwaltung*. Ein Handbuch für: Bürgermeister, Gemeindevertreter, Orts- und Bezirksfürsorgeräte, Orts- und Bezirksschulräte, Mitglieder der Bezirksstraßenausschüsse, Mitglieder der Kranken-

## Ein Platz für Resi Pesendorfer

Seit 2006 bemühte sich die SKPÖ Oberösterreich um eine Würdigung der antifaschistischen Widerstandskämpferin Theresia („Resi“) Pesendorfer. Es sollte noch 18 Jahre dauern, bis dieses Anliegen in ihrer Heimatstadt Bad Ischl realisiert werden konnte. Dem vorausgegangen war eine Initiative des Kulturaktivisten Mario Friedwagner im Rahmen der europäischen Kulturhauptstadt. Am 9. Mai dieses Jahres wurde mit einem Festakt ein Platz im Kurpark Bad Ischl nach Resi Pesendorfer benannt.

Das Leben von Resi Pesendorfer spiegelt die prekäre Lebenssituation der ArbeiterInnenschaft im 20. Jahrhundert. Geboren am 21. Juni 1902 in eine arme Salzarbeiterfamilie, hat sie früh die Mutter verloren und wurde noch als Kind als billige Arbeitskraft zu Bauern geschickt. Danach arbeitete sie als Hausgehilfin in Wien. Seit 1926 Mitglied der Sozialdemokratie, trat sie 1935 zur illegalen KPÖ über, für die sie eine Frauengruppe im Salzkammergut aufbaute. Im Widerstand gegen die Nazis war sie Fluchthelferin, Kurierin und Beschafferin von Verstecken und Lebensmitteln für die im Salzkammergut operierende Partisanenbewegung.

Nach der Befreiung Österreichs engagierte sich Resi Pesendorfer weiter in der KPÖ, im KZ-Verband und im *Bund demokratischer Frauen*. Sie starb am 31. Oktober 1989 im Alter von 87 Jahren. Ihr Einsatz für die Wiedererstehung Österreichs blieb nach 1945 lange unbedankt. Es ist den Aufzeichnungen von Peter Kammerstätter aus dem Jahr 1978 zu verdanken, dass ihre Lebensgeschichte dokumentiert wurde, womit er ein wichtiges Stück weiblicher Widerstandsgeschichte der Vergessenheit entreißen konnte. Im Dokumentarfilm „Der Igel“ von Ruth Beckermann (1985) kommt Pesendorfer über ihre damalige Tätigkeit im Widerstand im Salzkammergut zu Wort.

GERLINDE GRÜNN

anstaltsausschüsse, Mitglieder der n.-ö. Landwirtschaftskammern usw. Im Auftrage d. sozialdemokratischen Landespartei Vorstandes von Niederösterreich, unter Benützung der im gleichen Verlage im Jahre 1925 erschienenen ersten Auflage, im erweiterten Umfange neu hg. v. Leopold Kulcsar. Wiener Neustadt: Gutenberg 1930.

59/ Simon: Augenzeuge, S. 135.

60/ Feind im Rücken. Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1932, S. 88. Siehe zur Broschüre: Christian Kaserer: Feind von links. Die KPÖ in sozialdemokratischen Broschüren zu den Wiener Wahlen 1932, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 26. Jg. (2019), Nr. 4, S. 22–24.

61/ Emmerich Tálos: Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938. Wien: LIT 2013, S. 246.

62/ Leopold Kulcsar: Die Kirche und unsere Zeit. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1933, S. 43, 48, 52 und 54.



63/ Der erste Simmeringer Prozeß, in: *Die Rote Fahne*, 31.1.1933, S. 8.

64/ Rudolf Neck: Simmering 1932, in: Stadler (Hg.): *Sozialistenprozesse*, S. 253–267; siehe auch: Der Blutsonntag in Simmering, <http://derrote-blog.at/der-blutsonntag-in-simmering>; Werner Sabitzer: „Simmeringer Blutsonntag“, in: *Öffentliche Sicherheit*, Nr. 11–12/2020, S. 41f.; [www.bmi.gv.at/magazinfiles/2020/11\\_12/gedenkstaetten\\_fuer\\_executivbeamte\\_\(3\)\\_bf\\_20201111.pdf](http://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2020/11_12/gedenkstaetten_fuer_executivbeamte_(3)_bf_20201111.pdf). [1.3.2024].

65/ Der Reigen der Simmering-Prozesse beginnt, in: *Wiener Allgemeine Zeitung*, 31.1.1933, S. 2.

66/ Ebd.

67/ Ein Prozeß für die Pressefreiheit, in: *Arbeiter-Zeitung*, 31.1.1933, S. 4.

68/ Der erste Simmeringer Prozeß, in: *Die Rote Fahne*, 31.1.1933, S. 8.

69/ Ein Prozeß für die Pressefreiheit, S. 4.

70/ Siehe Pichler: „Das größte Erlebnis unserer Generation“, S. 305f.

71/ Jagschitz, 11:35.

72/ International Institute of Social History, Amsterdam (IISH), Otto Leichter Papers, ARCH00810, 15, Otto Leichter: Die illegale sozialistische Bewegung in Österreich. S. 42.

73/ Jagschitz, 15:45.

74/ Ackerl, S. 70.

75/ Jagschitz, 17:32.

76/ Siehe Muriel Gardiner: Deckname „Mary“. Erinnerungen einer Amerikanerin im österreichischen Untergrund. Wien: Promedia 1989, S. 58f.; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 18880/4, Muriel Buttingers Antworten auf die Fragen von Dieter Wagner und Gerhard Tomkowitz über ihre Tätigkeit in der Illegalität, o.D., S. 2.

77/ Joseph Buttinger: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1953, S. 216.

78/ DÖW 18915/3, Wolfgang Neugebauer: Gedächtnisprotokoll der Befragung von Joseph Buttinger, Wien, 19.9.1967, S. 18; siehe auch Ackerl, S. 70.

79/ Jagschitz a, 1:01:44.

80/ Pollak, Kap. 14, S. 5.

81/ Ebd., Kap. 14, S. 6.

82/ Adolph Lehmann's allgemeiner Wohnungs-Anzeiger, <https://www.digital.wienbibliothek.at/periodical/pageview/211865> [1.4.2024].

83/ Pollak, Kap. 14, S. 5.

84/ DÖW/Spanienarchiv, Personendossier Leopold Kulcsar, Bundespolizeidirektion Wien, 9.4.1935.

85/ Ackerl, S. 70 und 72.

86/ Karl R. Stadler: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934. Wien: Europa-Verlag 1974, S. 56.

87/ Jagschitz a, 1:04:48.

88/ *Der Funke*, Nr. 1, März 1934, S. 1.

89/ Ebd., S. 3f.

90/ *Der Funke*, Nr. 2, April 1934, S. 2.

91/ Joseph Buttinger hielt fest: „Leichter und Kulcsar überzeugten sich, dass ihre gegenseitige Abneigung unüberwindlich war.“ Buttinger: Am Beispiel Österreichs, S. 58.

92/ Leichter: Die illegale sozialistische Bewegung in Österreich, S. 43f.

93/ Jagschitz a, 1:07:10.

94/ Jagschitz b, 43:03.

95/ Jagschitz a, 1:32:50.

96/ Buttinger: Am Beispiel Österreichs, S. 58.

97/ Ebd., S. 183.

98/ Jagschitz a, 1:33:37.

99/ Buttinger, S. 185.

100/ Gardiner: Deckname „Mary“, S. 62f.

101/ DÖW/Spanienarchiv, Personendossier Leopold Kulcsar, Bundespolizeidirektion Wien, 9.4.1935.

102/ Gardiner: Deckname „Mary“, S. 63.

103/ Jagschitz a, 1:35:30; DÖW/Spanienarchiv, Personendossier Ilse Barea-Kulcsar, Bernhard Pulpan an das Magistrat Wien, 25.3.1968.

# Erwin Ratz und die KPÖ

ANTONIA TEIBLER

Im Dezember 2023 jährten sich der Geburtstag und der Todestag des österreichischen Musikwissenschaftlers Erwin Ratz zum 125. bzw. zum 50. Mal. Geboren am 22. Dezember 1898 in Graz, studierte Ratz Musikwissenschaften bei Guido Adler an der Universität Wien sowie Komposition und Harmonielehre bei Arnold Schönberg und Anton Webern. Ab 1918 arbeitete er als freier Mitarbeiter bei der *Universal Edition* und edierte unter anderem sämtliche Klaviersonaten von Ludwig van Beethoven und Franz Schubert in der so genannten „Wiener Urtext-Ausgabe“. Unzählige weitere Arbeiten als Lektor betrafen Werke von Hanns Eisler. Ratz publizierte darüber hinaus in Österreich und Deutschland nicht wenige wissenschaftliche Texte zu diversen musiktheoretischen und musikhistorischen Themen. Aus den Jugendjahren und dem Studium im Kompositionsseminar bei Schönberg gingen lebenslange Freundschaften unter anderem mit Hanns Eisler, Rudolf Kolisch, Eduard Steuermann, Josef Polnauer sowie Oskar Adler hervor. Seine Zeit am Weimarer Bauhaus in den Jahren 1922/23 brachte ihn mit führenden Persönlichkeiten der damaligen Avantgarde der bildenden Kunst und der Architektur wie etwa Walter Gropius, Johannes Itten, Wassily Kandinsky und Paul Klee in Kontakt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lehrte Erwin Ratz an der Akademie für Musik und darstellende Kunst von 1945 bis 1973 (der Schönberg'schen Schule folgend) das Fach Formenlehre. Als hervorragender Lehrer wurde er von Generationen von Schülern, darunter der Dirigent Zubin Mehta oder die Komponisten Heinz Karl Gruber, Anestis Logothetis, Hans Peter Sattler, René Staar und Karl Heinz Füssl, hochgeschätzt. Bis 1968 war Ratz Vorstandsmitglied der österreichischen Sektion der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* und von der Gründung 1955 an bis zu seinem Tod Präsident der *Internationalen Gustav Mahler Gesellschaft*.<sup>1</sup> Das Erbe Mahlers galt nach dem Zweiten Weltkrieg als verwaist. Erwin Ratz nahm die Mammutaufgabe auf sich, die Gesamtausgabe der Werke Mahlers in Angriff zu nehmen, ein erstes Werkverzeichnis zu erstellen und ein Archiv aufzubauen. Mit seiner

Arbeit legte er das Fundament für die heutige Präsenz von Werken Mahlers in den Konzertsälen weltweit. 1966 wurde Ratz für die kritische Gesamtausgabe der Werke Gustav Mahlers mit dem Förderungspreis des *Theodor Körner-Stiftungsfonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst* gewürdigt. Bruno Marek, der damalige Bürgermeister der Stadt Wien, überreichte Ratz 1969 die „Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber“. Sein bei der *Universal Edition* erschienenes Lehrbuch „Einführung in die musikalische Formenlehre“ erschien zu Lebzeiten in drei Auflagen (1951, 1968 sowie 1973) und zählt bis heute zu den Standardwerken der musiktheoretischen Literatur.

Die Lebenseinstellung von Erwin Ratz war tief von der Hingabe an die Kunst und dem Dienst am Kunstwerk geprägt. Er wurde von Freunden und Kollegen als „selbstloser Idealist“ beschrieben, der seinen eigenen Erfolg, sei er nun materieller oder persönlicher Art, stets in den Hintergrund stellte. Parallel zu seinen musikwissenschaftlichen Tätigkeiten übte Ratz den Bäckerberuf aus und führte bis 1962 den Familienbetrieb „k. u. k. Hofbäckerei Tobias Ratz“ in der Favoritenstraße 46 im vierten Wiener Gemeindebezirk.<sup>2</sup>

## Politisch-ideologische Prägung

Erwin Ratz besuchte das k. u. k. Franz-Joseph-Gymnasium (das heutige Gymnasium Stubenbastei) und legte dort 1915 die Not-Matura ab, da er im Mai 1916 einrücken musste. Für ihn begann nun eine „sehr verhasste Militärdienstzeit“, war er doch „glühende[r] Pazifist und Gegner des Krieges“. Durch die Ereignisse „ungeheuer schockiert“, trat Ratz damals aus der Kirche aus und wurde „sofort nach 1918 eines der ersten Mitglieder der [neu gegründeten] Kommunistischen Partei“, wie Ratz in einem späteren Interview die Motive seines Beitritts zur KPÖ im Jahr 1920 umreißt.<sup>3</sup>

1916 lernte Ratz Arnold Schönberg kennen und besuchte von 1917 bis 1920 dessen Seminar für Komposition. Im Juni 1918 organisierte er sogar die zehnten öffentlichen Proben der „Kammersymphonie“, op. 9 des verehrten Lehrers. Noch im selben Jahr war Ratz an der Gründung des *Vereins für musikalische*

*Privataufführungen* beteiligt, aus dem 1922 die *Internationale Gesellschaft für Neue Musik* (IGNM) hervorging. Also jener Verein, der 1924 die Uraufführung von Schönbergs Monodram „Erwartung“ – 15 Jahre nach seiner Entstehung – am Neuen Deutschen Theater in Prag unter der Leitung von Alexander von Zemlinsky ermöglichte. Wegbereitend für seine Hinwendung zum Kommunismus war unter anderem der „Kreis Frischauf-Pappenheim“.<sup>4</sup> Marie Pappenheim, verheiratete Frischauf, trat ebenfalls früh der KPÖ bei. Sie war neben ihrem Beruf als Ärztin – sie hatte als eine der ersten Frauen an der Wiener Universität promoviert – auch schriftstellerisch tätig und kam dadurch schon früh in Kontakt mit Arnold Schönberg und seinem Kreis. 1909 schrieb sie das Libretto zu Schönbergs erstem Bühnenwerk „Erwartung“. Es ist anzunehmen, dass auch Erwin Ratz Pappenheims Praxis frequentierte, welche sich bald zu einem kulturellen und politischen Treffpunkt entwickelte.

Marie Frischauf-Pappenheim galt als treibende Kraft jener KPÖ-Parteizelle, der 1931 eine weitere enge Freundin von Ratz beitrug: die Malerin und Architektin Friedl Dicker-Brandeis. Erwin Ratz lernte diese bereits im Kompositionsseminar von Arnold Schönberg kennen. Als Dicker-Brandeis – sie gilt heute als eine der herausragendsten Künstlerinnen der europäischen Moderne – gemeinsam mit dem Schülerkreis um Johannes Itten nach Weimar ans Bauhaus ging, bemühte sich Ratz, ihnen zu folgen, und arbeitete 1922/23 dort als Sekretär von Walter Gropius. (Nebenbei bemerkt gewann Friedl Dicker-Brandeis 1934 ein Wettbewerbsprojekt für den Umbau einer Filiale der „k.u.k. Hofbäckerei Tobias Ratz“ im 1. Wiener Gemeindebezirk, Ecke Schottengasse und Freyung. Das Projekt wurde jedoch wegen des Verkaufs des Geschäfts nicht realisiert.)<sup>5</sup> 1934 emigrierte Dicker-Brandeis von Wien nach Prag, um der Verfolgung als Kommunistin und Jüdin zu entgehen. 1938 zog sie gemeinsam mit ihrem Mann Pavel Brandeis nach Hronov, von wo aus beide 1942 nach Theresienstadt deportiert wurden. Im Konzentrationslager gab sie Kindern Zeichen- und Malunterricht. Im Oktober 1944 wurde



Erwin Ratz (1898–1973) im Jahr 1920

Dicker-Brandeis im Konzentrationslager Auschwitz ermordet.

Über den später ebenso in Auschwitz ermordeten Komponisten Viktor Ullmann lernte Ratz während seiner Militärzeit Hanns Eisler kennen, der wie Ratz bei Schönberg studierte und sich zu einem der wesentlichen Komponisten der Arbeiterbewegung entwickelte. Ratz wurde Eislers enger Freund und Mitarbeiter sowie – trotz späterer ideologischer Differenzen – lebenslanger Förderer seiner Musik. Eisler engagierte sich damals ebenfalls intensiv in der Kulturarbeit der KPÖ, ohne jedoch selbst offiziell Mitglied der Partei gewesen zu sein. So leitete er etwa ab 1919 drei Arbeiterchöre und eine Musikgruppe im Umfeld der Partei.<sup>6</sup>

Erwin Ratz war in diesen Jahren im kulturpolitischen Bereich der KPÖ aktiv. Laut einem späteren Zeugnis des KPÖ-Funktionärs Friedrich Hexmann „trat er nicht aktiv hervor[,] weil er in einem internen Apparat beschäftigt war“.<sup>7</sup> Die Kulturarbeit der KPÖ in der Ersten Republik nahm, so ein Befund Christine Kanzlers, einen eher „marginalen Stellenwert im Rahmen des Parteilebens“ ein und umfasste theoretische Abhandlungen im Zentralorgan *Die Roten Fahne*, Theateraufführungen diverser Spielgruppen, Veranstaltungen anlässlich proletarischer Feier- und Gedenktage sowie Kunstabende von Bezirks- und Ortsgruppen, wo größtenteils klassische Musik

und revolutionäre Dichtungen dargeboten wurden.<sup>8</sup> Es gab damals zwar kein organisatorisches Zentrum für die Kulturarbeit der KPÖ, jedoch strahlten die kulturellen Aktivitäten weit über den sonstigen Wirkungsgrad der noch jungen und in der Ersten Republik stets kleinen Partei hinaus.<sup>9</sup> Welche Tätigkeiten Ratz in den ersten Jahren der KPÖ konkret ausübte, ist nicht belegbar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass er seine organisatorischen Fähigkeiten bei kulturellen Veranstaltungen der Partei einbrachte.

Nach dem Verbot der KPÖ im Mai 1933 waren kulturpolitische Aktivitäten der Partei nicht mehr möglich. Erwin Ratz war auch danach weiterhin für die Partei aktiv und ermöglichte illegal wirkenden KPÖ-

Funktionären wie Friedrich Hexmann in seiner Wohnung zeitweise eine sichere Unterkunft.<sup>10</sup>

Eine innige Freundschaft und Lebensgemeinschaft (bis 1946) verband Erwin Ratz mit der KPÖ-Funktionärin Felice „Lizzy“ Berner. Berner trat 1935 der Partei bei und arbeitete von 1945 bis 1949 als Direktionssekretärin der *Universal-Edition*.<sup>11</sup> Nicht nur auf politischer und beruflicher Ebene überschritten sich beider Arbeitsbereiche, ebenso wie Ratz zählte Berner zum Wiener Freundeskreis von Hanns Eisler. 1938, nach dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland, versuchten Berner und Ratz gemeinsam vor den NS-Machthabern in die USA zu fliehen. So füllte Berner am 27. Juni 1938 einen Fragebogen der Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien aus, mit der Absicht, nach New York zu emigrieren. Erwin Ratz wiederum richtete am 1. September 1938 einen Brief an den in Los Angeles lebenden Arnold Schönberg mit der Bitte, dort wieder Unterricht bei ihm nehmen zu dürfen. Schönberg möge ihm auch finanziell helfen und ein Schriftstück zur Vorlage für die US-amerikanischen Behörden verfassen. Die Auswanderungs- bzw. Fluchtpläne von Ratz und Berner konnten jedoch nicht realisiert werden.<sup>12</sup> Berner überlebte die Jahre der NS-Diktatur in der Wohnung von Ratz in der Oberen Bahngasse 6 im dritten Bezirk.

In den Jahren 1938 und 1945 half Ratz weiteren Freunden und Bekannten, immer unter Gefährdung seines eigenen Lebens, dem NS-Terror zu entkommen. Er unterstützte sie mit finanziellen Mitteln auf der Flucht aus Europa, versteckte verfolgte Personen in seiner Wohnung und versorgte notleidende Menschen mit Lebensmitteln aus seiner Bäckerei. In diesen Jahren begann sich Ratz von seinen vom Kommunismus geprägten sozial-politischen Anschauungen zu lösen und sich der Anthroposophie zuzuwenden. Entscheidend dafür war seine seit 1939 währende Beschäftigung mit der Lehre von Rudolf Steiner.

### Kultureller Wiederaufbau

Im April 1945, nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee, konnte die KPÖ aus der Illegalität heraustreten und einen Prozess der Reorganisierung einleiten. Die kommenden Monate hatten einen improvisatorischen Charakter. Nahtlos ist Erwin Ratz' Mitgliedschaft zur soeben wieder zugelassenen Partei nachweisbar. So ist in seinem Nachlass eine Bestätigung erhalten geblieben, aus der hervorgeht, dass „Genosse Erwin Ratz“ ein Fahrrad benützen dürfe, da er in der „Stelle für Information und Kultur“ der KPÖ arbeite und im „Ernährungswesen (Ausschuss der Bäckerinnung) tätig“ sei. Die Partei unterstellte ihn damit „dem Schutz der Roten Armee“.<sup>13</sup> Ebenso ist überliefert, dass Ratz nach Kriegsende mit der Kommandantur der Roten Armee – er konnte „ein wenig“ Russisch – Lieferverträge aushandelte und er als Bäcker u.a. große Hotels und ein Krankenhaus mit Brot belieferte, das mit einem Pferdefuhrwerk zugestellt wurde.<sup>14</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte die KPÖ zu den treibenden Kräften des kulturellen Wiederaufbaus. In der provisorischen Staatsregierung unter Karl Renner arbeitete Ernst Fischer, der aus der Sowjetunion nach Österreich zurückgekehrt war, als Staatssekretär für Kultur. In der Wiener Stadtregierung war der Kommunist Viktor Matejka als Stadtrat für die Kultur zuständig. Sein Musikreferent war der Komponist Friedrich Wildgans, der damals der KPÖ als Mitglied angehörte.<sup>15</sup> Kulturpolitische Initiativen wurden im kommunistischen Sinn der Vermittlung von demokratischen und sozialistischen Inhalten über Kunst und Kultur vorangetrieben. Einer der maßgeblichen Kulturfunktionäre der KPÖ war der Musikwissenschaftler Georg Knepler (Parteimitglied seit 1933).

Auch in der ebenfalls wieder aus der Illegalität heraustretenden österreichischen Sektion der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* setzte Erwin Ratz seine Tätigkeit fort und zählte zu jenem Freundes- und Bekanntenkreis, der intensiv versuchte, Hanns Eisler eine Rückkehr aus dem US-Exil in seine Vaterstadt Wien zu ermöglichen.<sup>16</sup>

In dieser von Spontaneität getragenen Aufbruchsstimmung fand am 24. Juni 1945 eine so genannte „Akademie“ der KPÖ im Stadttheater statt, veranstaltet von der Bezirksstelle der Partei für den 8. Bezirk,<sup>17</sup> bei deren Organisation wohl Erwin Ratz federführend war. Eröffnet wurde die abwechslungsreiche Veranstaltung, die Musik, Literatur und Tanz vereinte, mit Gedichten des österreichischen Lyrikers und Dramatikers Anton Wildgans. Der Vater von Friedrich Wildgans war 1921/22 und 1930/31 Direktor des Wiener Burgtheaters und für seine sozialkritische Haltung, die sich auch in seinem literarischen Werk widerspiegelte, bekannt. Burgschauspielerin Maria Eis rezitierte die Gedichte. Die beiden Kantaten „Man lebt von einem Tag zu dem andren“ und „Kantate auf den Tod eines Genossen“ von Hanns Eisler (für beide Werke erstellte Ratz den Klavierauszug) wurden von Dora With (Mezzosopran), Rudolf Jettel und Willi Krause (Klarinette), August Pioro (Bratsche) und Emanuel Brabec (Violoncello) dargeboten. Danach erklangen die Lieder „Ich bin der Welt abhanden gekommen“ (aus den Rückert-Liedern) und „Scheiden und meiden“ (aus „Des Knaben Wunderhorn“) von Gustav Mahler, interpretiert von Rosette Anday (Mezzosopran) und Otto Schulhof (Klavier) sowie „Nußbaum“ und „Mondnacht“ von Robert Schumann (Franz Schuh und Ada Troschl). Vor der Pause spielte das Lehrer-Symphonieorchester unter der Leitung von Josef Polnauer die 5. Symphonie von Franz Schubert. Der zweite Teil des Konzertes legte, mit zwei Ausnahmen, den Schwerpunkt auf österreichische Walzer- und Operettenklänge: „Frühlingsstimmenwalzer“ von Johann Strauß, „Auftrittslied des Ollendorf“ aus der Operette „Der Bettelstudent“ von Carl Millöcker und das „Lied des Zsupán“ aus dem „Zigeunerbaron“ von Johann Strauß. Danach folgte ein bemerkenswerter Programmpunkt: „Aus eigenen Werken“ spielte der damals bereits 71-jährige Edmund Eysler. Karl Skrap und Oskar Wegrostek brachten eine „Szene aus dem braven Soldaten Schwejk“ von Jaroslav Hašek. Krönender Ab-



Privatarchiv Johannes Kretz

Die frühere „k.u.k. Hofbäckerei Tobias Ratz“ in der Favoritenstraße 46 im Jahr 1959

schluss war „Das Grete-Groß-Ballett“ mit einer getanzten Interpretation „An der schönen blauen Donau“ aus der Feder des Walzerkönigs Johann Strauß.

### Schrittweise Distanzierung

Noch 1946 wurde Erwin Ratz vom Mitglied der KPÖ-Führung Friedrich Hexmann in einem parteiinternen Schriftwechsel als „überzeugungstreu“ beschrieben. Er sei „in Bezug auf unsere Partei nie Schwankungen“ unterlegen,<sup>18</sup> so Hexmann, der mit Ratz in der Illegalität zusammengearbeitet hatte, bevor er 1938 ins Exil in die Sowjetunion ging. Bald jedoch begannen sich der innere Konflikt und die immer stärker werdenden Bedenken in Bezug auf die Entwicklung des Sozialismus in den Nachbarländern einen Weg nach außen zu bahnen. Noch hoffnungsvoll und mit positivem Blick auf eine auf Veränderung zielende Gesprächsbasis wandte sich Ratz am 6. Dezember 1946 schriftlich an Ernst Fischer als einen der damals „maßgebenden Vertreter der Partei“. Er bat ihn um Stellungnahme zu einem Vortrag, den Ratz „unter dem Eindruck einer im Ing. und Arch. Saal stattgefundenen Diskussion“ niedergeschrieben hatte und den Fischer kannte. Seinen Überlegungen sei immer „der brennende Wunsch [...], zu helfen“ zugrunde gelegen.<sup>19</sup> Es ist anzunehmen, dass es sich dabei um den Vortrag „Geistige Freiheit, Christentum und Kommunismus“ handelt.

Erwin Ratz erläuterte in diesem Schreiben, dass der „Materialismus unrichtig ist und das, was ich für richtig halte, der Wahrheit näherkommt“. Er bekräftigte seine Entscheidung mit den Worten: „Ich habe in den letzten 10 Jahren durch den Einsatz meiner Person

einen gewissen Mut auch dort bewiesen, wo es meinen Kopf kosten konnte. Ich erwähne dies nur, weil Sie ja meine Vergangenheit nicht kennen und den Eindruck gewinnen könnten, daß es sich nur um den Standpunkt eines Außenstehenden handelt. Aus diesem meinem Einsatz für die Partei habe ich überhaupt erst das Recht abgeleitet, einen solchen Standpunkt vor den Genossen vertreten zu dürfen und zu müssen.“ Weiters führte er aus, dass „ich natürlich nicht das geringste Interesse daran [habe], einer bürgerlich orientierten Partei zu helfen, indem ich dort diese Fehler aufweise; denn ich wünsche ebenso wie Sie, daß die Macht des Kapitalismus gebrochen wird und gebe mich durchaus keinen Illusionen hin in dem Sinne, als wäre es möglich, den Bürgerlichen gut zuzureden, doch moralischer zu handeln. Aber wir als Kommunisten könnten viel gewinnen, wenn wir mit einer gewissen moralischen Berechtigung darauf hinweisen könnten, wie sehr die Politik der sogenannten ‚christlichen‘ Parteien in jeder Beziehung dem Geiste des wahren Christentums widerspricht. [...] Die Durchschlagkraft einer Bewegung – und der Kommunismus ist nicht nur eine politische Parteiangelegenheit, sondern etwas, was auch im Sinne einer großen Menschheitsidee aufgefaßt werden kann – hängt von der moralischen Integrität und von dem weiten Horizont ihrer Träger ab.“ Ratz schloss das Schreiben mit den Worten: „Ich bleibe stets Ihr Sie sehr verehrender“ Erwin Ratz.

Die innere Zerrissenheit, welche Ratz immer mehr die Unvereinbarkeit seiner eigenen Wertvorstellungen von Wahrheit und Moral mit politischen Ideologien vor Augen führte, zeigte sich auch



Erwin Ratz, ca. 1950

zwei Jahre später in einem Artikel, den er zum 50. Geburtstag von Hanns Eisler verfasste. In diesem spricht Ratz von dem „utopischen Charakter der erstrebte[n] Lösung der sozialen Probleme“, und weiter, dass „die Ordnung der sozialen Beziehungen unter den Menschen aus dem Geiste der Brüderlichkeit und der Nächstenliebe erstrebt“ werden müsse und dass „Politik Erstarrung“ bedeute, denn „sie zwingt das Denken in Schablonen und Phrasen und gefährdet in hohem Maße das Gefühl der Wahrheit.“<sup>20</sup>

Die intensive Auseinandersetzung mit den Schriften Rudolf Steiners und der Anthroposophie führte zu einer geistig-seelischen Neuorientierung von Erwin Ratz. Er wandte sich nun der Christengemeinschaft, der religiösen Ausrichtung des anthroposophischen Denkens, zu. Ratz' Handeln wurde immer stärker von dem ständigen Bemühen um das positive Fortschreiten der Gesellschaft gekennzeichnet und er distanzierte sich zunehmend von jeglicher ideologisch-politischer Richtung. Noch den kommunistischen Idealen verhaftet, hatte Ratz bereits in den 1930er Jahren mit Hanns Eisler und Bertolt Brecht bei den Vorbereitungen zu deren Lehrstück „Die Maßnahme“ diskutiert und „auf das Schärteste“ den Text des Chores „Welche Niedrigkeit begingst du nicht um die Niedrigkeit auszutilgen“ bekämpft. In intensiven Gesprächen mit den beiden Freunden ha-

be er den Standpunkt vertreten, „daß man nie mit schlechten Mitteln je etwas Gutes erreichen kann“, so Ratz in einem späteren Interview mit Steffy Eisler und Georg Knepler.<sup>21</sup>

Von Freunden als Idealist mit altruistischem Charakter beschrieben, breitete sich bei Erwin Ratz nach 1945 zunehmend Hoffnungslosigkeit aus. Er reflektierte, dass „leider die meisten Genossen nicht daran [glauben], daß dem was ich sage, irgendeine Bedeutung zukommt, und sie halten mich für einen Querkopf, dem sie bestenfalls Ehrlichkeit und die gute Absicht zubilligen.“<sup>22</sup>

### Austritt aus der KPÖ

Zunehmend steigerte sich Erwin Ratz' Hoffnungslosigkeit, die letztlich zu seinem Entschluss führte, nach

fast 30-jähriger Parteimitgliedschaft aus jener Partei, der er „nicht ganz wertlose Dienste geleistet“ hatte, auszutreten. In einer „rein privaten Mitteilung“ an Ernst Fischer, „den Menschen, den ich sehr schätze gerichtet, nicht an den Exponenten der Partei“, legte Ratz 1950 „nach monatelangen inneren schweren Kämpfen“ seine Austrittsgründe dar und bezog sich dabei auch auf den Vortrag und sein Schreiben aus dem Jahr 1946: „Solange ich noch die geringste Hoffnung haben konnte, daß meine Mahnung gehört werden könnte, konnte ich meine schweren Bedenken noch zum Schweigen bringen. Heute habe ich nicht die geringste Hoffnung mehr und sehe mit tiefem Entsetzen, die Dinge ihren unabwendbaren Lauf nehmen. Ich hoffe, daß Du begreifst, daß wenn man aus heiliger Überzeugung für Wahrheit, Recht und Menschlichkeit eintritt, nicht einer Partei angehören kann, die so häufig diese Dinge mit Füßen tritt.“ Seinen Erläuterungen zufolge befinde sich der „Kommunismus heute [...] auf einem Irrweg“. Die Unvereinbarkeit der Parteizugehörigkeit mit seinen Wertvorstellungen begründete er Fischer gegenüber wie folgt: „Ich nehme meine Aufgabe in diesem Leben sehr ernst und mache mir, weiß Gott, das Leben und die Arbeit nicht leicht. So habe ich mich auch gefragt, ob es einen Sinn hat, mein Leben und meine Arbeit zu gefährden, durch den Austritt. Ich könnte ja

meinen Beitrag weiter zahlen und hätte meine Ruhe. Ich kam zu dem Schluß, daß ich nicht für die Wahrhaftigkeit kämpfen kann, wenn ich so handeln würde. Ich muß also die Gefahren, die mir drohen, wenn je es auch bei uns zur Diktatur der S.U. [Sowjetunion, Anm.] käme, auf mich nehmen, wenn es mir nicht gelingt, rechtzeitig das Land zu verlassen. Ich habe für die K.P. gegen den Faschismus oft genug meinen Mut bewiesen, ich muß ihn hier auch haben. [...] ich bin weder Kapitalist noch Faschist; aber für gewisse Kreise ist jeder der für die Wahrheit kämpft automatisch ein Konterrevolutionär.“ Versöhnlich klingt der Brief aus: „Ich hoffe, daß Du mir trotz allem ein bißchen gewogen bleibst. Wenn du einmal gar Lust und Zeit haben solltest, mit mir zu sprechen, so ruf mich einfach einmal in der Früh an. Ich habe immer den Wunsch danach.“<sup>23</sup>

Nach dieser eher „privat“ gehaltenen Mitteilung an Ernst Fischer im Jahr 1950 distanzierte sich Ratz sieben Jahre später – Ende Dezember 1957 – in einem weiteren Schreiben an Fischer mit klaren Worten von der KPÖ: „Sehr geehrter Herr Nationalrat, wenn Sie auch eine Weltanschauung haben, die ich für verderblich halte, und vor allem in dem Wahn befangen sind, daß eine gute Sache auch mit schlechten Mitteln erreicht werden könne, so glaube ich doch, daß Ihr Handeln durch Ideale bestimmt wird und daß Sie unter den Greueln, die Ihre Partei begeht, leiden, wenn Sie es auch nicht eingestehen.“<sup>24</sup>

Anlass dieses Schreibens war ein Eklat zwischen Ratz und dem der KPÖ angehörenden Komponisten und Journalisten Marcel Rubin, der 1947 aus dem mexikanischen Exil nach Österreich zurückgekehrt war. Ratz setzte sich vehement gegen die Anschuldigung Rubins zur Wehr, dass dieser aufgrund seiner politischen Gesinnung bei einem geplanten Liederabend der Sängerin Iлона Steingruber nicht aufgeführt werde und besonders Ratz dafür verantwortlich wäre. Diese Information sei von Friedrich Wildgans an Rubin weitergegeben worden, entspräche jedoch nicht den Tatsachen, weil Ratz gar nicht in die Vorbereitungen des Konzerts involviert war. Verantwortlich für die Nicht-Aufnahme der Rubin-Lieder ins Programm waren vielmehr die anderen IGNM-Vorstandsmitglieder, die diese Musik „nach längerer Diskussion“ nicht aus politischen, sondern aus rein sachlich-ästhetischen Gründen abgelehnt hätten. Ratz schloss sich im Nachhinein dieser Ablehnung an,

da ihm das „menschliche Verhalten [von Rubin] untragbar“ erschien, ja er würde sogar aus Protest aus der IGNM austreten, wenn die Werke Rubins doch gespielt werden würden. Trotz einer auch von Friedrich Wildgans unterzeichneten Richtigstellung des Vorstands der IGNM erschien dazu ein Leitartikel in der *Volksstimme*, dem Zentralorgan der Partei, für die Rubin damals als Musikkritiker arbeitete. Dort wurden die falschen Behauptungen wiederholt.

Trotz massiver Meinungsverschiedenheiten hielt Ratz zu Ernst Fischer einen freundschaftlichen Kontakt aufrecht. Fischer wurde 1969 aufgrund seiner Kritik an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, in dessen Zusammenhang er vom „Panzerkommunismus“ sprach, aus der KPÖ ausgeschlossen. Als er drei Jahre später verstarb, schrieb Ratz an dessen Witwe Lou Eisler-Fischer: „Wieder ist ein Mensch weggegangen, mit dem ich so gerne über vieles gesprochen hätte.“<sup>25</sup>

### „Gerechter unter den Völkern“

Geleitet von seiner humanistischen Lebenseinstellung agierte Erwin Ratz über politische Grenzen und ideologische Unstimmigkeiten hinweg. Ratz starb am 12. Dezember 1973 in Wien. Am 24. November 2014 wurde er, gemeinsam mit seiner ersten Frau Leonie („Lonny“) Ribbentrop, posthum für seinen humanen Einsatz und sein Engagement für die Rettung von Jüdinnen und Juden als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet. Es ist dies die höchste Auszeichnungen, die der Staat Israel an Nichtjüdinnen und Nichtjuden verleiht. Bisher wurde sie 112 Österreicherinnen und Österreichern zuteil. Der Festakt, in dessen Rahmen der Enkelin Katharina Maróthy-Ratz die von Yad Vashem gestiftete Urkunde überreicht wurde, fand am 29. März 2016 im Wiener Rathaus im Beisein der israelischen Botschafterin Talya Lador-Fresher statt.

Im Bezirksmuseum Wieden wurde in der Ausstellung mit dem Titel „Erwin Ratz: Musiktheoretiker – Bäcker – Humanist. Momentaufnahmen eines Lebens“ anlässlich seines 125. Geburtstags und 50. Todestags Leben und Wirken von Ratz erstmals ausführlich der Öffentlichkeit präsentiert. Die von mir kuratierte Ausstellung lief von November 2023 bis Juni 2024 und war Teil der in Wien stattfindenden Eisler-Tage. Unter dem Titel „Drei ‚Unangepasste‘“ lagen die Themenschwerpunkte der Vorträge und Diskussionsrunden neben Hanns Eisler auf dessen Sohn, dem Ma-

ler Georg Eisler (1928–1998), und auf Erwin Ratz. Veranstalter der Eisler-Tage waren die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien in Kooperation mit der *Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft*, der *Hanns und Steffy Eisler Stiftung*, dem *Georg und Alice Eisler Fonds für bildende Künstler:innen und Komponist:innen*, der Kulturabteilung der Stadt Wien sowie den Bezirksmuseen Landstraße und Wieden. Der letzte Nachmittag des zweitägigen Symposiums war dabei – mit Vorträgen von Hartmut Krones, Severin Matiasovits, Renate Stark-Voit und Antonia Teibler – Erwin Ratz gewidmet.

Die Ausstellung im Bezirksmuseum Wieden wurde von zwei Vorträgen von Antonia Teibler begleitet (Der politisch-ideologische Werdegang eines „Gerechten unter den Völkern“ sowie „Nur meine Schüler wissen, was ich ihnen geben konnte: nämlich eine Veränderung ihrer Substanz.“ Erwin Ratz und sein Lehrauftrag an der Akademie für Musik und darstellende Kunst Wien). Bei der Finissage am 26. Juni 2024 war die österreichische Erstaufführung des Trios für Violine, Klarinette und Fagott von Hanns Eisler (Antonia Teibler, Fagott, Theresa Dinkhauser, Klarinette, Lisanne Altrov, Violine) zu hören.

### Anmerkungen:

- 1/ Teibler, Antonia: „Denn es soll [...] etwas wirklich Großes geleistet werden.“ Erwin Ratz und die Internationale Gustav Mahler Gesellschaft, in: Internationale Gustav Mahler Gesellschaft, <https://www.gustav-mahler.org/forschung/digitale-beitraege/erwin-ratz-und-die-internationale-gustav-mahler-gesellschaft> [10.11.2023].
- 2/ Der Bäcker als Musiktheoretiker und Lebensretter. Interview von Petra Stuibler mit Antonia Teibler, in: Wien Museum Magazin, <https://magazin.wienmuseum.at/ausstellung-ueber-erwin-ratz> [5.12.2023].
- 3/ Akademie der Künste (AdK), Berlin, Hanns Eisler-Archiv (HEA) 7162, Interview von Steffy Eisler und Georg Knepler mit Erwin Ratz 1968 (Tonband).
- 4/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Friedrich Hexmann an die Bezirksleitung der KPÖ Wien 3., 10.5.1946.
- 5/ Werkverzeichnis, in: Hövelmann, Katharina/Nierhaus, Andreas/Schrom, Georg (Hg.): *Atelier Bauhaus*, Wien. Friedl Dicker und Franz Singer. Salzburg 2022, S. 366.
- 6/ Mugrauer, Manfred: „Genosse Eisler“. Über den Versuch Hanns Eislers, Mitglied der KPÖ zu werden, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 3, S. 11–16, hier S. 11.
- 7/ ZPA der KPÖ, Friedrich Hexmann an die Bezirksleitung der KPÖ Wien 3., 10.5.1946.

- 8/ Kanzler, Christine: Proletarisches Theater in der Ersten Republik, in: Mugrauer, Manfred (Hg.): *90 Jahre KPÖ Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien 2009 (Quellen & Studien, Bd. 12), S. 145–167.
- 9/ Türk, Annemarie: Kultur und Propaganda. Zur Kulturarbeit der KPÖ 1918 bis 1934, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. 17. Linzer Konferenz 1981. Linz, 8. bis 12. September 1981. Wien 1983 (Geschichte der Arbeiterbewegung. ITH-Tagungsberichte, Bd. 16), S. 236–245, hier S. 236.
- 10/ Vgl. ZPA der KPÖ, Friedrich Hexmann an die Bezirksleitung der KPÖ Wien 3., 10.5.1946.
- 11/ Korotin, Ilse (Hg.): *biografiA. Lexikon österreichischer Frauen*, Bd. 1: A–H. Wien, Köln, Weimar 2016, S. 282.
- 12/ Kretz, Johannes: Erwin Ratz – Leben und Wirken. Versuch einer Annäherung. Wien u.a. 1994 (Musikleben. Studien zur Musikgeschichte Österreichs, Bd. 4), S. 44; Library of Congress, Erwin Ratz an Arnold Schönberg, 1.9.1938; Fragebogen, in: [https://www.nli.org.il/he/archives/NNL\\_CAHJP997011249589005171/NLI#\\$FL196555750](https://www.nli.org.il/he/archives/NNL_CAHJP997011249589005171/NLI#$FL196555750) [24.2.2024].
- 13/ Nachlass Erwin Ratz (Privatbesitz), Bezirksstelle der KPÖ Wien 8., Bestätigung, 30.4.1945.
- 14/ Kretz: Erwin Ratz, S. 24.
- 15/ Mugrauer, Manfred: Genosse Wildgans. Der Komponist Friedrich Wildgans und die Kommunistische Partei Österreichs, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 20. Jg. (2013), Nr. 2, S. 11–17.
- 16/ Teibler, Antonia: Wer bist du? Ändere die Welt! Zur Person Erwin Ratz, in: *Eisler-Mitteilungen*, Nr. 71, Juli 2021, S. 4–13.
- 17/ Programmzettel im Nachlass Erwin Ratz. Das Wiener Stadttheater (oder Neues Wiener Stadttheater) wurde 1914 in der Josefstadt eröffnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg von der amerikanischen Besatzungsmacht in „Rex-Theater“ umbenannt, wurde das Gebäude 1960/61 durch einen Neubau ersetzt, der bis 2003 die Wiener Büchereien beherbergte.
- 18/ ZPA der KPÖ, Friedrich Hexmann an die Bezirksleitung der KPÖ Wien 3., 10.5.1946.
- 19/ Vgl. Österreichisches Literaturarchiv (ÖLA), 37/96, 37/B1079, Erwin Ratz an Ernst Fischer, 6.12.1946.
- 20/ Ratz, Erwin: Hanns Eisler zum 50. Geburtstag (1948), in: ders.: *Gesammelte Aufsätze*. Wien 1975, S. 111 und 113.
- 21/ AdK, HEA 7162, Interview von Steffy Eisler und Georg Knepler mit Erwin Ratz 1968 (Tonband).
- 22/ ÖLA, 37/96, 37/B1079, Erwin Ratz an Ernst Fischer, 6.12.1946, S. 2.
- 23/ Nachlass Erwin Ratz, Erwin Ratz an Ernst Fischer, o.D. [1950].
- 24/ ÖLA, 37/96, 37/B1079, Erwin Ratz an Ernst Fischer, 31.12.1957, S. 1.
- 25/ ÖLA, 37/96, 37/B1079, Erwin Ratz an Lou Eisler-Fischer, 30.8.1972.

# Neue alte Linke an Österreichs Universitäten

## Folgen und Widersprüche der Studierendenproteste von 1968 in Österreich

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Die Studierendenproteste in den 1960er Jahren hatten auch in Österreich langfristige Folgen. Sie waren Ausdruck und Katalysator weitreichender Veränderungen an den Hochschulen. An Österreichs Universitäten – bereits in der Ersten Republik Horte des Nazismus und Antisemitismus – bestand nach 1945 eine rechts-konservative Hegemonie, die erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre herausgefordert wurde. Sie wurde durch „eine vorwiegend aus den *Söhnen* wohlbestallter, meist katholisch-konservativer oder aber *national-freiheitlich* geprägter Familien bestehende Studierendenschaft“<sup>1</sup> garantiert. Bei den ersten Wahlen zur Österreichischen Hochschüler-schaft (ÖH, heute: Österreichische Hochschüler\_innenschaft), der Vertretungskörperschaft der Studierenden, erhielt die konservative Fraktion im bundesweiten Studierendenparlament (Zentralausschuss, seit 1999 Bundesvertretung) zwischen 71 und 75 Prozent der Stimmen.<sup>2</sup> Dieser Anteil reduzierte sich markant nach der Zulassung des *Rings Freiheitlicher Studenten* (RFS) bzw. seiner Vorläuferorganisationen<sup>3</sup> zu den ÖH-Wahlen. Bereits bei seinem ersten Antritt 1953 konnte der RFS beinahe ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Die Studierendenorganisation, aus deren Reihen sich führende FPÖ-Funktionäre rekrutierten, war in den 1950er und 1960er Jahren ein „Hauptträger rechtsextremer Aktivitäten“ in Österreich.<sup>4</sup>

Auf diese Rekonstituierung der Rechtsextremen folgte eine Phase relativer Stabilität, die bis 1965 anhielt. Die Konservativen erhielten in diesem Zeitraum 49 bis 60 Prozent der Stimmen, der RFS 27 bis 32 Prozent, der damit deutlich besser abschnitt als die beiden linken Fraktionen. Auf den SPÖ-nahen *Verband sozialistischer Studenten Österreichs* (VSSÖ) entfielen zwischen zwölf und 17 Prozent und auf die 1946 gegründete *Vereinigung demokratischer Studenten* (VDS), in der kommunistische Studentinnen und Studenten organisiert waren, lediglich ein bis zwei Prozent.<sup>5</sup> Beide linke Fraktionen waren damit deutlich schwächer als ihre jeweiligen Mutterparteien.

Wenngleich 1965 im Zuge der „Affäre Borodajkewycz“ die Mobilisierungsfähigkeit rechter Studenten deutlich wurde, als Hunderte für den antisemitischen Professor der Wiener Hochschule für Welthandel (heute: Wirtschaftsuniversität Wien) demonstrierten,<sup>6</sup> markierte diese Auseinandersetzung den Beginn weitreichender politischer Veränderungen an den Hochschulen. Bei den Studierendenvertretungen kamen in der Folgezeit drei Trends zu Tragen:<sup>7</sup> Einerseits ein Sinken der Wahlbeteiligung, von 70 im Jahr 1965 auf 43 Prozent im Jahr 1971 (Zentralausschuss). Weiters eine Reihe von Spaltungen und Neugründungen, zunächst unter den konservativen, später auch den sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen. Diesen Spaltungen gingen jeweils interne Flügelkämpfe voraus, die sich sowohl in einer Stärkung der linken als auch im liberaleren Auftreten sämtlicher Fraktionen manifestierte. So setzte sich im VSSÖ Ende der 1960er Jahre der linke Flügel durch, und auch im konservativen *Wahlblock*, der sich 1967 in *Österreichische Studentenunion* (ÖSU) umbenannte, gewannen progressivere Kräfte an Einfluss.<sup>8</sup> Diese Linksentwicklung der Studierendenschaft ist einerseits auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie die schrittweise Liberalisierung und die Zurückdrängung des österreichischen Deutschnationalismus zurückzuführen. Hochschulpolitische Ursachen lagen andererseits in einer teilweisen sozialen Öffnung der Universitäten, die zu starken Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden führte. Darüber hinaus trugen auch die Politisierung und Radikalisierung eines Teils der Studierenden infolge der „68er Proteste“ sowie ein höheres Ausmaß an (hochschul-)politischen Aktivitäten linksgerichteter Studierender zu dieser Entwicklung bei.

### Durchsetzung einer linken Hegemonie

Das österreichische Hochschulsystem war in den Jahren vor dem Beginn der Studierendenproteste weitgehenden Veränderungen unterworfen. Der expandierende fordistische Wohlfahrtsstaat verlangte vermehrt nach qualifizierten

Arbeitskräften. Bundeskanzler Alfons Gorbach (ÖVP) ließ im Rahmen seiner Regierungserklärung im April 1961 wissen, dass es nun gelte, „Österreich an die stürmische wirtschaftliche und technische Entwicklung, die sich in der Welt vollzieht, anzupassen und dieses Land endgültig in die sich abzeichnenden größeren Wirtschaftsräume einzugliedern“, weshalb es erforderlich sei, „Österreichs geistige und kulturelle Sendung durch die Förderung aller in diesem Lande vorhandenen Talente lebendig zu erhalten“.<sup>9</sup> Daher wurden eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um die Anzahl der Hochschul-AbsolventInnen deutlich zu erhöhen, wie die Etablierung eines Rechtsanspruchs auf Gewährung von Studienbeihilfe, die Zweiteilung der akademischen Ausbildung in Diplom- und Doktoratsstudium, womit eine verstärkte Normierung und Verkürzung der Studiendauer einherging, sowie den Ausbau bestehender Universitäten und die Gründung neuer Universitäten außerhalb Wiens (wie die Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz 1966, heute: Johannes Kepler Universität, oder die Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt 1973, heute: Universität Klagenfurt). Unter der Regierung Kreisky wurde die „Bildungsexpansion“ noch stärker vorangetrieben und die Hochschulen teilweise demokratisiert. Das sozialdemokratische Ideal der „Chancengleichheit“ ungeachtet der sozialen Herkunft überschritt sich in den 1970er Jahren mit den ökonomischen Erfordernissen. Diese Maßnahmen hatten einerseits einen deutlichen Anstieg der Gesamtzahl der Studierenden zur Folge, von lediglich rund 14.000 Mitte der 1950er Jahre auf rund 38.000 zehn Jahre später und rund 59.000 im Wintersemester 1973/74.<sup>10</sup> Zum anderen wurde damit die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht. Wenngleich der Anteil der Kinder von Landwirten und Arbeitern unter den Studierenden niedrig blieb, machte sich die Öffnung vor allem durch eine deutliche Steigerung von Studierenden bemerkbar, deren Väter niedrige Angestellten waren, sowie durch eine Steigerung des Anteils von Frauen.<sup>11</sup> Diese technokratischen Reformen wurde nicht zuletzt durch die unerwartet



Aktion der „Vereinigung demokratischer Studenten“ (VDS) gegen den antisemitischen Hochschullehrer Taras Borodajkewycz im März 1965

aufgeflamten Studierendenproteste um 1968 gestört. Sie trugen dazu bei, den bildungspolitischen Reformbedarf allgemein bewusst zu machen und Druck auf die politischen Entscheidungsträger aufzubauen.<sup>12</sup> So demonstrierten im Herbst 1967 mehrere tausend Studierende gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Es war eine der größten Demonstrationen dieser Zeit.

Vor dem Hintergrund dieser Umwälzungen an österreichischen Universitäten haben durch die Studierendenproteste, so Marina Fischer-Kowalski, „die Linken, wengleich zahlenmäßig immer noch eine kleine Minderheit, völlig das Bild [...] beherrscht“.<sup>13</sup> Nach Robert Foltin wurde es „[i]n den Jahren nach 1968 [...] modisch, links zu sein“.<sup>14</sup> Dass die rechts-konservative Hegemonie wirkungsvoll herausgefordert werden konnte, war auch auf ein höheres Ausmaß an (hochschul-)politischen Aktivitäten linksgerichteter Studierender zurückzuführen. Diese konnte in zwei zu Beginn der 1970er Jahre durchgeführten Studien empirisch nachgewiesen werden.<sup>15</sup> Je weiter links sich Studierende verorteten, desto interessierter an hochschulpolitischen Themen und desto politisch aktiver waren sie. Während Sympathien für die VDS sowie für die 1968 gegründete *Föderation Neue Linke* (FNL) zu haben „schon so etwas wie Mitglied[schaft]“ bedeutete, da die SympathisantInnen dieser Organisationen durch ein verhältnismäßig hohes Ausmaß an Aktivität gekennzeichnet waren, haben „Sympathie für ÖSU und RFS weniger oder keine Implikationen für

irgendwelche Aktivitäten“, wie die StudienautorInnen resümieren. Dies förderte die Mobilisierungsfähigkeit linker Gruppen, denen es damit möglich war, weit besser als die anderen Fraktionen „die Werte und Zielvorstellungen ihrer Sympathisanten zu prägen und zu homogenisieren. Umgekehrt läßt sich aber sagen, daß Mitte und Rechte eher hochschulpolitische Zielvorstellungen haben, für deren Durchsetzung eigenes politisches Handeln gar nicht oder nur am Rande erforderlich ist. Im Vordergrund der Zielvorstellungen der Sympathisanten von ÖSU und RFS steht eine technokratische Haltung, die in der Universität primär eine Ausbildungsstätte für Personen mit hoher beruflicher Qualifikation sieht“, und nicht etwa die „revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft“ oder „Studenten zu kritisch-autonomen Individuen [zu] bilden“, wie dies aufseiten der VDS-SympathisantInnen vorherrschte.<sup>16</sup>

### Kommunistische Studierende, die KPÖ und die Neue Linke

Wengleich lediglich eine Gruppe „Neue Linke“ als Selbstbezeichnung übernahm, nämlich die von 1968 bis 1971 bestehende *Föderation Neue Linke*, hatten Intellektuelle wie Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Herbert Marcuse oder Jean-Paul Sartre Einfluss auf beinahe sämtliche linksgerichteten Jugend- und Studierendengruppen innerhalb und außerhalb der Hochschulen. Die VDS bewegte sich bereits seit Mitte der 1960er Jahre zwischen Reformorientierung und Neuer Linke. So ließ die Organisation 1965 in ihrem Zentralorgan

wissen, dass es ihr Ziel sei, sich „von erstarrten Dogmen“ zu lösen und für die Erkenntnis stehe, „dass persönliche Freiheit und sozialistische Revolution einander einschließen“. Doch in Russland „nach der sozialistischen Revolution [wurde] die Freiheit des Einzelnen missachtet.“<sup>17</sup> Es gälte, so der zweite Vorsitzende Hans Mum, „die Entwicklung zu einem weltoffenen, kritischen Marxismus zu beschleunigen“.<sup>18</sup> Noch deutlicher das Mitglied des Sekretariats Michael Subik in einem Vortrag auf der Vollversammlung des VDS: „Wir müssen über den bloßen Kampf gegen Apparatschiks hinausgehen. Wir müssen versuchen, positive Alternativen zu deren Politik zu finden. Unsere Aufgabe ist es, konkret auszuarbeiten, wie wir uns die Gesellschaft der Zukunft vorstellen. Die Gesellschaft unserer Zukunft. Der Sozialismus, der uns in den sozialistischen Ländern vorgelebt wird, befriedigt uns nicht.“ Ein sozialistischer Staat sollte „nicht nur die Möglichkeit von Mehrparteiensystemen beinhalten“, sondern auch „das Nebeneinanderbestehen, die Zusammenarbeit verschiedener (auch einander entgegengesetzter) Ideen“ ermöglichen.<sup>19</sup> Weiters finden sich im VDS-Zentralorgan anerkennende Darstellungen beispielsweise von Sartres Schrift „Betrachtungen über die Judenfrage“, auch finden sich in ihren theoretischen Auseinandersetzungen Rückgriffe auf den US-amerikanischen Soziologen C. Wright Mills.<sup>20</sup>

Die VDS büßte jedoch stark an politischer Handlungsfähigkeit ein und ging 1966/67 in der erstarkenden Studierendenbewegung auf. Erstmals in der Zweiten Republik kandidierte sie 1967 nicht mehr bei ÖH-Wahlen und musste im Herbst desselben Jahres vonseiten der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ), der KPÖ-Jugendorganisation, durch eine Gruppe junger Studierender neu aufgebaut werden.<sup>21</sup> Der neue Vorsitzende Ernst Berger hatte bereits davor die Ausrichtung der „alten“ VDS dafür kritisiert, dass sich diese kaum „mit Problemen der Studenten“ beschäftige, sondern „in erster Linie mit Fehlern [...], die es in den sozialistischen Ländern und in der KPÖ gibt“.<sup>22</sup> Ungeachtet dieser „Wiedergeburt der VDS“<sup>23</sup> blieben die kritische Haltung gegenüber der Sowjetunion und die Unterstützung der „Reformer“ innerhalb der KPÖ aufrecht. Diese wiederum versuchten einen Brückenschlag zur Studierendenbewegung und zur Neuen Linken. „Die Kommunisten, jahre- und jahrzehntelang gewohnt, von rechts



„Wandzeitung“ der „Vereinigung demokratischer Studenten“ (Juni 1970)

kritisiert zu werden, erleben nun eine Kritik von links“, wie Leopold Spira festhielt. „Es kann die Kommunisten nicht gleichgültig lassen, wenn ihre Anziehungskraft auf linksstehende oppositionelle Junge nicht übermäßig groß ist. Andererseits sollten sich die Jungen überlegen, ob ihre ‚linken‘ Argumente gegen den Kommunismus nicht auch Elemente beinhalten, die durchaus nicht links sind.“<sup>24</sup> Ähnlich hob Franz Marek das Erneuerungspotenzial für die traditionelle Linke hervor, nicht ohne Kritik an der Neuen Linken zu äußern. In *Weg und Ziel*, der Theoriezeitschrift der Partei, lieferte er eine detaillierte und anerkennende Besprechung von Herbert Marcuses 1967 auf Deutsch erscheinendem Hauptwerk „Der eindimensionale Mensch“, auch wenn er die Vorstellungen des Autors „zum Teil für unzulässig und unrichtig“ hielt.<sup>25</sup>

Auseinandersetzungen zur „Neuen Linken“ stellten darüber hinaus eine der inhaltlichen Bruchlinien innerhalb der KPÖ dar, welche infolge des Einmarsches der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei im August 1968 zur bislang größten Krise der Partei in

vor die Wahl gestellt, es der ihr nahestehenden FÖJ gleichzutun oder weiter mit der KPÖ verbunden zu bleiben.

### Ultraorthodoxe „68er“

Die Ausrichtung der VDS wurde maßgeblich von einer weiteren Entwicklung beeinflusst. „[N]achdem die FNL zerfallen war und der VSSÖ als Studentengruppe der nun Regierungspartei gewordenen SPÖ an Attraktivität einbüßte“, wurde die „VDS zu einem Sammelbecken linker Studierender“.<sup>26</sup> Aktionistische Dauermobilisierung, staatliche Repression und politische Niederlagen mochten zu einer Radikalisierung eines Teils der 68er-AktivistInnen hin zu ultraorthodoxen Positionen beigetragen haben, die sich nun vermehrt der VDS anschlossen und dort im Herbst 1970 die Oberhand gewannen. Noch während einer außerordentlichen Vollversammlung im Oktober dieses Jahres verließ ein Teil der bisherigen VDS-Führung den Raum und die Organisation. „Die anderen Rechten“, wie der neue Vorsitzende Walter Lindner später in der Zeitung *Student im Klassenkampf* resümierte, „kapitulierten daraufhin und leisteten gegen

der Zweiten Republik führte. Mit der Zuspitzung der innerparteilichen Konflikte und schließlich der Niederlage der Reformer um Ernst Fischer und Franz Marek, die 1969/70 aus der Partei austraten oder ausgeschlossen wurden, hatte Auswirkungen auf sämtliche Teil- und Vorfeldorganisationen. Die Intellektuellenzeitschrift *Wiener Tagebuch*, die FÖJ und Teile der mit der KPÖ verbundenen Gewerkschaftsfraktion *Gewerkschaftliche Einheit* spalteten sich ab. Daher wurden wenig später die *Kommunistische Jugend Österreichs* als neue der KPÖ nahestehende Jugendorganisation sowie der *Gewerkschaftliche Linksblock* als der KPÖ nahestehende Gewerkschaftsfraktion gegründet. Die VDS sah sich nun ebenfalls

die Übernahme der Leitung durch uns keinen Widerstand mehr.“<sup>27</sup> Dieser Bruch und die darauffolgende inhaltliche Neuausrichtung wurde einige Monate später durch einen neuen Namen verdeutlicht. Aus der VDS wurden die *Marxistisch-Leninistischen Studenten* (MLS).<sup>28</sup> Um „ihre Distanz zur KPÖ zu dokumentieren“, so Michael Graber, vermied die Organisation die Bezeichnung „kommunistisch“.<sup>29</sup> Bei den inhaltlichen Differenzen zwischen der VDS und den ultraorthodoxen AktivistInnen ging es um Fragen kommunistischer Hochschulpolitik und, damit verbunden, der Klassenlage Studierender sowie um die Frage nach dem revolutionären Subjekt, die Einschätzung der SPÖ und insbesondere der KPÖ. Die neue Führung vertrat die Ansicht, dass Studierende der Intelligenz zuzurechnen und „eben nicht als ‚proletarisiert‘ oder sonstwas“ anzusehen seien. Vielmehr müsse einerseits „die Neutralisierung der Studenten gegenüber dem proletarischen Klassenkampf“ angestrebt und „andererseits eine konsequente ‚Kaderpolitik‘“ betrieben werden, „um aus dem Studentenmilieu möglichst viele Einzelne herauszubrechen und zu Kommunisten zu machen“.<sup>30</sup>

Hinsichtlich der Sozialdemokratie wurde die Linie vertreten, dass diese „vom ‚Steigbügelhalter‘ zum ‚Geschäftsführer‘ der Bourgeoisie avanciert“ sei. „Die Hauptfunktion der SP-Regierung [ist es], den österreichischen Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu rationalisieren und die Arbeiter niederzuhalten“, weshalb die SP-Spitze dem „Klassenfeind“ zuzurechnen sei.<sup>31</sup> Die Reformer der Fischer-Marek-Gruppe waren für die MLS gänzlich, die KPÖ „in der Tendenz revisionistisch“. Dennoch wurde vonseiten der MLS zunächst eine Annäherung an die (nun wieder stärker an Moskau ausgerichtete) KPÖ gesucht. Die Partei sollte es der MLS ermöglichen, „den ‚Kontakt mit der Arbeiterklasse‘ zu finden.“<sup>32</sup> Dieser betonte gegenüber der KPÖ, es ihr gleichgetan und die „Reformer“ in den eigenen Reihen nun ebenfalls ausgeschlossen zu haben.<sup>33</sup> Nichtsdestoweniger verwies die KPÖ die Studierendenorganisation wenig überraschend „immer wieder auf die Hochschulen“ als den der MLS „angestammten Arbeitsbereich“, wie Lindner rückblickend beklagte.<sup>34</sup>

### Gründung des KSV

Nachdem die Strategie zur Etablierung eigener „Betriebsarbeit“ mit Hilfe der Kontakte und Strukturen der KPÖ ge-

scheitert war, verschärfte die MLS ihre Beurteilung der Partei. „Revisionistisch sind nicht einzelne Tendenzen, einzelne Funktionäre, sondern der ganze Parteiapparat und die Grundlinie der Parteipolitik“,<sup>35</sup> war Ende 1971 die neue Linie. Daher strebe die MLS nun den „vollständigen Bruch“ mit der KPÖ an. Dies beinhaltete auch den Bruch mit den GenossInnen in der eigenen Organisation, deren Einschätzung zur KPÖ milder ausfiel. So wurden mehrere Personen wegen „Revisionismus“ aus der MLS ausgeschlossen.<sup>36</sup> Ein Teil der Ausgeschlossenen beendeten ihre (hochschul-)politischen Aktivitäten jedoch nicht, sondern setzte die Initiative zur im Oktober 1972 erfolgten Gründung des *Kommunistischen Studentenverbandes* (KSV). Bereits im Frühjahr 1972 war durch die MLS-DissidentInnen die *Gruppe Kommunistischer Studenten* (GKS) gegründet worden. Die GKS sollte jedoch lediglich ein Provisorium sein, ein „Schrittmacher für eine umfassende revolutionäre Studentenorganisation“. Mit der Ausarbeitung und dem Beschluss des Grundsatzprogramms wurde die GKS in *Kommunistischer Studentenverband* umbenannt.<sup>37</sup>

Organisatorisch war der KSV eine Kaderorganisation, was im Vergleich zur VDS, wo es „nicht einmal die Institution der Mitgliedschaft“ gab,<sup>38</sup> eine beträchtliche Veränderung darstellte. Inhaltlich konstituierte sich mit dem KSV wieder eine Studierendenorganisation, die mit der KPÖ „in einer festen Kampfgemeinschaft verbunden [ist] auf der Basis der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Politik und Ideologie.“<sup>39</sup> Dies bedeutete sowohl eine Abgrenzung zu den MLS wie auch zur „Neuen Linken“ – die Studierendenproteste lagen bereits mehrere Jahre zurück, die hochschulpolitisch aktiven antiautoritären Gruppen hatten sich bereits aufgelöst. Retrospektiv beurteilten die KSV-Gründungsmitglieder Susanne Sohn und Andreas Rasp die Studierendenbewegung weitaus weniger wohlwollend als dies noch durch die VDS der Fall war. Die antiautoritären AktivistInnen richteten „ihre Ablehnung klassenunspezifisch gegen ‚die Macht‘ der ‚Institutionen‘ oder der ‚Partei‘. Ihr Organisationsverständnis war von Spontanitätsvorstellungen geprägt und lehnte sich an anarchistische Föderationsvorstellungen an. [...] Sie wirkte auf breite Kreise der Studenten politisierend und bedeutete für viele ein notwendiges Durchgangsstadium auf Positionen der Arbeiterbewegung. Zum anderen erwies

sie sich oft als Barriere einer weiteren Linksentwicklung, bestärkte antikommunistische Vorurteile und immunisierte gegen die Partei der Arbeiterklasse.“<sup>40</sup>

Im KSV-Grundsatzprogramm wird der Versuch deutlich, soziale und politische Verbesserungen innerhalb des kapitalistischen Systems mit der programmatischen Zielsetzung eines „Aufbaus des Sozialismus“ zu verbinden. Während der KSV seine „Hauptaufgabe“ darin sah, „in der Masse der Studenten das Bewußtsein über die wirklichen Perspektiven im Kapitalismus und über die Notwendigkeit des Platzes der fortschrittlichen Studenten an der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung zu entwickeln“, sollten auch hochschulpolitische Verbesserungen, insbesondere für Studierende aus ArbeiterInnenfamilien, erkämpft werden. Dies bedeutete für den KSV auch, dass das „Bildungsmonopol der herrschenden Klasse, dessen Ausdruck nicht nur im Bildungsprivileg, sondern vor allem auch in der Bestimmung der Bildungsziele und Inhalte liegt“,<sup>41</sup> gebrochen werden musste. Für diese Ausrichtung wurde die Bezeichnung „gewerkschaftliche Orientierung“ gewählt, welche aus der Analyse der ökonomischen Situation Österreichs abgeleitet war. Dazu wurde das Konzept des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) herangezogen, dem zufolge eine Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates im Interesse der herrschenden Klasse stattgefunden habe. Diese Konzeption fand ebenso wie die „gewerkschaftliche Orientierung“ im westdeutschen *Marxistischen Studentenbund (MSB) – Spartakus* Verwendung, der sich im Mai 1971 konstituiert hatte<sup>42</sup> und an dem sich der KSV in vielen Punkten orientierte.<sup>43</sup> Außerdem war der Stamokap vonseiten der KPÖ nach der Parteikrise als Teil von Bemühungen aufgegriffen worden, „einen politischen und ideologischen Konsolidierungsprozess einzuleiten“.<sup>44</sup>

Mit dem Ausschluss der KPÖ-SympathisantInnen war es mit den Spaltungen innerhalb der MLS noch keinesfalls getan. Wenig später wurde eine Reihe weiterer Mitglieder ausgeschlossen. Diese wiederum gründeten die trotzkistisch ausgerichtete *Gruppe Revolutionärer Marxisten* (GRM).<sup>45</sup> Die MLS selbst wandte sich schließlich dem Maoismus zu. Damit konnte eine doppelte Gegnerschaft verfolgt werden: Einerseits gegen die Sowjetunion und die KPÖ, andererseits gegen sämtliche bürgerlichen politischen Kräfte. Darüber hinaus konnte



Von den „Marxistisch-Leninistischen Studenten“ (MLS) herausgegebene Zeitung „Student im Klassenkampf“ (1971)

durch die Bezugnahme auf „ein (revolutionäres?) Mutterland“, wie Foltin annimmt, „die augenscheinliche Schwäche der eigenen Gruppe“ kompensiert werden.<sup>46</sup> Diese zunächst auf Wien beschränkten Vorgänge fanden zeitverzögert auch Niederschlag in den anderen größeren Universitätsstädten (Graz, Linz, Innsbruck, Salzburg), wo die drei Organisationen teilweise Gruppen aufbauen konnten.

Für den KSV war von Bedeutung, dass eine Reihe von AktivistInnen aus anderen Organisationszusammenhängen übertraten, etwa FunktionärInnen des VSStÖ an den Universitäten Salzburg und Graz.<sup>47</sup> Der Aufbau und die Vergrößerung von in den Bundesländern agierenden Gruppen gehörte nun zu den Tätigkeitsschwerpunkten des KSV. Darüber hinaus wurde die Herausgabe des neuen Zentralorgans *Rote Perspektive* forciert.<sup>48</sup> Hochschulpolitische, antifaschistische und antiimperialistische Aktivitäten bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte des KSV. Wenngleich die „Zurückdrängung“ des Einflusses von MLS und GRM zu den Hauptzielsetzungen des KSV zählte,<sup>49</sup> waren auch punktuell Kooperationen zwischen den drei Gruppen möglich, insbesondere bei Aktionen gegen Rechtsextremismus, wie etwa gegen einen Auftritt des damaligen FPÖ-Abgeordneten Otto Scrinzi, der Ende 1972 auf Einladung von RFS und der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei (NDP) an der Universität Wien zur „Situation in Kärnten“ sprach. An dieser „Solidaritätskundgebung für die



Briefkopf des 1972 gegründeten Kommunistischen Studentenverbands

Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten“ beteiligten sich neben dem KSV auch GRM, MLS und FÖJ.<sup>50</sup>

### Verstärkter Linkstrend an den Hochschulen

Bei den folgenden ÖH-Wahlen im Jänner 1974 konkurrierten GRM, KSV und MLS miteinander. Dabei gelangen sämtlichen linken Fraktionen deutliche Zugewinne, wohingegen der RFS an keiner Hochschule mehr den Hauptausschussvorsitzenden innehatte und die konservative ÖSU an der Universität Wien die absolute Stimmenmehrheit verlor. Im Zentralausschuss erhielten die linken Gruppen zusammen erstmals knapp 30 Prozent der Stimmen<sup>51</sup> – der bis dahin höchste Wert in der Zweiten Republik. Auf die kommunistischen Gruppen zusammengenommen entfielen rund elf Prozent, was trotz der geringen Wahlbeteiligung vor dem Hintergrund des zu dieser Zeit vorherrschenden Antikommunismus ein bemerkenswertes Ergebnis darstellt. Wenngleich unter den drei kommunistischen Listen der KSV am stärksten die Verbesserung der Bedingungen für Studierende als Schwerpunkt seiner Arbeit definierte, wurde dieser von den MaoistInnen deutlich übertroffen (drei bzw. fünf Prozent). Nichtsdestoweniger stellte das Wahlergebnis auch für den KSV einen großen Erfolg dar. „Noch nie“, schrieb der erste Vorsitzende des KSV, Michael Graber, „ist es einer in Kampfgemeinschaft mit der KPÖ stehenden Studentenorganisation gelungen, eine Vertretung im Zentralausschuß zu erkämpfen und so viele Stimmen auf sich zu vereinigen.“<sup>52</sup> Wenige Monate nach den Wahlen gelangte die Konsolidierungsphase des KSV mit der ersten Bundeskonferenz und der Bildung einer Bundesleitung im Juni 1974 zum Abschluss.

Durch zwei weitere Faktoren erhielt der Linkstrend an den Hochschulen eine zusätzliche Dynamik: Einerseits durch die Etablierung der Basisgruppen, die sich ab dem Wintersemester 1969/70 an

einer Reihe von Instituten konstituiert hatten.<sup>53</sup> Sie gingen wiederum aus den im Wintersemester zuvor an den Universitäten Wien, Innsbruck und Graz gegründeten Institutsvertretungen hervor, die mit dem Anspruch einer Gesamtvertretung aller Studierender eines Instituts, „der Wahrnehmung ihrer Interessen im Studienbetrieb und in der Institutsorganisation“, gegründet wurden. Diese Gruppen, die sich „von der Funktionärspolitik der traditionellen Studentenorganisationen“<sup>54</sup> absetzten, verstanden es „sehr gut, bislang ‚unpolitische‘ Studenten zu rekrutieren“.<sup>55</sup> Die Basisgruppen vertraten im Vergleich mit den Institutsgruppen „einen stärker politischen und linken Anspruch“.<sup>56</sup> Dementsprechend hatte 1970 mehr als ein Drittel jener Studierender, die mit der FNL oder VDS sympathisierten, angegeben, bei den Basisgruppen aktiv zu sein. Andererseits bestand durch MLS und GRM nach der Auflösung antiautoritärer Gruppen nun wieder Angebote für jene Studierenden, für die es aufgrund einer Ablehnung der Sowjetunion (insbesondere nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“) nicht in Frage kam, eine KPÖ-nahe Organisation zu unterstützen. Darüber hinaus handelte es sich dabei um Kaderorganisationen, die ihre Ziele, wie angenommen werden kann, dadurch effektiver vertreten konnten.

### Resümee

Wenngleich die Intellektuellen der „Neuen Linken“ von den Studierenden stark rezipiert worden waren, gehört zu den Folgen der Studierendenproteste paradoxerweise die Herausbildung von Organisationen, die der „alten Linken“ zuzurechnen sind. Der Aufschwung der „alten Linken“ an Österreichs Hochschulen zu Beginn der 1970er Jahre stand vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung der Studierendenbewegung, die zur Hinwendung eines Teils ihrer AktivistInnen zu ultraorthodoxen Positionen führte. Mit Ausnahme des KSV konnten sich die so gegründeten

Organisationen jedoch nicht dauerhaft halten. Die Bedeutung von GRM und MLS an den Hochschulen nahm in den Folgejahren wieder ab, bis sie zu Beginn der 1980er Jahre keine Rolle mehr spielten. Die ultraorthodoxen Organisationen waren kaum imstande, abweichende Meinungen zuzulassen, diese wurden vielmehr pauschal als „Revisio-nismus“ gebrandmarkt. Inhaltliche Auseinandersetzungen abseits einer formelhaften Rezeption der sozialistischen Vorbilder sowie die Erarbeitung differenzierter Positionen wurden dadurch stark erschwert. Für die maoistischen Gruppen (aus der MLS gingen weitere Organisationen hervor) waren darüber hinaus die Entwicklungen in China nach dem Tod Mao Zedongs 1976 verhängnisvoll. Durch die „Turbulenzen um die chinesische ‚Vierbande‘ wurde die MLS massiv diskreditiert.“<sup>57</sup>

Dass der KSV langfristig als politischer Faktor an den Hochschulen bestehen blieb, kann zum einen auf die Infrastruktur zurückgeführt werden, die die KPÖ für ihre Studierendenorganisation bereitstellte, und zum anderen auf die Programmatik und die daraus resultierende Schwerpunktsetzung der Organisation auf Hochschulpolitik und „gewerkschaftliche Orientierung“. Nach der krisenhaften Entwicklung der KPÖ infolge des Einmarsches der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR spielten auch im KSV reformkommunistische Positionen keine Rolle mehr, ebenso wenig wie solche der „Neuen Linken“. Weiterhin randständig blieb außerdem eine Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen. Für die KPÖ bildete der KSV eine Kaderschmiede, welche die kleiner gewordene Zahl der FunktionärInnen und AktivistInnen vergrößerte. Auch konnte die Organisation innerhalb der studentischen Vertretungsstrukturen Einfluss entfalten. Deren Ausgestaltung hatte sich angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ebenso deutlich verändert wie die soziale Zusammensetzung der Studierenden.

### Anmerkungen:

1/ Bernhard Weidinger: 1968 und die Reaktion(en). Neuer akademischer Kulturkampf und rechter Richtungsstreit an österreichischen Universitäten um 1970, in: Massimiliano Levi/ Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Frankfurt/M. 2010, S. 147–170, hier S. 149 (Hervorhebungen im Original).

2/ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF): Politisches Interesse und Engagement der Studenten in Österreich. Materialien aus den Jahren 1970 bis 1974. Wien 1975, S. 10.

3/ Als RFS-Vorläuferorganisationen kandidierten 1951 die *Studentische Wahlgemeinschaft* sowie der *Bund unabhängiger Studenten* zu den Hochschülerschaftswahlen.

4/ Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993, S. 327–428, hier S. 334. Wenn im vorliegenden Beitrag Personengruppen maskulin bezeichnet werden, so geschieht dies, um männerbündische Strukturen sichtbar zu machen.

5/ Österreichische HochschülerInnenenschaft (Hg.): 60 Jahre Österreichische HochschülerInnenenschaft. Wien 2006, S. 52.

6/ Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer: Abriss der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, S. 97–101, hier S. 98.

7/ Ausnahmen zu diesen Trends bildeten teilweise die Kunsthochschulen. Dort war einerseits die Wahlbeteiligung bereits vor der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vergleichsweise gering, andererseits waren auch Fraktionen, die einer politischen Partei zuordenbar waren, nur schwach vertreten.

8/ Marina Fischer-Kowalski: Universitäten und Gesellschaft in Österreich, in: Heinz Fischer (Hg.): Das politische System Österreichs. Wien 1974, S. 571–624, hier S. 601f.

9/ Stenographisches Protokoll, 64. Sitzung des Nationalrats, IX. Gesetzgebungsperiode, 19.4.1961, S. 2681.

10/ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) (Hg.): Die Hochschulen in Österreich. OECD-Bericht 1975, Bd. 1. Wien 1975, S. 65.

11/ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: Hochschulbericht 1984, S. 69ff. und 127.

12/ Lorenz Lassnigg: Bildungsreform gescheitert ... Gegenreform? 50 Jahre Schul- und Hochschulpolitik, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.): Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien 1996, S. 458–484, hier S. 468.

13/ Fischer-Kowalski: Universitäten, S. 602.

14/ Robert Foltin: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien 2004, S. 88.

15/ Dabei handelt es sich zum einen um eine Sekundärauswertung der im Sommersemester 1970 von Marina Fischer-Kowalski und Eva Cyba durchgeführten schriftlichen Befragung von Studierenden der Philosophischen Fakultät der Universität Wien, und zum anderen um eine

im Auftrag des BMWF durchgeführte Untersuchung von Studierenden an ausgewählten österreichischen Hochschulen im Sommersemester 1973. BMWF: Politisches Interesse und Engagement der Studenten in Österreich, S. 22f. und 102.

16/ Ebd., S. 107 und 109f.

17/ VDS: *Trend. Diskussionsblätter für die studentische Linke*, Nr. 1/1965, S. 3.

18/ Hans Mum: Gedanken über Perspektiven, in: *Trend*, Nr. 1/1965, S. 12–15, hier S. 12.

19/ Michael Subik: Perspektiven, in: *Trend*, Nr. 5/1966, S. 25–27, hier S. 25.

20/ *Trend*, Nr. 1/1965, S. 18–25; Subik: Perspektiven.

21/ Michael Graber: Von der VDS zum KSV, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 2, S. 16–18, hier S. 16.

22/ Ernst Berger: Zum „Programmwurf“ der VDS. Leserbrief, in: *Trend*, Nr. 5/1966, S. 28–29, hier S. 28; siehe auch Leserbrief von Ernst Berger, in: *Trend*, Nr. 6/1966, S. 44–46.

23/ Ernst Berger: Kritischer Rückblick. Zwei Jahre politische Aktivität an der Univ. Wien, in: *Wandzeitung*, Nr. 2, November 1969, S. 3–4, hier S. 3.

24/ Leopold Spira: Die Studenten und das Establishment, in: *Weg und Ziel*, 25. Jg. (1968), Nr. 6, S. 281–287, hier S. 287.

25/ Franz Marek: Die studentische „neue Linke“, in: *Weg und Ziel*, 25. Jg. (1968), Nr. 1, S. 6–11, hier S. 11.

26/ Graber: Von der VDS zum KSV, S. 17; siehe auch Fritz Keller: Wien, Mai 1968: eine heiße Viertelstunde. Wien 2008, S. 176.

27/ Walter Lindner: Zur Entwicklung zur MLS (1), in: *Student im Klassenkampf*, Nr. 6, März 1972, S. 1–14, hier S. 4.

28/ Ebd.

29/ Graber: Von der VDS zum KSV, S. 17.

30/ Lindner: Zur Entwicklung zur MLS, S. 2.

31/ Ebd.

32/ Ebd., S. 3.

33/ Walter Lindner: Grundzüge der neuen Politik der Vereinigung Demokratischer Studenten, in: *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1971), Nr. 2, S. 60–62, hier S. 60.

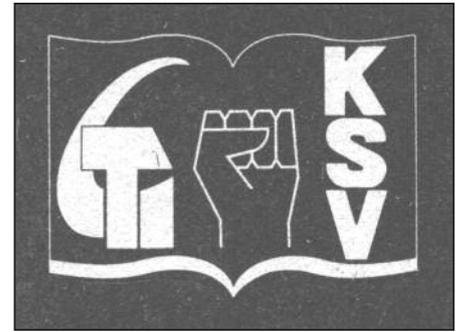
34/ Lindner: Zur Entwicklung zur MLS, S. 5.

35/ Resolution der Mitgliederversammlung vom 16.12.1971 über das Verhältnis zur KPÖ, in: *Student im Klassenkampf*, Nr. 6, März 1972, S. 15–18, hier S. 15.

36/ Lindner: Zur Entwicklung zur MLS, S. 4.

37/ Susanne Sohn/Andreas Rasp: Studenten und Kommunisten, in: *Weg und Ziel*, 29. Jg. (1972), Nr. 6, S. 230–232, hier S. 232; Zur Politik des Kommunistischen Studentenverbandes, in: *Weg und Ziel*, 29. Jg. (1972), Nr. 12, S. 433–434, hier S. 433.

38/ Michael Graber: Von der VDS zum KSV, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen



**KSV-Logo der 1970er Jahre**

Jugendbewegung in Österreich. Wien 1981, S. 142–152, hier S. 149.

39/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Grundsatzprogramm des KSV. Wien 1972, S. 5.

40/ Sohn/Rasp: Studenten, S. 230.

41/ KSV: Grundsatzprogramm, S. 5 und 9.

42/ Gerd Langguth: Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968. Köln 21984, S. 162.

43/ Graber: Von der VDS zum KSV, S. 17.

44/ Michael Graber: Stamokap in Österreich. Eine theoretische Konferenz der KPÖ im Jänner 1972, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 29. Jg. (2022), Nr. 4, S. 21–22, hier S. 21.

45/ Boris Jezek: GRM/SOAL – die österreichische Sektion der 4. Internationale, in: Ulrich Angerer (Hg.): Trotzismus in Österreich – von den 20er Jahren bis heute. Teil 1: Eine Analyse. Wien 1996, S. 229–236, hier S. 229.

46/ Foltin: Und wir bewegen uns doch, S. 88.

47/ Ein Jahr kommunistischer Studentenverband, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 11, S. 412–413, hier S. 412.

48/ Zur Politik des Kommunistischen Studentenverbandes, S. 434.

49/ Graber: Linksrutsch an Österreichs Hochschule, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1974), Nr. 3, S. 93–95, hier S. 95.

50/ ZPA der KPÖ, Flugblatt des KSV: Heute Abend (vor 20h NIG II) wiederum die Pläne der Reaktion durchkreuzen!

51/ Der VSStÖ erreichte 13 Prozent, die *Liste Kommunistischer Hochschulorganisationen* (LKH), das Wahlbündnis der MLS, rund fünf Prozent, der *Club Sozialdemokratischer Studenten* (eine VSStÖ-Abspaltung an der Universität Graz), GRM und KSV jeweils rund drei Prozent; BMWF: Politisches Interesse und Engagement der Studenten in Österreich, S. 146–150, hier S. 145.

52/ Graber: Linksrutsch, S. 94.

53/ Fischer-Kowalski: Universitäten, S. 604.

54/ Institutsvertreterkonferenz der Universität Wien: *Student-Press*, Nr. 1: IVK. Thesen zur Situation an den Hochschulen. Institutsvertreterkonferenz der Universität Wien. Wien 1970, S. 5.

55/ Fischer-Kowalski: Universitäten, S. 604.

56/ Ebd., S. 606.

57/ Wilhelm Svoboda: Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren. Wien 1998, S. 35.

## Friedl Burda: Den Krieg um ein paar Tage verkürzen

1985 erschien erstmals der Band „Der Himmel ist blau. Kann sein“, in dem Karin Berger, Elisabeth Holzinger, Lotte Podgornik und Lisbeth N. Trallori – vier Pionierinnen der Frauenwiderstandsforschung – die Lebensgeschichten von Widerstandskämpferinnen aufzeichneten. 2023 erschien im Wiener Promedia-Verlag eine erweiterte Neuauflage.

Eine der 27 Österreicherinnen, die darin über ihren Widerstand gegen das Nazi-Regime erzählen, ist Friederike (Friedl) Burda (geb. Stolba). Geboren 1923 in Wien, kam Burda schon 1934 in Kontakt mit dem Kommunistischen Jugendverband. Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 war sie für die illegale KPÖ und ab 1942 in der überparteilichen, jedoch stark kommunistisch geprägten „Anti-Hitler-Bewegung“ um Karl Hudomalj aktiv. Sie war u.a. an der Herstellung der Zeitung „Die Wahrheit“ beteiligt. Anlässlich eines Heimaturlaubs ihres Mannes Franz Burda nähte sie ein Schreiben von Hudomalj in dessen Waffenrock ein. Als Franz Burda im Februar 1943 zur Roten Armee überlief, konnte er diesen Brief an die sowjetischen Stellen bzw. an die Exilführung der KPÖ in Moskau übergeben.

Im Februar 1944 gemeinsam mit ihrer Mutter Josefina Stolba verhaftet, wurde Friedl Burda im September dieses Jahres – nach sieben Monaten Gefängnis in der Rossauer Lände und in Krems – ins Konzentrationslager Ravensbrück gebracht. Nach der Befreiung arbeitete Burda als Versicherungsangestellte und war Betriebsrätin bei der Donau-Versicherung und der Wiener Städtischen. Friedl Burda starb 1986 in Wien.

Unsere Zeitung *Die Wahrheit* hat etwa ein Jahr existiert, vom Februar oder März 1943 bis zu meiner Verhaftung im Februar 1944. Für uns war sie vor allem ein Mittel, um die Soldaten zum Überlaufen zu bewegen oder dass sie erst gar nicht einrücken, ihre Termine hinausschieben. Und zur Sabotage haben wir aufgerufen, in den Betrieben der Kriegsindustrie, dass die Eisenbahner die Transporte nicht führen, die Züge zum Entgleisen bringen oder ähnliches. Ich habe selber Artikel geschrieben, ich habe mich dabei beschränkt auf Sabotage und Wehrkraftzersetzung. Eine Anleitung zum Handeln mehr oder weniger, wie man das eben machen kann.

Über Sabotage habe ich aber nicht nur geschrieben, ich habe es auch selber durchgeführt. Nur hat mir keiner Anweisungen geben können, wie ich es anstellen soll. Das habe ich in Eigenregie bei der Firma Reichert gemacht. Dort war ich damals dienstverpflichtet. Eigentlich hätte ich als Nachrichtenhelferin nach Saloniki sollen, und ein Grund für meine Heirat damals war, dass ich für die Wehrmacht nicht arbeiten wollte. Ich habe gesagt, ihr könnt von einer verheirateten Frau nicht verlangen, dass sie nach Saloniki geht; so bin ich in der Heimat dienstverpflichtet worden. Bin ich dann zuerst bei der Firma Reichert, den Optischen Werken, ins Fabrikationsbüro kommen. Am 12. April 1943 ist das gewesen.

Im Fabrikationsbüro sind die Nazis konzentriert gesessen. Ich habe dort die ehrenvolle Aufgabe gehabt, den Akkord auszurechnen, das hat mir gar nicht behagt. Ich habe mir also die rechte Hand eingebunden und hab versucht mit der linken zu schreiben. Sie haben mich zwar nicht zum Arzt geschickt, um das kontrollieren zu lassen, aber sie haben mich strafversetzt. Durch diese Versetzung bin ich dorthin kommen, wo ich eigentlich hinwollte: zu den ausländischen Arbeitern.

Die Firma Reichert war damals schon umgestellt auf Rüstungsindustrie, die hat für die Wehrmacht Fernwinkelrohre und ähnliches erzeugt. Und als Rüstungsbetrieb hat sie Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten kriegt: Franzosen, Griechen, Jugoslawen.

Strafversetzt worden bin ich in die Werkstatt runter. Als Ersatz für den Werkstättenschreiber in der Dreherei. Eine Zeitlang war ich noch gemeinsam mit ihm dort, was sehr angenehm war, weil wir sofort gespürt haben, dass da ein gemeinsames Interesse ist. Er hat mir auch schon sagen können, mit wem man Kontakt halten, mit wem von den Ausländern man reden kann; wo ist es sinnvoll, den Mund nicht aufzumachen, wie schauen die Meister aus. Da habe ich Hilfe und Unterstützung gehabt.

Damals ist noch mit Blaupausen gearbeitet worden, nicht wie heute mit Fotokopien, und auf diesen Blaupausen war intern ein Zeichen drauf, dass man gewusst hat: was ist ein Zivilauftrag und was ein Kriegsauftrag. Dass ich da geschwind dahinterkommen bin, ist klar.

Mein ganzes Bemühen war dann, wie könnte man bei der Firma Reichert sabotieren. Wie und wo könnte man den Hebel ansetzen. Als Werkstättenschreiberin habe ich ja die Aufträge kontrollieren müssen, die Stückzahl. Ich habe also auch den Ausschuss am besten unter Kontrolle gehabt, weil das durch meine Hände gegangen ist.

Also gut, wie kann man Ausschuss erzeugen? In der Dreherei sind die Griechen gewesen. Da hast eine Drehbank, an der Drehbank war ein Drehmesser befestigt, und mit dem Messer ist von dem Werkstück abdreht worden bis zum optischen Maß, das vorgeben war. Das geht auf ein Hundertstel genau, und wenn du um ein Hundertstel zu viel wegdreht, kannst das Stückl wegschmeißen. Du hast auch das Messer ruinieren oder den Drehvorgang abrupt abbrechen können, dann hast auch einen Ausschuss gehabt.

Bin ich also zu den Griechen gegangen und sag denen, passt auf, das ist ein Heeresauftrag, es wäre gut, wenn ihr nicht nur auf den Verdienst schauts, wenn ihr ein bissl Ausschuss arbeitet. Dort war eine riesengroße Werkshalle, ein Mordslärm. Wenn du dich mit einem unterhalten hast, hat der bei der Nebenmaschine schon nimmer verstanden, was geredet worden ist. Bei den Griechen waren nur ein paar, auf die du dich hast verlassen können, aber die haben dann auf Ausschuss gemacht. Bei den Franzosen waren es mehr, da habe ich nicht so vorsichtig streuen müssen. Die waren in der Bohrerei. Heeresauftrag in der Bohrerei. Die Bohrmaschinen sind so eingerichtet, dass einer sieben Spindeln beaufsichtigen kann, und wenn du einen Hebel bewegst, sind mehrere Werkstücke gleichzeitig bearbeitet. Oder sie sind hin.

Als Werkstättenschreiberin habe ich überall Zutritt gehabt. Ich bin also rauf in die Bohrerei, bin zum Meister und hab ihn gefragt, wäre es möglich, dass du mir erklärst und zeigst, wie man die Gehäuse anbohrt. Er hat mich eine Weile angeschaut, hat ein bissl gestutzt, und nach einer Zeit hat er gesagt, na, komm mit. Ich habe gewusst, er ist ein Antifaschist, aber ich habe es ihm ja nicht auf die Nasen binden können, was ich dort genau machen will. Es hat halt jeder geschaut damals, was in seiner Macht stand, gegen die Nazis zu tun. Es war nicht so, dass ein jeder einen politischen Auftrag kriegt hat.

Der Meister führt mich also in die Bohrererei und hat mir das zeigt. Hat zugehört, wie ich es mach, dann ist er fortgegangen. Er hat ein Gespür gehabt, wollt aber nicht direkt konfrontiert werden damit. Bei den Franzosen war sofort eine Versammlung. Die Werkstätten-schreiberin von der andern Werkstatt kommt zu uns, zur Maschine, die lasst sich da was zeigen! Ich habe in der Schule Französisch gelernt, zu dem Zeitpunkt habe ich es noch ein bissl können. Hab noch so viel radebrechen können, dass ich denen erklärt hab, wenn auf den Blaupausen steht, das ist für den Krieg, la guerre, sollen sie nicht so präzis arbeiten. Dann habe ich ihnen zeigt, wie man die Gehäuse ganz durchbohrt, statt sie nur anzubohren. Da war dann ein Loch drinnen, das war nicht mehr zum Schweißen, das war Ausschuss. Aber bittschön, nicht zu viel, habe ich ihnen noch gesagt, das würde auffallen, da gibt es dann Kontrolle, und das brauchen wir wiederum nicht. Was wir brauchen, ist ein bissl Ausschuss.

Die Franzosen haben das gemacht, die haben verstanden, um was es gegangen ist, das hast beim Reden ja rauskriegt. Die sind zusammengefangen worden auf der Straße, in einen Lastwagen rein und ab nach Österreich. Die sind ja nicht freiwillig gekommen, die waren irgendwie unter Druck. Genauso die Griechen und Jugoslawen.

Die Serben zum Beispiel haben von ihrem Barackenquartier in Floridsdorf ein schönes Stückl Weg bis zur Fabrik in Hernals gehabt. Wenn die um fünf Minuten zu spät kommen sind – bei uns hat es ja Lochkarten geben – ist ihnen eine ganze Stunde abgezogen worden. Da hat zum Beispiel der Meister Potensky einen Mechanismus erfunden, mit dem wir die Uhr aufhalten konnten. Wir haben so ein Schnapperl draufgeben, dann ist die Uhr stehengeblieben. Zehn Minuten ist sie von uns aufgehalten worden, dann haben wir das Schnapperl weggenommen, die Zeit nachgestellt, und die Uhr ist wieder normal gegangen. So ist den Arbeitern geholfen worden.

Beim Meister Potensky habe ich auch sofort gespürt, der hat gemeinsame Interessen mit mir. Von dem habe ich viel gelernt. Unter anderem auch einen Anspruch, der mir dann im Konzentrationslager über manche Situationen hinweggeholfen hat. Weil die Firma Reichert Rüstungsaufträge gemacht hat, sind immer wieder Piefkes kommen und haben in den Werkstätten herumgeschnüffelt. Was der Potensky nicht gewusst hat: Das

Material für die Flugblätter, die ich verfasst habe, ist beim Reichert in meiner Schreibtischlade gelegen. Genau zu der Zeit kommt so ein Goldfasan aus dem Altreich ins Werkstättenbüro hinein. Ich bin weiß worden wie die Mauer und bin sehr wortkarg gewesen. Hab nur ein paar Fragen, die er gestellt hat, beantwortet, und war heilfroh, wie er wieder raus gegangen ist.

Kaum war er draußen, hat mich der Potensky gefragt, was hast denn jetzt gehabt, warum bist denn so kasweiß worden? Habe ich gesagt, gleich, aber lass mich zuerst noch ein bissl verschnaufen. Na, meint er, so kann dir doch das nicht zu Gemüte gehen. Schau, du musst dir den Menschen vorstellen, wie er ausschaut, wenn er die Hosen heruntergelassen hat, auf dem Klo sitzt und drückt und drückt und drückt. Und nicht kann. Das habe ich mir zu Gemüte geführt, später hat mir das oft geholfen. Nachher habe ich dem Potensky gesagt, warum ich so weiß worden bin. Hat er gemeint, bist schon leichtsinnig. Sag ich, wo soll ich das Material denn lassen? Daheim muss ich rechnen, dass die Gestapo auftaucht, dass sie an den Arbeitsplatz kommt, damit habe ich nicht gerechnet.

Einmal bin ich hinunter gegangen in die Kontrolle von der Dreherei. Um die Arbeiten kontrollieren zu können, hat es Messgeräte geben, sehr präzise Lehren. Unten war der Schmalhofer Fritz. Zu dem bin ich hin, habe mich in ein Gespräch einlassen, habe aufgepasst, wo er die Lehre hingibt. Dann habe ich einen Augenblick erwischen müssen, wo niemand in der Kontrolle war, wo alle Hände waschen, essen oder sonstwo waren. Da habe ich das Gerät an mich genommen.

Am nächsten Tag ist der Schmalhofer käseweiß zu uns raufkommen, beichtet dem Meister Potensky, es ist eine Lehre verschwunden, er kann jetzt dieses Werkstück nicht kontrollieren. Das ist ein Heeresauftrag, wir kommen in Terminverlust, was soll er denn machen? Müssen wir halt eine neue Lehre machen, hat der Potensky gesagt. Kannst du denn das? Und der Schmalhofer: Na gut, musst mir die Blaupausen zur Verfügung stellen und das Werkzeug. Dann hat er sich den Machowetz gerufen, der in der



Hochzeitsfoto von Friedl und Franz Burda am 23. Dezember 1942

Werkzeugmacherei gearbeitet hat, hat ihm das Material übergeben und gesagt, das muss so geschwind wie möglich fertig sein. Und hat mit einem Aug geblinzelt. Jetzt hat der Machowetz genau gewusst, er soll sich Zeit lassen, so lang es geht. Das hat er auch gemacht. Zwei Wochen hat er braucht, bis die neue Lehre fertig war. Wegen Terminverlust hat der Reichert sein Pönale zahlen müssen, es ist nicht weiter kontrolliert worden. Und wie die neue Lehre fertig war, ist die erste wieder aufgetaucht, ich habe sie wiederum hingelegt. Dadurch war der Schmalhofer rehabilitiert, die ist nur verlegt gewesen.

So habe ich in Wien probiert, wie das Sabotieren geht. Aber bitte, die Katze lässt das Mäusen nicht, im Lager draußen, in Ravensbrück, habe ich dann genau das gleiche gemacht. Sie haben uns ja alle durchs Gas schicken wollen, aber zuerst natürlich ausnützen, solange es geht, solange noch ein bissl Arbeitskraft in dir drin ist.

Einmal bin ich zu einer Arbeitsgruppe kommen, die Bomben erzeugt hat. Faserstoffwerke hat das geheißen, aber Bomben haben sie erzeugt. Damals habe ich so kleine Ratzenschwanzerl gehabt, so kleine Zopferl, hab also ausgeschaht wie 17 Jahr. War eh erst 21, aber damit habe ich noch jünger gewirkt. Darum haben sie mich nicht zur Drehbank, sondern zur

Kontrolle gegeben. Und Kontrolle war genau das, wo ich mich am besten ausgekannt habe. Da habe ich mit meiner Lehre auch gute Stücke als Ausschuss angezeichnet. Die sind zurück und nachgedreht worden, und dann war es wirklich ein Ausschuss.

Wie ich einmal zurückgekommen bin zu meinen Arbeitsplatz, steht da ein anderer Häftling, eine Ukrainerin. Du hier arbeiten, fragt sie. Du vorsichtiger sein. Hinten zweite Kontrolle, SS, draufgekommen, du schlecht kontrolliert. Und schon war sie wieder weg. Also wenn es zum nächsten Tag gekommen wäre, hätten die SSler mich vielleicht verhört. Zum nächsten Tag ist es aber nicht gekommen, ich habe 40 Grad Fieber gehabt und müsste dann ins Revier zu den Kranken. Das Revier hat für die meisten das Todesurteil bedeutet, ich bin aber durch die Hilfe von Genossinnen im Lager gerettet worden.

Angst? Schau, wir haben ganz genau gewusst, dass wir unser Leben einsetzen. Aber der Einsatz war das wert. Ich habe mir gesagt, lieber mein Leben für eine gute Sache wie für eine schlechte. Die Sabotage, das war was, wo ich mit Sicherheit sagen kann, ich habe den Krieg ein bissl verkürzt.

Ich war sehr jung damals, ja, aber ich war sehr, ich tät sagen, sehr klassenbewusst. Durch die Diskussionen, die sich in meinem Elternhaus in der frühesten Jugend abgespielt haben, habe ich mir eine eigene Meinung gebildet und selber Stellung bezogen. Ein Ausspruch ist mir irgendwie zur Richtschnur worden: Man isst, um zu leben, man lebt nicht, um zu essen. Ein ausgefülltes und sinnvolles Leben also. Aber wenn die Nazis daherkommen und wir nix dagegen tun, hängen wir bis zum letzten in der Geigen. Wir haben ja ganz genau gewusst, wer Hitler wählt, der wählt den Krieg.

Und grad an dem Tag, wo die deutschen Truppen in Österreich einmarschiert sind, haben wir einen Gesangsabend gehabt in der Steingasse. Meine Mutter und ich waren Mitglied im Arbeiter-Sängerbund. Wir haben uns den Schuschnigg angehört, wie er mit den Worten geschlossen hat, Gott schütze Österreich. Und ich habe dann die älteren sozialdemokratischen Genossen gefragt, gut, und was machen wir jetzt? Die haben mir damals erklärt, naja, gegen unsern deutschen Bruder können wir doch nicht kämpfen. Auf das rauf habe ich – obwohl der Altersunterschied ziemlich groß war, ich war ja erst 15 – diesen Funktionären gesagt, ihr könnt mich

jetzt! Ich habe genug von der Sozialdemokratischen Partei. Ich habe dann zu Haus meiner Mutter – die war ja eine fanatische SPlerin – einen Vortrag gehalten, was jetzt alles auf uns zukommen wird. Ich schau jetzt, habe ich ihr gesagt, dass ich Anschluss finde zur Kommunistischen Partei.

Bei einer Mitschülerin von mir haben sich immer junge Leute vom KJV getroffen. Über die bin ich an den Genossen Rothfuß herangekommen, den habe ich angesprochen, ob ich nicht Mitglied der KP werden kann. Ohne weiteres, hat er gesagt, bist du bereit, uns zu helfen? So habe ich dann unmittelbar nach dem Einmarsch begonnen, für die Rote Hilfe zu sammeln. Das trifft sich bei dir sehr gut, hat der Rothfuß gemeint, weil du ein Fahrrad hast, da können sie dich nicht so gut beobachten. Und er hat mir zeigt, wo ich überall hinfahren kann und Geld kriege, wo sie die Fenster offenlassen. Ich brauch das Geld nur aus dem Fenster rausnehmen.

Später hat mich der Rothfuß gebeten, ob es möglich ist, illegalen Leuten Quartier zu geben. Das war im 41er Jahr. Über mein Zureden hat sich die Mutter dazu bereit erklärt. Ich habe ja zusammen mit der Mutter gewohnt, bis zu meiner Verhaftung. Wir sind am selben Tag verhaftet worden. Es war dann nur ein einziger Quartiergänger bei uns, der Karl Hudomalj. Der hat die ganze Arbeit in die Wege geleitet. Hat die Vierergruppen von der „Anti-Hitler-Bewegung“ organisiert, die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen hat nur er gekannt. Er hat auch die Zeitung ins Leben gerufen, hat geschaut, dass er die Artikel kriegt. Wie gesagt, ich habe selber welche geschrieben, und es ist auch bei mir in der Wohnung abgezogen worden, meine Mutter hat das gemacht.

Wenn der Hudomalj bei uns war, ist geschrieben worden, wenn er weg war, ist die Maschine wieder weggetragen worden. Die haben immer die kriegt, bei denen er genächtigt hat. Ich bin mit dem Radl gefahren samt dem Abziehapparat, die Schreibmaschine habe ich zu Fuß wegtragen müssen. Man soll einem Polizisten nie ausweichen, hat der Hudomalj gesagt, sondern schnurstracks an ihm vorbeigehen, soll ihn anschauen und keine Angst zeigen. Das habe ich dann praktiziert. Zweimal ist es passiert, dass ich mit der Schreibmaschine an einem Polizisten vorbeimusste, da bin ich nicht auf die andere Straßenseite rüber, sondern direkt an ihm vorbei. Meine Aufträge habe ich vom Hans Rothfuß oder

vom Hudomalj gekriegt. Andere Verbindungen sind mir untersagt worden. Den Personenkreis, der mich persönlich kennt hat, habe ich so klein wie möglich halten müssen. Die Betriebsarbeit war kein Auftrag, aber in unserer Zeitung haben wir geschrieben, die Leute sollen in den Betrieben sabotieren. Für mich war das nicht nur ein Auftrag an die andern, sondern auch ein Auftrag an mich.

*Berger, Karin/Holzinger, Elisabeth/Podgornik, Lotte/Trallori, Lisbeth N. (Hg.): Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945. Wien: Promedia 2023, 304 S., 27 Euro*

## Edith Doleschal (1936–2024)

Am 24. Juni 2024 starb unser Vereinsmitglied Edith Doleschal im Alter von fast 88 Jahren. Geboren am 29. Juli 1936 in Wien, kam Edith früh in Kontakt mit der fortschrittlichen Jugend- und Arbeiterbewegung. Sie war ab 1949



Mitglied der *Jungen Garde* und ab 1950 der *Freien Österreichischen Jugend*. Nach Abschluss der Handelsschule begann sie in der Buchhaltung des ZK der KPÖ zu arbeiten. Ende 1961 wechselte sie als Stenotypistin zur KPÖ-Zeitung *Volksstimme*. In späteren Jahren arbeitete sie für die *Österreichisch-Ungarische Gesellschaft*. Als Edith aus dem Berufsleben ausschied, wurde sie im *Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten* aktiv, in dessen Wiener Landesleitung sie gewählt wurde. Zuletzt gehörte sie auch dem Bundesvorstand des ZVPÖ an. Von 2012 bis zur Generalversammlung im März 2022 war Edith Doleschal Rechnungsprüferin der *Alfred Klahr Gesellschaft*.

# 100 Jahre Zentralverband der PensionistInnen

OTTO PODOLSKY/MICHAEL GRABER

Sechs Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs standen Hunger, Not und Massenelend für viele Menschen in der jungen Republik auf der Tagesordnung. Um dem Elend entgegenzutreten, trafen sich im Herbst 1924 einige Unfallrentner und Invalide im Gasthaus „Einsiedler“ im Wiener Prater. Im Vordergrund ihrer Überlegungen stand, wie man älteren Menschen, Invaliden und Unfallrentnern in einer Zeit der bitteren Not und Armut helfen könnte. Es gab damals noch kein allgemeines Krankenpflegegesetz, außer für Staatsbeamte, die 1920 dieses Privileg bekamen. Aus den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernend, wurde beschlossen, dass man sich organisieren müsse und dafür die Gründung eines Verbands notwendig sei. Der Zeitpunkt der Gründung war sicher kein Zufall, denn gerade im Jahr 1924 wurde wieder einmal ein Gesetz für die Renten- und Invalidenversicherung, das dem Parlament bereits vorlag, auf die lange Bank geschoben. Mit großer Zuversicht gingen die ersten Funktionäre daran, den Hilfsbedürftigen, soweit dies möglich war, zu ihren Rechten zu verhelfen und landesweit eine Invaliden-, Kranken- und Altersversicherung für alle zu erreichen. Aus der Aufgabenstellung heraus nannte sich der Verein *Hilfsverband der Körperbehinderten und Unfallrentner*.

## Der Verband überlebt den Krieg

Im Laufe von Jahrzehnten änderten sich die Schwerpunkte und Forderungen des Verbands entsprechend den sozialen Gegebenheiten, aber immer stand die Forderung nach einem gesicherten Lebensabend und einem Altern in Würde im Mittelpunkt der Tätigkeit. Auch der Name des Verbands wurde im Laufe der Geschichte einige Male geändert und das nicht immer freiwillig. So hat sich im Jahre 1937 eine Gruppe vom Verband getrennt und unter den Bedingungen des faschistischen Ständestaats einen eigenen Verein gegründet. Damit entstand der neue Name *Zentralverband der Sozialrentner Österreichs*. Als Österreich im März 1938 vom Hitlerfaschismus annektiert wurde, mussten die damaligen Funktionäre des Verbands große Geschicklichkeit beweisen, um die drohende Auflösung zu verhindern. Denn

mit 1. Jänner 1939 trat auch in Österreich die „Reichsversicherungsordnung“ in Kraft und wurde die Sozialversicherung einer Berliner Zentrale unterstellt. Auch der Name musste in *Reichsbund der deutschen Kapital- und Kleinrentner, Bundesgebiet Ostmark* geändert werden.

## Neubeginn nach 1945

Nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus begann ein neues Kapitel in der Entwicklung des Verbands. Er trat österreichweit als einziger und unabhängiger Verband auf, der sich gemeinsam mit fortschrittlichen Menschen verschiedener politischer Lager darum bemühte, den vom Krieg gezeichneten Menschen eine gewisse soziale Sicherheit zu geben und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen. 1948 begannen Diskussionen darüber, dass sich der überparteiliche Verband der SPÖ unterstellen sollte, was von vielen FunktionärInnen abgelehnt wurde. Daraus resultierte die Gründung eigener parteinaher PensionistInnenverbände von SPÖ und ÖVP, die heute *Pensionistenverband* bzw. *Seniorenbund* heißen. Der verbliebene parteiunabhängige Verband nahm den neuen Namen *Zentralverband der Sozialrentner und Pensionisten Österreichs* an und wurde mit Orts- und Landesorganisationen in allen Bundesländern zu einer treibenden Kraft bei der Durchsetzung der Sozialforderungen der RentnerInnen und PensionistInnen. So etwa beim Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetz von 1952, beim Rentenbemessungsgesetz 1954 oder bei der Durchsetzung der 13. Monatsrente im Jahr 1953 und deren erste Auszahlung im Oktober 1955.

Das 1955 beschlossene und in den folgenden Jahren durch unzählige Novellen immer wieder geänderte Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) oder das 1993 eingeführte Pflegegeld, einschließlich dessen jährliche Valorisierung, waren wesentlicher Teil der Arbeit des Zentralverbands. Parallel zu diesen Veränderungen und teilweisen Verbesserungen gab es immer wieder auch das Bemühen von Seiten der wechselnden schwarz-roten Koalitionsregierungen, Kürzungen und Verschlechterungen im sozialen Netz durchzusetzen, was besonders die ältere Generation betraf. Und hier standen die parteinahen Pensionis-

tenverbände von ÖVP und SPÖ nicht immer auf Seiten der sozial Schwachen und opferten ihre soziale Verantwortung und parteipolitischen Interessen. Ein Beweis mehr dafür, dass die Beibehaltung der Überparteilichkeit des Verbandes richtig war, da sie sich ausschließlich von den Interessen der sozial Schwachen leiten ließ.

Als im Dezember 1961 die neunte Novelle zum ASVG eine Änderung in der Bezeichnung der Leistungen aus der Sozialversicherung brachte, aus den früheren Renten und RentnerInnen Pensionen und PensionistInnen wurden, war es notwendig, auch den Namen des Verbands zu ändern. So lautet die heutige Bezeichnung *Zentralverband und Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs* (ZVPÖ). Im Mai 1979 formulierte der damalige Bundesobmann Richard Geyer anlässlich des 45. Geburtstags des ZVPÖ: „Es zeigt sich, dass der Beschluss, den Zentralverband als überparteiliche Organisation zu führen, richtig war, und dass wir an diesem Beschluss festhalten werden. Die Überparteilichkeit erstreckt sich freilich auf alle, auch auf Kommunisten. Auch sie haben in unserem Verband das Recht, sich für ihre Partei zu engagieren. Das steht aber jedem Mitglied unseres Verbandes zu. Wir sind überparteilich, aber wir können nicht unpolitisch sein. Wir müssen uns mit der Politik der Parteien und ihrer Tätigkeit im Parlament befassen, wir müssen gegen jede Verschlechterung auftreten und für neue Verbesserungen kämpfen.“

Geändert hat sich auch der Name der Zeitung des Verbands. Aus *Der Sozialrentner* wurde 1970 *Der Sozialrentner und Pensionist*. Ab 1982 hieß die Zeitung *Der Pensionist*. 2014 wurde daraus *ZVPÖ aktiv* und ab 2020 *Aktiv Leben – Zeitung des Zentralverbands der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs*. Die Zeitung begleitete die Aktivitäten des Verbands, sei es die Beratungs- und Veranstaltungstätigkeit in den Ortsgruppen und Bundesländern, sei es die Reisetätigkeit im In- und Ausland, die seit den 1990er Jahren stark zunahm, seien es Urlaubsaktionen oder kulturelle Veranstaltungen. Vor allem aber lag der Schwerpunkt der Inhalte auf den sozialen Forderungen: So etwa gegen ungenü-



Bundestag des Zentralverbands der Pensionisten am 8./9. November 1978 in Wien

gende Pensionserhöhungen oder Angriffe auf die damalige Witwenpension, oder Aktionen gegen die Streichung des Bestattungskostenersatzes 1981 oder der Kampf gegen die Pensionsreform 2003 als eines der übelsten Machwerke der ersten schwarz-blauen Koalition. Ein weiteres Beispiel dafür war der Kampf für die Abschaffung des österreichweiten Pflegeregresses, an dem der ZVPÖ gemeinsam mit anderen politischen Kräften wesentlichen Anteil hatte. Aktuell sind etwa Forderungen nach Einführung einer Mindestpension (Ausgleichszulagenrichtsatz) über der Armutsschwelle oder für die Einführung einer Werterschöpfungsabgabe zur Finanzierung unseres Sozialsystems, oder gegen die im Zuge der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger erfolgte Ausschaltung der Vertreter der Versicherten, oder gegen Altersdiskriminierung in jeder Form.

2019 organisierte der ZVPÖ ein hochkarätig besetztes Symposium unter dem Titel „Offene Wunde Pflege“ in Wien, und es entstand eine Broschüre des ZVPÖ für eine grundlegende Pflege-reform und deren Finanzierung mit zahlreichen qualitativ hochrangigen Beiträgen von Fachleuten aus allen Bereichen der Pflege.

### Überparteilich, aber nicht unpolitisch

In den hundert Jahren seit der Gründung des Verbandes hat sich politisch, wirtschaftlich und sozial Grundlegendes verändert. Aber viele dieser Veränderungen waren in einem System der Umverteilung von unten nach oben nicht immer positiv für die sozial Schwachen. Des-

halb nutzt der Verband auch die Möglichkeit im Bundesseniorenrat, der offiziellen Vertretung aller Seniorenverbände, in den der ZVPÖ 1998 aufgenommen wurde, die Anliegen und Forderungen der SeniorInnen, vor allem aber für die meisten Benachteiligten vorzubringen.

Der letzte Bundestag des ZVPÖ, der im Herbst 2022 in Graz stattfand, beschloss ein neues Programm. Graz wurde auch deshalb als Veranstaltungsort gewählt, weil es dort gelungen ist, langjährige Forderungen im Interesse der älteren Generation zu verwirklichen, so etwa das Zuzahlungssystem für die mobile Pflege, das es ermöglicht, dass alle SeniorInnen, die dies wünschen, zu Hause gepflegt werden können, ohne dass sie aus finanziellen Gründen in ein Heim verlegt werden müssen.

Im Programm heißt es in der Präambel u.a.: „Der ZVPÖ ist überparteilich, aber nicht unpolitisch. Neben der Vertretung der sozialen Interessen der älteren Generationen ist der Verband seit seiner Gründung für Frieden und Solidarität auch in den internationalen Beziehungen eingetreten. Soziale Sicherheit und sozialer Fortschritt im Allgemeinen und für die älteren Generationen im Besonderen erfordern Frieden. In unserem Verband gibt es noch KollegInnen, die sich an die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs erinnern. Sie, aber auch alle anderen, sind deshalb zutiefst besorgt über die internationale Entwicklung, in der der Krieg wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrieben wird. [...]

Der ZVPÖ kritisiert die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung des Rüstungsbudgets. Jede Milliarde, die dafür

aufgewendet wird, fehlt im Gesundheitssystem, in der Pflege, für die Sicherung der Pensionen und für Bildung. Mehr Waffen und Soldaten führen nicht zu mehr Frieden. Im Gegenteil, sie erhöhen das Risiko bewaffneter Auseinandersetzungen und Kriege. Sie verstärken die barbarische Kriegslogik eines ‚Aug‘ um ‚Aug‘, ‚Zahn um Zahn‘. Sie entziehen der Volkswirtschaft riesige Mittel, die statt produktiv eingesetzt zu werden nur die Profiteure der Rüstungskonzerne vervielfachen und dadurch Mittel, die etwa zur Bewältigung der Klimakrise erforderlich sind, entziehen.

Der ZVPÖ wendet sich gegen alle Versuche, die österreichische Neutralität noch weiter auszuhöhlen oder gar zugunsten eines Militärpaktes aufzugeben. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder an Kriegen, weder in Europa noch anderswo, teilnehmen müssen. Der wichtigste Beitrag Österreichs zur Erhaltung des Friedens und für die Lösung internationaler Konflikte ist eine aktive Neutralitätspolitik, die wir von der Regierung einfordern. Wir sind solidarisch mit allen zivilen Opfern von Krieg und Vertreibung.“

*Das hundertjährige Jubiläum des ZVPÖ wird am 9. Oktober im Rahmen einer Festveranstaltung in Wien gefeiert.*

### Bundesobmänner und Bundessekretäre des ZVPÖ nach 1945

#### Bundesobmänner:

Anton Burkhardt	1946
Otto Wimmer	1948
Josef Ruh	1949
Gottfried Krenn	1951
Richard Geyer	1972
Heini Klein	1984
Gerhard Gütlbauer	1987
Rudolf Pruckmoser	2000
Alexander Beran	2014
Otto Podolsky	2017
(geschäftsführend, 2019 Ehrenobmann)	
Michael Graber	2018

#### Bundessekretäre

Ferdinand Holzinger	1955
Hanna Kourek	1957
Fritz Bickel	1963
Richard Geyer	1969
Johann Stickler	1972
Heini Klein	1975
Gerhard Gütlbauer	1984
Otto Penz	1991
Willi Rau	1994
Fritz Höllisch	2006
Herbert Fuxbauer	2017

# Ein musikalischer „Kirschenrummel“ der Grazer Oper

Wann je hat man in den letzten Jahrzehnten in einer österreichischen Innenstadt einen 20-stimmigen Chor ohne Gleichschritt marschierend singen gehört: „Macht Platz, wir kommen! Straße frei!“? Text: Johannes R. Becher, Musik: Hanns Eisler – beide hierzulande aufgrund eines langjährig eingeübten Tunnelblicks von einer breiten Öffentlichkeit höchstens noch als Texter bzw. Komponist der DDR-Hymne abfällig registrierte Künstler. Anlass des denkwürdigen Ereignisses war ein Projekt der Oper Graz unter dem Titel „Der Kirschenrummel“ im Mai und Juni als letzte Premiere der Spielzeit 2023/24.

Der Musiktheaterspaziergang durch die Grazer Innenstadt thematisierte dieses die steirische Landeshauptstadt lange Zeit prägende Ereignis im Juni des Jahres 1920, als eine Hungerrevolte mit der Ermordung von 15 Protestierenden durch die bewaffneten Kräfte der jungen Republik endete. Wo die Revolte am 7. Juni 1920 ihren Ausgang nahm, als Frauen gegen die massiv erhöhten Preise für Kirschen schließlich auch gewaltsam protestierten, begann nun auch der künstlerische „Spaziergang“: Auf dem größten Bauernmarkt der Stadt, dem Kaiser-Josef-Platz gegenüber der Oper – mit der Eisler-Vertonung von „Jeden Morgen“ aus Brechts Hollywood-Elegien, gefolgt von Jurmann/Rotters „Veronika, der Lenz ist da“ und einem Lied aus einer Operette Edmund Eyslers, bevor nach Tucholsky/Eislers „Feldfrüchte“ „Die Straße frei!“ angestimmt wurde.

Die soziale Lage der Angehörigen der Arbeiterklasse war am Ende des zweiten Nachkriegswinters in heute unvorstellbarem Ausmaß katastrophal, und die Not hatte auch die Mittelschichten erfasst. Heimo Halbrainer beschreibt in einem in dieser Zeitschrift erschienenen Beitrag anschaulich die damalige Situation: „Von den 17.000 in diesen Monaten untersuchten Kindern waren nur 6,4 Prozent nicht unterernährt. 93,6 Prozent waren unterernährt, wovon allein zwei Drittel besonders unterernährt bzw. spitalsbedürftig waren.“ (Bericht an den Grazer Gemeinderat 1920 für den Schweizer Hilfsausschuss) Von fehlenden Schuhen auch im Winter abgesehen: „Viele Mädchen und Knaben tragen unter der Kleidung keine Wäsche. Einzelfälle wurden von Schulleitern festgestellt, wo die Kinder mangels jeglicher Bekleidung das Bett hüten mussten oder

nur abwechselnd die Gasse betreten konnten, da für mehrere Kinder nur ein Kleidungsstück vorhanden war.“

Der Begriff „Kirschenrummel“ war eine von den Zeitungen nach den Ereignissen kreierte Verharmlosung. Zunächst wurden den Händlern, wenn sie nicht die Waren zu gesenkten Preisen verkaufen wollten, die Stände zusammengeschlagen, und bei den größeren Gemüseständen flogen hunderte Salatköpfe durch die Luft. Dem sich nun bildenden Demonstrationzug der Frauen schlossen sich ArbeiterInnen, Studenten, Offiziere und Demobilisierte an, die Marktstände aufmischend quer durch die Innenstadt zogen, wo Polizei und Gendarmerie am Murplatz (heute Südtirolerplatz) schließlich das Feuer eröffneten. Erwähnenswert ist, dass sich im Verlauf der Demonstration immer mehr antisemitische Deutschnationalen anschlossen, die den Protest auch „gegen die Sozi- und Judenregierung“ lenkten; sodass sich eine für das damalige Graz nicht untypische Mischung aus proletarischem Protest und antisemitischer Instrumentalisierung einstellte. Diese wurde in der Folge auch von der sozialdemokratischen Tageszeitung *Arbeiterwille* mitgefördert, die die „obskure Galizianerin“ Petronella Zedtwitz als „Anführerin“ in den Mittelpunkt rückte. Tatsächlich war diese eine bedeutende Aktivistin dieser Revolte, ihre unzutreffende und verächtliche Denunzierung als „Galizianerin“ als damals gebräuchliche antisemitische Zuschreibung für aus Osteuropa stammende Jüdinnen und bediente damit die von den Deutschnationalen genutzten Klischees.

Diesen stellte der Musiktheaterspaziergang eindrücklich das von Friedrich Hollaender getextete „An allem sind die Juden schuld“ nach der Melodie der Habanera aus Georges Bizets „Carmen“ entgegen, das von Studierenden der Kunstuniversität gebildete zehnköpfige Orchester mit dem Chor und Solisten präzise und zutreffend arrangiert vorgebracht wurde. Besonders auffällig war, dass mehr als die Hälfte der 24 Musikstücke, Lieder und Songs als Komponisten Hanns Eislers auswies, allein dies schon außergewöhnlich bei einem auf öffentlichen Plätzen inszenierten Schauspiel. Wobei der Berichterstatter der *Kleinen Zeitung* wohl nicht nur davon, sondern auch „von der Vielseitigkeit Hanns Eislers“ überrascht war. So griff der musikalische Leiter Stefan Birnhuber

nicht nur auf bekannte „Hits“ wie das „Solidaritätslied“ zurück, sondern entdeckte auch das feministische „Heinzelmännchen“ (Text: Robert Gilbert) oder die „Ballade zum § 218“ mit dem eindringlichen Text von Bertolt Brecht und manch andere selten gehörte Lieder von Autoren wie Karl Kraus, Kurt Tucholsky, Ignazio Silone oder Erwin Ratz.

Das musikalische Programm greift im Wesentlichen auf Stücke der 1920er und



1930er Jahre zurück. Es „steht daher Schlager neben politischem Lied, Operette neben Zwölftonmusik“, schreibt Birnhuber im Programmfolder, den der Holzschnitt des lange Zeit wenig beachteten Kommunisten Axl Leskoschek aus dem Jahr 1955 ziert. So kommen neben den oben erwähnten auch Ernst Krenek, Paul Dessau oder Franz Lehár musikalisch zu Wort, wobei die unterschiedlichen Musiken Hanns Eislers den musikalischen Rahmen abgeben.

Die von Regisseur Florian Kutej an den verschiedenen Stationen gezeigten Szenen spielten nicht die historischen Ereignisse einfach nach, sondern versuchten – auch durch die zurückhaltende Ausstattung von Andrea Meschik – die Vergangenheit mit der Gegenwart in Dialog treten zu lassen. In dieser Hinsicht gelang auch der Einbau der aus dem Jahr 1920 stammenden, niemals wirklich durchgesetzten Hymne „Deutschösterreich, du herrliches Land“ in beeindruckender Weise. Das kitschige Lied aus der Feder Karl Renners mit der Musik von Wilhelm Kienzl wurde vom Chor des Grazer Alpenvereins im Landhaushof vom zweiten Geschoß des dreistöckigen Arkadenhofs als satirischer Kommentar zu den Zeitumständen auf die Versammelten hinabgeschmettert, putzige rot-weiß-rote Fähnchen schwingend. Ein rundum gelungenes Kunstwerk!

KARL WIMMLER

# Der Theoriefeindlichkeit den Kampf angesagt

## Zum 100. Geburtstag von Ernst Wimmer

Am 17. Juni wäre Ernst Wimmer, führender Intellektueller der KPÖ in den 1970er und 1980er Jahren, 100 Jahre alt geworden. Wimmer verantwortete und prägte in diesen Jahrzehnten die ideologische und propagandistische Tätigkeit der Partei, leitete bis zu seinem Tod das Theorieorgan *Weg und Ziel*, kümmerte sich um die Kulturpolitik, leitete die Historische Kommission beim ZK der KPÖ und hielt den Kontakt zu den kommunistischen StudentInnen.

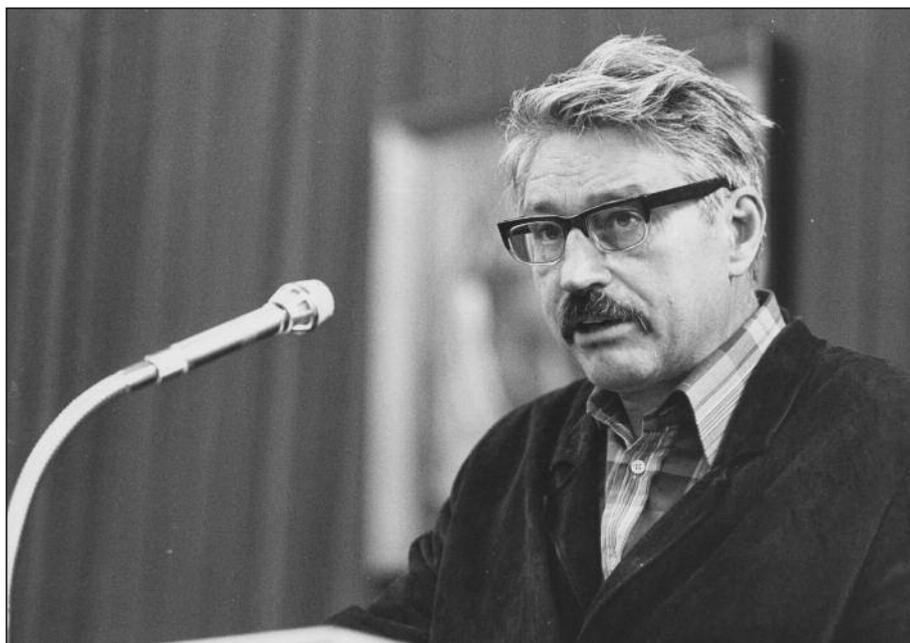
Sein Arbeitspensum umfasste nicht nur die regelmäßige Belieferung der Publizistik der KPÖ, sondern auch zahlreiche Veröffentlichungen in internationalen Zeitschriften, die Referententätigkeit an fast allen Parteischulen, Kursen und Seminaren jener Jahre, sowie die Erarbeitung, Organisation und Auswertung theoretischer Konferenzen, wobei er bei einigen auch die Hauptreferate hielt. So etwa auf der Schulpolitischen Konferenz 1971, auf der Konferenz zur Lage der Arbeiterklasse 1973, auf der Konferenz zur Lage der Intelligenz 1975 und auf dem Kulturpolitischen Forum 1978. 1979 erschien eine von ihm verfasste Monographie zur Sozialpartnerschaft in Österreich aus marxistischer Sicht.

Wimmers Persönlichkeit, seine mitreißende Rhetorik, seine Überzeugungskraft, die allerdings manchmal auch in Unduldsamkeit und Rechthaberei ausartete, verschaffte der KPÖ in jenen Jahren einen intellektuellen Anspruch, der durchaus nicht durchwegs dem inneren Klima in der KPÖ entsprach. Vielfach musste er gegen Theorie- und Intellektuellenfeindlichkeit in weiten Teilen der Partei ankämpfen, aber er gewann die Sympathie einer neuen Generation linker SchriftstellerInnen wie etwa Elfriede Jelinek, Marie-Thérèse Kerschbaumer, Peter Turrini, Michael Scharang und Helmut Zenker. Eine enge Freundschaft verband ihn auch mit dem Bildhauer Alfred Hrdlicka.

Ernst Wimmer wurde am 17. Juni 1924 in einem bürgerlich-liberalen Elternhaus in Horn in Niederösterreich geboren. Sein antifaschistischer Widerstand brachte dem Mittelschüler eine Verhaftung ein und führte zum Ausschluss von der Matura. Nach der Befreiung Österreichs trat er der KPÖ bei und begann als Journalist zunächst beim Dreiparteienorgan *Neues Österreich* und

ab 1948 in der *Volksstimme* im Ressort Außenpolitik zu arbeiten. Wegen Differenzen über die Politik Chruschtschows und wegen Liebäugelns mit den Positionen des maoistischen China wurde Wimmer 1963 in die Kulturredaktion des Zentralorgans versetzt.

Dieses spiegelte die widersprüchliche Orientierung jener Jahre wider. Die Anerkennung der Tatsache, dass sich auch der Sozialismus „nur durch die Entstehung und Lösung von Widersprüchen entwickeln“ könne, kontrastierte mit der angesichts des Kriegsrechts in Polen und



Ernst Wimmer beim „Kulturpolitischen Forum der KPÖ“ am 24. Juni 1978 in Wien

Im Gefolge des Einmarsches der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei im August 1968, der die KPÖ in eine tiefe Krise stürzte, und nach der Ausschaltung des „präeurokommunistischen“ Parteiflügels, an der er nicht unwesentlich beteiligt war, gelangte Wimmer in führende Positionen der Partei: 1970 in das Zentralkomitee und 1974 in das Politische Büro. Doch er ließ sich nicht gänzlich in die beschränkte Weltansicht des damaligen Dogmatismus einordnen. Mehrmals machte er geltend, dass die Partei genügend GenossInnen habe, die in dieser Krise zwar „gestanden“ seien, die Partei aber Leute brauche, die „gehen“ könnten. Das machte die von ihm repräsentierte KPÖ für die Nach-68er-Studentenbewegung, aus der 1972 auch der *Kommunistische Studentenverband* hervorging, für Intellektuelle und Kulturschaffende anschlussfähig.

Unter Ernst Wimmers Federführung entstand 1974 ein erstes programmatisches Dokument „Politisch-ideologische Leitsätze“, das in das 1982 beschlossene Parteiprogramm „Sozialismus in Österreichs Farben“ mündete.

der offensichtlichen Stagnation des osteuropäischen Sozialismus grotesken Feststellung, dass in diesem „die immer aktivere, sachkundigere und bewusstere Teilnahme einer immer größeren Zahl von Menschen an Entscheidungen ihrer Lebensfragen“ als „Grundtendenz“ vorhanden sei. Unter der Leitung Wimmers gab die Historische Kommission beim ZK der KPÖ 1987 eine zusammenfassende Geschichte der KPÖ heraus. Den Abschnitt „1955 bis 1984“ verfasste er selbst, wobei ihm die ideologischen Wechselfälle und Auseinandersetzungen in der Partei in dieser Periode aus seiner Sicht ein besonderes Anliegen war.

In seinen letzten Artikeln in den Monaten des Umbruchs und Zusammenbruchs des Sozialismus in Osteuropas stellte Wimmer – nicht mehr in einer führenden Position der Partei – viele seiner Annahmen, Hoffnungen und Projektionen, aber auch die lange verteidigten Dogmen des Marxismus-Leninismus auf den Prüfstand. Sein selbstkritisches Urteil darüber bleibt sein Vermächtnis. Ernst Wimmer starb am 27. Oktober 1991 an Leukämie.

MICHAEL GRABER

*Cara Tovey/Julian Kliner (Hg.): Karl-Marx-Hof. Schlüsselbau der Moderne. Wien: Mandelbaum Verlag 2024, 260 S., 25 Euro*

Der Karl-Marx-Hof in Wien zählt zu den beeindruckendsten Wohngebäuden, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts errichtet wurden. Die schiere Größe des Baukörpers mit einer Länge von über einem Kilometer und die monumentale Gestaltung des Mittelbaus mit den Tordurchfahrten und den Fahrentürmen verleihen ihm ein imposantes Erscheinungsbild. Auch rund 90 Jahre nach seiner Fertigstellung ist der Karl-Marx-Hof immer noch das längste Wohngebäude der Welt. Ein von Cara Tovey und Julian Kliner herausgegebener Sammelband spricht dem Karl-Marx-Hof sogar eine Schlüsselbedeutung für die moderne Architektur zu. Das Buch ist ein Produkt des Forschungsnetzwerks BTWH, welches sich aus Fakultäten der Universitäten Berkeley, Tübingen, Wien und Harvard zusammensetzt. Die AutorInnen beschäftigen sich teilweise schon seit vielen Jahren mit dem Roten Wien und dem Karl-Marx-Hof. Die vorliegende Publikation ist so etwas wie eine komprimierte Zusammenschau dieser seit vielen Jahren stattfindenden Forschungen.

Der Band ist in vier Teile gegliedert und umfasst fünfzehn Beiträge sowie einen Anhang mit zeitgeschichtlichen Dokumenten. Die Beiträge sind zehn bis fünfzehn Seiten lang und insgesamt gut lesbar. Einige Texte sind mit aktuellen und historischen, zum Teil unbekanntem Abbildungen versehen. Bemerkenswert sind zwei Zeichnungen des Architekten Fritz Czuczka, der von 1930 bis zu seiner Vertreibung durch die Nazis 1938 im Karl-Marx-Hof wohnte und die Einrichtung zweier Räume in präzisen Zeichnungen festgehalten hat.

Eine konzeptionelle Schwachstelle des Buches besteht darin, dass der konkrete Untersuchungsgegenstand oft durch eine übertrieben wirkende Abstraktion zugedeckt wird. Gliederungsüberschriften wie „Konstellationen und Interaktionen“, „Formen und Medien“ oder Überschriften von Beiträgen wie „Horizont“, „Nachbilder“ oder „Nacherzählung“ lassen das konkrete Anliegen des Buches zu sehr im Nebulösen verschwinden. Auch die viergliedrige Aufteilung der Beiträge macht eine inhaltliche Schiefelage deutlich. Den ersten beiden Abschnitten sind insgesamt neun Beiträge zugeordnet. Lediglich fünf Beiträge ver-



**Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling**

teilen sich dann auf die Abschnitte drei und vier, sodass sich die Frage stellt, ob die gewählte Einteilung in vier Abschnitte gerechtfertigt ist. Der dritte Abschnitt mit dem Titel „Lebenswelten“ umfasst lediglich drei Beiträge, was angesichts des mit dem Titel erwartbaren Themenumfangs meines Erachtens unzureichend ist. Die drei Beiträge beschäftigen sich mit den Themen „Frauen“, „Mode“ und „Sport“. Auch Themen wie die Freizeitgestaltung, kulturelle Aktivitäten oder Interaktionen der BewohnerInnen im Karl-Marx-Hof wären in einer Zusammenschau lebensweltlicher Aspekte wünschenswert gewesen. Der vierte Teil besteht dann aus nur zwei Beiträgen, was einen eigenen Abschnitt kaum rechtfertigt. Auch hätte dem Buch ein Personenregister gutgetan.

Die zentrale These des Buches lautet, dass der Karl-Marx-Hof mehrere kulturwissenschaftliche Schlüsseleigenschaften besitzt, die sich nicht bloß in der Architektur niederschlagen, sondern auch in den lebensweltlichen Interaktionen mit dem Gebäude zum Ausdruck kommen. Es geht in dem Buch um kulturwissenschaftliche Betrachtungen, die die subjektiven Erfahrungen von Menschen berücksichtigen, die mit dem Baukörper und seiner räumlichen Anordnung in Verbindung kamen. Das sind in erster Linie die BewohnerInnen, es können aber auch Außenstehende sein, die mit dem Bau in anderer Art und Weise in Verbindung kamen. Umgekehrt materialisiert sich in der Architektur des Karl-Marx-Hofes der gesellschaftliche Status quo der 1920er Jahre im Roten Wien, der in seiner Widersprüchlichkeit rekonstruiert und kritisch reflektiert werden kann. Im kollektiven Bewusstsein hat sich die-

ses Stück außergewöhnlicher Architektur als Ausdruck reformerischer sozialdemokratischer Politikgestaltung verankert. Es wird festgestellt, dass es vor dem Hintergrund dieser reformistischen Politik zu keinem grundsätzlichen Bruch mit tradierten Gestaltungsvorstellungen gekommen ist. Auch wenn der Bau modern wirkt, finden sich viele Reminiszenzen an feudales oder bürgerliches Bauen, wie die Hofgestaltung, die Farbgebung oder der Figureschmuck am Mittelbau. Die meisten Beiträgen gehen daher der Frage von Kontinuität und Neubeginn nach.

Gleichzeitig werden die innovativen Ansätze des Gebäudes untersucht, wie zum Beispiel die großzügig gestalteten Innenhöfe. Von der gesamten zur Verfügung stehenden Baufläche wurden lediglich 20 Prozent bebaut und 80 Prozent für die Höfe genutzt, so dass sich der Karl-Marx-Hof von der Blockbebauung der Bauhaus-Architekten deutlich absetzt. Durch diese veränderte Raumgestaltung wird nach Ansicht der AutorInnen das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit neu bestimmt und den BewohnerInnen Handlungsmacht gegeben. Auch wurde die geringe Größe der Wohnungen durch viele Gemeinschaftsflächen (Park, Waschküche, Kinderhorte) ausgeglichen, wodurch egalitäre Formen des Zusammenlebens ausprobiert werden sollten.

In mehreren Beiträgen werden Themen untersucht, die in der öffentlichen Wahrnehmung bisher nicht die notwendige Beachtung fanden. Das gilt für die Beiträge von Marie-Noelle Yazdanpanah über Frauen und geschlechterspezifische Arbeitsteilung und von Rob McFarland und Sara Phenix über die Beratungsstelle für Heimgestaltung, die Arbeiterfrauen

helfen sollte, eine nach modernen Prinzipien gestaltete Wohn- und Arbeitsräume einzurichten. Gezeigt wird, wie stark geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und paternalistisches Handeln in einem vermeintlich modernen Gebäude Niederschlag fanden. Joachim Schätz geht in seinem Text über den Karl-Marx-Hof als Schauplatz in den Spielfilmen „Der Nachportier“ (1974) von Liliana Cavani und „Obszön – Der Fall Peter Herzl“ (1981) von Hans-Christof Stenzel der Frage nach, wie das sozialdemokratische Erbe filmisch in Szene gesetzt wurde. Paul Hoehn analysiert die Wirkung des Gebäudes auf Menschen, die es nicht bewohnten, und zwar konkret an dem imposanten Mittelbau des Karl-Marx-Hofes, durch den der Weg zum Stadion „Hohe Warte“ führte.

Eher unbefriedigend ist die analytische Herangehensweise. In der Einleitung wird das Konzept der Moderne als Leitfaden herangezogen. Leider blendet dieses Konzept die Antagonismen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus, weshalb die Ansprüche der Moderne nach Freiheit, Rationalität und Menschenrechte nie eingelöst wurden, da ohne eine Demokratisierung der Wirtschaft die Freiheitsrechte an den Fabrikanten aufhören und in die Freiheit zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft mutiert. Der daraus resultierende politische Antagonismus von Kapital und Arbeit wird zugunsten des Gegensatzes von Moderne, Vor- oder Postmoderne ausgeblendet. Das Fehlen einer materialistisch fundierten Kulturtheorie führt zu Fehlstellen, etwa wenn es darum geht, sozialreformistische Politik in ihrer gesellschaftlichen Wirkung auf die AdressatInnen dieser Politik zu erfassen und darzustellen. Unvollständig wird auch die Frage beantwortet, welche gesellschaftliche Bedeutung Architektur für Fragen wie soziale Gerechtigkeit und Umverteilung hat.

Ein zweiter Punkt, der nicht befriedigend dargestellt wird, ist die Einordnung des Karl-Marx-Hofes als „Schlüsselbau der Moderne“. Um diese Frage zu beantworten, hätte es eines internationalen Vergleichs bedurft und eines Kriterienkatalogs, was modernes Bauen charakterisiert, um daraus abzuleiten, wie stark der Karl-Marx-Hof diesen Kriterien entspricht. Auch liegt, was die Charakterisierung des Bauwerks als Schlüsselbau der Moderne betrifft, ein gewisser Widerspruch zu Aussagen in den Texten vor, wonach der Karl-Marx-Hof bei allen Neuerungen auch vormoderne Bautraditionen verarbeitet. Auch hier wird die

Problematik des Begriffs der Moderne deutlich. Der Karl-Marx-Hof war einem linken sozialpolitischen Anliegen verpflichtet, in dem günstiger und dabei ansprechender Wohnraum bereitgestellt wurde. Seine Architektur diente der Bewusstseinsbildung seiner BewohnerInnen. Dieser Zusammenhang wird zwar in einer Reihe von Beiträgen herausgearbeitet, aber gleichzeitig durch den Begriff der Moderne zugedeckt. So kann auch die Vorstadtvilla eines Fabrikanten der Moderne zugeschlagen werden, ohne dass diese etwas mit einem sozialistischen Wohnungsbauprojekt zu tun hätte, außer vielleicht, dass beide die gesellschaftliche Spaltung von Arbeit und Kapital ausdrücken. So ist ein Buch entstanden, dass in den einzelnen Texten die Vielschichtigkeit des Karl-Marx-Hofes anspruchsvoll reflektiert, dem jedoch ein stringenter theoretischer Leitfaden fehlt.

**STEFAN KRAUS**

*Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein. Faksimile des Hand- und Arbeitsexemplars von Georg Lukács, hg. von Rüdiger Dannemann, Bálint Gusztáv Mosóczi und Zoltán Mosóczi. Bielefeld: Aisthesis Verlag 2023, 373 S., 45 Euro*

Warum Problemsucht?“, „Überspitzte, falsche, idealistische Formulierung!“, „ultralinks übertrieben“ – 100 Jahre nach dem Erscheinen der Aufsatzsammlung „Geschichte und Klassenbewußtsein“ kann man nun lesen, wie Georg Lukács sein eigenes Werk kommentierte. Ermöglicht wird dies durch eine von Rüdiger Dannemann, Bálint Gusztáv Mosóczi und Zoltán Mosóczi herausgegebene Faksimileausgabe des aus Lukács eigener Bibliothek stammenden Exemplars. In dieser finden sich neben dem Text von Lukács’ auch dessen handschriftliche Anmerkungen sowie eine kommentierte Transkription dieser Marginalien.

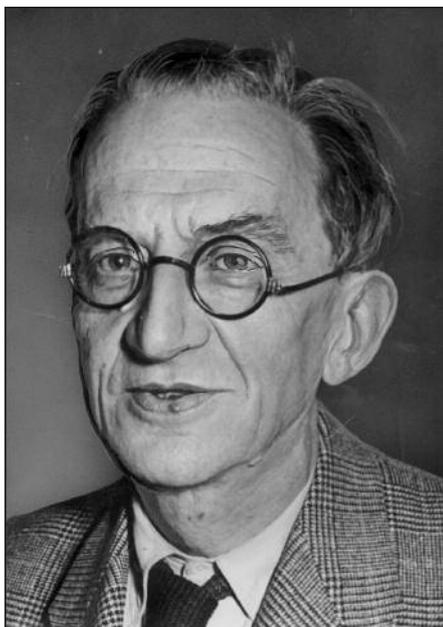
In seinem Kommentar reicht Dannemann den Kontext nach und zeigt mit Verweis auf Lukács’ Briefverkehr mit seinen deutschen und italienischen Herausgebern Frank Benseler und Cesare Cases, dass diese Randnotizen im Rahmen der Neuauflage des Werks im Jahr 1968 entstanden. Sie dokumentieren somit die späte Beschäftigung mit den eigenen, lange schlicht unterdrückten „Lehrjahren des Marxismus“. Dies geschah, weil Lukács auf die Rezeption, vor allem in Westeuropa, direkten Einfluss nehmen wollte und das Buch so mit einem neuen, selbstkritischen Vorwort

versehen erneut drucken ließ (Darmstadt, Neuwied: Luchterhand 1970, S. 5–45).

Der Randtext steigt gewissermaßen mit einem Schweigen ein, die ersten zentralen Sätze des Methodenaufsatzes bleiben unkommentiert: „Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich vielmehr ausschließlich auf die Methode.“ An der Zentralität der dialektischen Methode, dass die Unmittelbarkeit nicht einfach für sich genommen werden könne, sondern bei genauerer Bestimmung über sich hinausweise und sich dadurch als Teil einer konkreten Totalität erweise, hält – wie man auch dem zweiten Vorwort entnehmen kann – der „Meister des Marxismus“ noch fest.

Dass für ein solches Verfahren die Negativität von äußerster Relevanz ist, wird bei seiner Beschäftigung mit dem titelgebenden Klassenbewusstsein klar. Die unmittelbaren Positionen im Produktionsprozess weisen jeweils unterschiedliche Vermittlungen mit dem Ganzen auf. Marx’ Vorstellung vom Proletariat als der Negation der bürgerlichen Gesellschaft aufgreifend führt er aus, dieses müsse, um seine eigene negative Lage zu verstehen, zugleich auch die Negativität der gesamten Gesellschaft begreifen. In den Marginalien findet sich dazu eine Diskussion über die spezifisch geschichtliche Form dieses Verhältnisses. Während der frühe Lukács vor dem Kapitalismus noch keine derart reinen ökonomischen Verhältnisse ausmacht und willkürlich-ideologischen Momenten mehr Raum einräumt, kommentiert dies der späte schlicht mit „Überspitzte, falsche, idealistische Formulierung!“

In dem wohl bekanntesten der Aufsätze, „Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats“, der vor allem auch auf die Kritische Theorie eine weitreichende Wirkung ausübte, wird nun versucht, mit ebenjener Methode die gesellschaftliche Grundlage für die unterschiedlichen Formen des Klassenbewusstseins aufzuweisen. Der moderne Kapitalismus zeichne sich durch die „Ware als universeller Form der Gestaltung der Gesellschaft“ aus; nicht mehr nur die ökonomischen Produkte, sondern die Arbeitskraft selbst nimmt die Warenform an. Da die Ware aber Verhältnisse von Menschen als eine Eigenschaft eines Objekts zeigt – nicht nur Gebrauchswert, sondern auch Wert hat –, kommt ihr die Verdinglichung zu. Diese zeichnet sich dadurch aus, „daß durch sie dem Menschen seine eigene Tätigkeit, seine eigene Arbeit als etwas Objektives, von ihm Unabhängiges, ihn durch menschenfrem-



Georg Lukács (1885–1971)

de Eigengesetzlichkeit Beherrschendes gegenübergestellt wird.“ Das Phänomen der Verdinglichung ist ein allgemeines, aber es zeigt sich den Einzelnen je nach Klassenlage in besonderer Weise. Lukács zufolge unterlägen somit KapitalistInnen und ArbeiterInnen gleichermaßen der Verdinglichung. Beide stünden als passive BeobachterInnen den durch eigene Gesetze bestimmten, aktiven Dingen gegenüber. Der Unterschied ergibt sich allerdings durch die jeweilige Lage. Während die BesitzerInnen der Produktionsmittel diese Unmittelbarkeit als ihre – für sie auch materiell vorteilhafte – „Scheintätigkeit“ auffassen und so die Verdinglichung nicht erkennen können, bestehe diese Option für die LohnarbeiterInnen nicht. Sie sind objektiv ein Objekt, über das andere verfügen; zugleich aber auch ein Subjekt mit Bewusstsein, dem diese Verdinglichung nicht gleichgültig sein kann. Sie vermögen Lukács zufolge somit „das Selbstbewußtsein der Ware“ zu realisieren, eine Einsicht in die Negativität ihrer Lage, die dabei zugleich das Verständnis der Struktur des Ganzen ist und deshalb gerade die Möglichkeit für geschichtliche Veränderung öffnen sollte. Auch mit diesem Text führen die Notizen ein beständiges Gespräch, so ortet der lesende Lukács dort, wo sich der Text gegen die Abbildtheorie wendet, eine Problemsucht. Er sieht also die Vorstellung, dass die Wirklichkeit aus Prozessen besteht, nicht im Widerspruch mit der Konzeption einer Abbildlichkeit von Erkenntnis.

Nicht alle Aufsätze stehen gleichermaßen im Fokus der Anmerkungen. Bei den abschließenden Überlegungen zur

Organisation, als demjenigen Bindeglied zwischen theoretischen Einsichten und praktischen Handlungen der Klasse, hinterlässt Lukács wieder vermehrt Randnotizen. Sie drehen sich teilweise darum, Kritik an der Einschätzung zu üben, Rosa Luxemburg hätte einen wesentlichen Einfluss auf die Organisationsfrage gehabt; teilweise versucht er, konsequenten Ökonomismus einzufordern. So beispielsweise, wenn er die Vorstellung, dass die ökonomische Schichtung des Proletariats nicht zwingend mit der revolutionären Entschlossenheit einhergehe, mit den Worten „ultralinks übertrieben“ quittiert.

Unter der Hand erzählen die Marginalien jedoch noch eine ganz andere Geschichte. Wie im Kommentar von Dannemann erörtert wird, scheinen nicht alle Markierungen von Lukács selbst zu stammen. Immer wieder finden sich Hervorhebungen von fremder Hand. Man sieht dem Text somit an, wie er sich in Lukács Umfeld bewegte. Dannemann ist mit seiner Gründlichkeit bestrebt, auch diese implizite, kollektive Kommunikation jeweils in ein explizit vernehmbares, geistiges Gespräch zu verwandeln.

Während der Lektüre der visuell manchmal beinahe verblässenden Anmerkungen kann man sich die Frage stellen, ob diese Ausgabe insgesamt nicht eine Marginalie zu Marginalien darstellt; lag der Text ja bereits in der Werkausgabe vor und konnte inhaltlich das Wesentliche von Lukács' eigenem Werkrückblick schon seinem umfangreichen Vorwort entnommen werden. Das Buch ist gewissermaßen mehr ein Buch für SammlerInnen oder detailverliebte PhilologInnen. Wobei allerdings beide Verhaltensweisen eine Fortführung der Verdinglichung im Bereich des Geistes darstellen. Sei es, dass Lukács selbst zu einem bloßen intellektuellen Statussymbol verkommt oder dass im Fokus auf die Einzelheiten seiner Denkbiographie gerade der Bezug zum Ganzen, zur Totalität der Gesellschaft verloren geht. Diese Liebe zur historischen Genauigkeit hat wohl auch zu dem Umstand geführt, dass das späte, die Inhalte erhellende Vorwort von Lukács selbst, nicht in die Ausgabe mitaufgenommen wurde.

Dieser Verdinglichung Lukács' zu einem Klassiker kann wohl nur subjektiv, durch vergegenwärtigende Lektüre entgegengewirkt werden. Es wäre wohl kein geringes Verdienst dieser Edition, durch Anregung zur Beschäftigung mit Lukács dazu beizutragen. Doch für ein solches Vorhaben wäre wohl weniger die

Frage von Gewicht, wie wohlwollend oder aburteilend er selbst gegen Ende seines Lebens über sein Werk gedacht hat, als vielmehr diejenige danach, wie mit der Methode von „Geschichte und Klassenbewußtsein“ auf die Gegenwart geblickt werden sollte. Dabei scheint augenfällig zu sein, dass in der bürgerlichen Gesellschaft zwar weiterhin die Warenstruktur für die Ökonomie zentral bleibt, nun jedoch vermehrt auf subjektive Tätigkeit gesetzt wird: etwa mit einem Schulsystem, das sich von der Tatsachen- hin zur Kompetenzvermittlung entwickelt, oder mit sich auf Plattformen tummelnden Scheinselbstständigen. Mit Lukács könnte man folglich fragen, ob der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr nur der Bourgeoisie die falsche Perspektive einer Scheintätigkeit zulässt, sondern ebenfalls mehr und mehr den LohnarbeiterInnen. Zunehmend tritt auch Konsum von Dingen auf, die selbst nicht mehr unmittelbar als Waren erscheinen, so etwa viele der medialen Informationen, aber auch unterschiedliche digitale Dienste. Zum Teil werden sie indirekt über Werbung, der man sich aussetzt, zum Teil über das Preisgeben seines in Daten ausgedrückten Verhaltens „bezahlt“, in beiden Fällen jedoch nicht mehr unmittelbar als ein Kaufakt ersichtlich. Demnach kommt es in diesem Bereich zu einer scheinbaren Auflösung der Warenstruktur. Beides führt dazu, dass die Verdinglichung bloß scheinbar „überwunden“ ist, sie jedoch eigentlich bloß schwerer zu durchschauen wird. Mit der Möglichkeit der Einsicht in die Negativität, schwindet das dialektische Potenzial der Negativität und es kommt zu einem Verharren in ihr. Derart könnte man implizit auch auf Lukács' Anmerkung „Warum Problemsucht?“ antworten: weil die Wirklichkeit eine Sucht nach Problemen hat.

LUDWIG FELHOFER

*Wolfgang Maderthaner: Zeitenbrüche. Sozialrevolutionäre Aufstände in habsburgischen Landen. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 2023, 240 S., 29,95 Euro*

In einer Zeit, in der es wenig Ursache zum Jauchzen und Frohlocken gibt, taucht plötzlich ein Buch auf. Und was für eines! Der ehemalige Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Wolfgang Maderthaner, hat sich daran gemacht, fünf in Vergessenheit geratene sozialrevolutionäre Aufstände in den

habsburgischen Ländern vor uns auszuweiten und zu erklären. Es handelt sich um die Geschichte der böhmischen Taboriten im frühen 15. Jahrhundert („Žižkas Trommel: Böhmen 1419“, S. 17–68), um die ungarischen „cruciferi“ Anfang des 16. Jahrhunderts („Verrucht ist die Armut und schamlos, Feind jeder edlen Sitte“: Ungarn 1514, S. 69–108), um den Kampf der innerösterreichischen Bauern und Bergknappen („Der Kampf um Wald und Wiese“: Innerösterreich 1525/26, S. 109–153), um die Entstehung der Kuruzzen-Guerilla des Fürsten Rákóczi zu Beginn des 18. Jahrhunderts („Die Erfindung der Guerilla“: Ungarn 1704, S. 155–187), und schließlich um den Befreiungskampf der polnischen Leibeigenen am Vorabend der Revolution von 1848 („Aber ich habe ein Gedächtnis“: Galizien 1846, S. 189–222).

Alle Beiträge eint zweierlei: jeweils eine geraffte, konzentrierte aber gleichwohl nicht verkürzende Darstellung der historischen Ereignisse, befreit von unnötigem historiografischen Zierat, und die aus jeder Zeile leuchtende Empathie, mit der die jeweiligen Kämpfe (und auch Niederlagen!) geschildert werden. Deutlich wird in allen Passagen des Buches, wie sich die Visionen einer besseren Welt entwickelten, wie das unermessliche Leid die Menschen dazu trieb, nach einer besseren Zukunft nicht nur zu suchen – sondern dafür auch zu kämpfen; und überdeutlich und nachgerade abscheulich wird es, wenn man durch die Lektüre dazu gezwungen wird, die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der Herrschenden sich in Erinnerung zu rufen.

Maderthaler ist zurückhaltend mit politisch-historischen Wertungen. Er tut gut daran, weil sein Werk die Sache ohnedies überdeutlich vor Augen führt. In einer der wenigen Passagen, die die Bauernaufstände analytisch in einen größeren Rahmen stellen, heißt es aber trefflich: „Die Bauernkriege mit all ihren Gewalterruptionen und gesellschaftlichen Verwerfungen erschütterten die spätf feudale und frühneuzeitliche Welt bis in ihre Grundfesten. Sie sind integraler Teil jener welthistorischen Prozesse der Transformation, den Adam Smith als *previous accumulation* und Karl Marx als ursprüngliche Akkumulation gekennzeichnet haben, ‚mit Blut und Feuer‘ eingeschrieben in die Annalen der Menschheit. Ausgangspunkt einer sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise, ist dieser Prozess stets mit der Überführung von Gemeinschaftsgütern in Privateigentum bzw. mit der Enteig-

nung von vordem gemeinschaftlich genutztem und bearbeitetem Grund und Boden verbunden. Die großen (überwiegend) bäuerlichen Empörungen sind Symptom und Reaktion zugleich, Ausdruck von Übergangsformationen, in denen das Alte, wiewohl immer noch wirkmächtig, sukzessive an Bedeutung und Gestaltungspotential verliert, und das Neue, wiewohl in seinen ersten Konturen deutlich präsent, noch nicht zu einem Durchbruch gelangt ist“ (S. 152).

Maderthaler übernimmt hier stillschweigend Antonio Gramscis Wortwendung aus der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts, wonach die Krise gerade in der Tatsache bestehe, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann, und dass es in diesem Interregnum zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen komme (Gefängnishefte, 2.–3. Heft, Hamburg 1991, S. 354 [§ 34]). In all den von Maderthaler geschilderten Zeitabschnitten findet die jeweilige Krise ihr Ende in brutaler Unterdrückung, in Mord, Folterung und Vernichtung der Aufbegehrenden und Aufständischen. Die Geschichte Österreichs (und auch ihre Gegenwart) ist davon geprägt: „Die mit (im Wortsinn) allen Mitteln unternommene Unterdrückung des Aufbegehrens ließ schließlich für eine gebrochene Bauernschaft die revolutionäre gesellschaftliche Perspektive für alle Zukunft als nicht einmal mehr denkbar erscheinen“ (S. 153). Das damit geschaffenen Dispositiv entfaltet in Österreich Wirkung bis heute.

Im Vorwort zum zweiten Abdruck des ursprünglich 1850 in London geschriebenen Buches „Der deutsche Bauernkrieg“ (1870) von Friedrich Engels verwies dieser lobend auf das große Werk von Wilhelm Zimmermann (1807–1878) über den „Großen deutschen Bauernkrieg“ (in 3 Bänden 1841/42/43): „Sein Buch, obwohl hie und da lückenhaft, ist immer noch die beste Zusammenstellung des Tatsächlichen“. Gleichzeitig monierte Engels aber etwas stereotyp, dass hier der innere Zusammenhang fehle und dass es Zimmermann nicht gelungen sei, die religiös-politischen Streitfragen jener Epoche als das Spiegelbild der gleichzeitigen Klassenkämpfe nachzuweisen. Eben deshalb habe er, Engels, sich daran versucht, „den Ursprung des Bauernkriegs, die Stellung der verschiedenen darin auftretenden Parteien, die politischen und religiösen Theorien, in denen diese Parteien über ihre Stellung sich klarzuwerden suchen, endlich das Resultat des Kampfes selbst mit Notwendig-

keit aus den historisch vorliegenden gesellschaftlichen Lebensbedingungen dieser Klasse zu erklären; also die damalige politische Verfassung Deutschlands, die Auflehnung gegen sie, die politischen und religiösen Theorien der Zeit nachzuweisen, nicht als Ursachen, sondern als Resultate der Entwicklungsstufe, auf der sich damals in Deutschland Ackerbau, Industrie, Land- und Wasserstraßen, Waren- und Geldhandel befanden“ (MEW, Bd. 16, S. 393f.).

Eben dies oder doch Vergleichbares hat Wolfgang Maderthaler nun für die habsburgischen Lande geleistet. Seine fünf Beispiele sind gut gewählt, sie sind treffend zur Darstellung gebracht, und in Summe wird sich das Ganze als ein Standardwerk erweisen, das bis dato – und wohl auch bis auf weiteres! – nichts Vergleichbares an seiner Seite hat bzw. haben wird.

Für die wohl alsbald notwendige zweite Auflage dieses Buches darf man sich einiges wünschen: ein Literatur- und ein Namensverzeichnis wären dem Publikum eine Hilfe, und wenn sich dereinst das Buch als ein notwendiges Lesebuch für alle bewiesen hat und noch bevor es in die Bibliotheken, Schulen und familiären Bücherschränke Einzug halten wird, dann sollte man dem Buch auch die entsprechenden Illustrationen beifügen – sie würden der Eindringlichkeit der Schilderungen immense Plastizität vermitteln und den geschilderten historischen Aufbegehrensbemühungen weitere, fortwirkende Nachdrücklichkeit verschaffen. Schon jetzt aber ist dieses Buch ein Grund zum Jauchzen und Frohlocken – eine Pflichtlektüre für alle, nicht zuletzt deshalb, weil in Zeiten wie diesen überaus rar ist, was uns berechtigte Freude bereiten kann.

**ALFRED J. NOLL**

*Thomas Neuhold: Salzkammergut. Orte der Erinnerung. Salzburg: Verlag Anton Pustet 2024, 90 S., 20 Euro*

**T**homas Neuhold ist ein gelernter Dialektiker. Für ihn ist das Salzkammergut nicht nur die Postkartenidylle mit durchdringendem Sisi-Odeur und nicht allein die Gegend, in der sich die Widerstandsgruppe Willy-Fred dem Nazi-Terror widersetzte, während es für die faschistischen Eliten der Rückzugsort namens Alpenfestung war. Es ist ebenso jener Landstrich, in dem zigtausende Gämsen der überbordenden Jagdlust des Kaisers Franz Joseph zum Opfer fielen und auch jener, in dem dieser in der

Schrift „An meine Völker“ den Startschuss zum Ersten Weltkrieg gab, der mehr als 17 Millionen Menschen das Leben kostete und viele weitere Millionen ins absolute Elend gestoßen hat.

Es ist das touristisch katastrophal überlaufene und unendlich verkitschte Hallstatt, wie auch das völlig unbekannte Bach bei Weyregg, das dem Volksmund zufolge die Mühlviertler des Salzkammerguts, die Bachhirschen, beheimaten soll. Für ihn ist das Salzkammergut nicht eine Ansammlung von Ereignissen und Menschen, sondern ein Produkt von all dem. Neuhold verkneift sich im vorliegenden Büchlein „Salzkammergut. Orte der Erinnerung“ den lehrerhaft erhobenen Zeigefinger. Er geht vielmehr frei nach den Methoden der psychogeografischen Forschung Guy Deborts und der Situationistischen Internationale vor. Diese hat viel mit dem Umherschweifen und mit dem Wirkenlassen von Orten zu tun. Zu diesem lädt Neuhold ein. Er führt zu verschiedenen Plätzen, welche mit Ereignissen in Verbindung stehen, lässt diese auf die LeserInnen wirken. Er gibt nur knappe Hinweise und lässt den BesucherInnen Raum für eigene Ermittlungen.

Den einen oder anderen blinden Fleck auf der Karte des Salzkammerguts sichtbar zu machen, ist Neuholds Anliegen. Dass viele dieser blinden Flecken die Verbrechen des Nationalsozialismus betreffen, aber auch den Widerstand dagegen, hängt mit der bis dato vorherrschenden Geschichtspolitik zusammen, die vor allem vom Vertuschen und Verschweigen geprägt gewesen ist. Besonders betroffen von der Strategie des Verschweigens war der Beitrag der Frauen zum antifaschistischen Widerstandskampf. Angesichts dessen ist Marianne Feldhammer und Resi Pesendorfer jeweils ein Kapitel gewidmet.

**FRANZ FEND**

*Peter Pirker/Ingrid Böhler (Hg.): Bei den Partisanen in Athen. Tagebuch eines Deserteurs der Wehrmacht. Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 2023, 176 S., 24,90 Euro*

Der Lehrer Rudolf Bilgeri, Vater des Vorarlberger Musikers Reinhold Bilgeri, desertierte 1944 in Athen von der Wehrmacht und lief zu den griechischen Partisanen der linken, zum Großteil kommunistischen EAM/ELAS über. Seine „Tagebuchblätter“ sind nun in einer vorbildlichen Edition veröffentlicht worden. Die Bezeichnung ist allerdings irreführend, denn die Aufzeichnungen

sind erst während der Kriegsgefangenschaft in Ägypten entstanden, in der die Flucht schließlich endete.

Bilgeri war keineswegs ein Linker und vielleicht nicht einmal ein politisch reflektierender Antifaschist. In erster Linie wollte er seine Familie wiedersehen, und vor allem war er stark katholisch geprägt – ob er auch den religiös fundierten autoritären Bewegungen seiner Zeit, vor allem dem Austrofaschismus gegenüber kritisch eingestellt war, ist zumindest nicht überliefert. Aber er war gegen die Nazis, und ein im Buch abgedrucktes zeitgenössisches Dokument zeigt, dass auch diese ihn für politisch unzuverlässig hielten. Die Planung und Durchführung der Flucht ist deswegen kaum zu hoch einzuschätzen, denn wäre das Vorhaben bekannt geworden, dann hätte dies seinen sicheren Tod bedeutet.

Am 3. September 1944 floh Bilgeri mit drei Gleichgesinnten aus der Kaserne; die Männer täuschten, um ihre Angehörigen zu schützen, eine Entführung durch Partisanen vor. Tatsächlich schlossen sie sich diesen aber an. Das ist mit der spannendste Teil von Bilgeris Aufzeichnungen: Das Warten auf die Befreiung, das Hin- und Hergeschoben werden von Quartier zu Quartier östlich von Athen, die Hilfsbereitschaft der Partisanen und die Gespräche, die Bilgeri mit ihnen, oft auf Französisch, führte. Immer wieder wird deutlich, wie wichtig die Frauen des griechischen Widerstands waren – angefangen von der jungen Dolmetscherin des Wehrmachtstabs, die für die Gruppe die Kontakte zur Widerstandsbewegung ELAS herstellte und so die Flucht erst möglich machte, bis zu jenen, die die Gruppe mit Essen und Informationen versorgten.

Nach dem Abzug der deutschen Besatzer im Oktober 1944 wurde unter dem Eindruck der bekanntwerdenden Gräueltaten der Nazis der Hass der Griechen auf die Deutschen immer größer. Zudem zeichnete sich der Bürgerkrieg zwischen linken Partisanen und den vormaligen Kollaborateuren, der im Dezember 1944 beginnen sollte, schon am Horizont ab. Da die griechischen Freunde ihre Sicherheit nicht mehr garantieren konnten, beschloss die Männer im November 1944, sich in britische Kriegsgefangenschaft zu begeben. Dort wurden sie, ungeschöne Überraschung, in ein Kriegsgefangenenlager nach Ägypten verschifft, gemeinsam mit teils fanatischen Nationalsozialisten. Eindrücklich schildert Bilgeri, wie er und andere Nazi-Gegner beschimpft und misshandelt wurden, auch von einem Mord an einem Gegner



**Der Vorarlberger Lehrer Rudolf Bilgeri desertierte 1944 in Griechenland.**

des Nationalsozialismus wird berichtet. Schließlich trennten die Briten die Gegner des Nationalsozialismus von jenen Fanatikern, die Bilgeri als seine „grimmigsten Feinde“ bezeichnete.

Der Band ruft auch die „Waldheim-Affäre“ der 1980er Jahre in Erinnerung. Der frühere UNO-Generalsekretär und nun zum Bundespräsidenten gewählte Waldheim hatte seine Vergangenheit als Nachrichtenoffizier im dem Stab des 1947 hingerichteten Kriegsverbrechers Alexander Löhr massiv geschönt. Tatsächlich schrieb er während seiner Dienstzeit in Athen u.a. Berichte über so genannte „Bandenbekämpfungen“ – ein auch von griechischen Faschisten genutzter Kampfbegriff, hinter dem sich die Jagd auf linke, vorwiegend kommunistische Partisanen versteckte, bei der auch Zivilisten zur Abschreckung erschossen und ganze Dörfer geplündert und niedergebrannt wurden. Bilgeris Schilderung der allgemeinen Atmosphäre von Terror macht einmal mehr klar, dass Waldheim von den Kriegsverbrechen der Wehrmacht sehr wohl gewusst haben muss.

Dass dieser interessante Text nun veröffentlicht werden konnte, ist einem Forschungsprojekt der Universität Innsbruck zu verdanken, das sich mit den Tiroler und Vorarlberger Deserteuren des Zweiten Weltkriegs beschäftigte. Rund 800 Biografien konnten dadurch vor dem Vergessen bewahrt werden. Wie viele andere hat Rudolf Bilgeri die offizielle Rehabilitierung von Deserteuren im Jahr 2009 nicht mehr erlebt – er ist 1992 verstorben.

Nun wurden seine Aufzeichnungen von Peter Pirker und Ingrid Böhler von der Universität Innsbruck hervorragend ediert und mit einem erklärenden Vorwort versehen. Der griechische Histori-

ker Iason Chandrinos ordnet mit einem Text über die Zeit der deutschen Besatzung in Athen Bilgeris Erlebnisse in den Kontext der griechischen Zeitgeschichte ein. Reinhold Bilgeri beschließt den Band mit einer kurzen Erinnerung an seinen Vater. Dass er „das ‚Nie wieder‘ von Papa gelernt“ hat, wie er schreibt, ist nach der Lektüre der Aufzeichnungen mehr als verständlich.

**SABINE FUCHS**

*Bernhard Bouzek (Hg.): Free Nelson Mandela! Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich. Festschrift für Walter Sauer zum 70. Geburtstag. Wien: SADOCC 2024 (Studien zum Südlichen Afrika, Bd. 15), 102 S., 20 Euro*

Im Zentrum des vielfältigen und umfangreichen wissenschaftlichen und aktivistischen Wirkens von Walter Sauer stehen die Beziehungen zwischen Österreich und Afrika. Als Historiker ist der emeritierte Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein unumstrittener Experte für die kolonialen Spuren in Österreichs Vergangenheit und die komplexen Verflechtungen österreichischer und afrikanischer Geschichte. Doch Walter Sauer ist nicht nur Theoretiker. Neben seiner langjährigen Tätigkeit als Internationaler Sekretär des ÖGB wirken insbesondere seine Verdienste um die österreichische *Anti-Apartheid-Bewegung* (AAB) bis heute nach. Aus dieser Bewegung entstand nach dem Ende der Apartheid das in Wien ansässige *Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika* (SADOCC) – bis heute lebendiger Veranstaltungsort mit Archiv und Bibliothek sowie erste Adresse für alle Fragen rund um die Beziehungen Österreichs zum südlichen Afrika.

Anlässlich des 70. Geburtstags von Walter Sauer publizierte SADOCC den vorliegenden Sammelband, in dem die Aktivitäten der Anti-Apartheid-Bewegung, ihr Kampf gegen das rassistische Unrechtsregime in Südafrika und dessen UnterstützerInnen hierzulande, lebendig dargestellt werden. Zu Wort kommen ehemalige AktivistInnen, von denen viele bis heute aktiv zu einer kritisch-solidarischen Auseinandersetzung mit Ländern des südlichen Afrikas und allen voran mit Südafrika beitragen. Der Band besteht aus Erinnerungen an Episoden aus dem Anti-Apartheid-Engagement, aus Dokumenten von damals sowie aus Einschätzungen und Archivfunden. Viele Illustrationen – darunter Fotos von Aktionen,

Reproduktionen von Flugblättern, Plakaten und Zeitungsausschnitten – führen bei der Lektüre mitten hinein in die Auseinandersetzungen der Zeit.

1977 gegründet, organisierte die Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich im Laufe der folgenden knapp 17 Jahre viele öffentlichkeitswirksame Aktionen. Am bekanntesten ist wohl die Früchte-Boycott-Kampagne, durch die eine öffentliche Debatte über die umfangreichen Handelsbeziehungen Österreichs mit dem Apartheidregime initiiert wurde. Die AAB rief zum Kaufboykott südafrikanischer Früchte auf. Es gab Aktionen auf Märkten und Supermärkten mit Plakaten und Flugblättern. Aber nicht nur die KonsumentInnen wurden adressiert, sondern konkret auch jene, die den Handel mit dem Apartheidstaat organisierten. Die AAB veranstaltete Mahnwachen vor dem Hauptgebäude der Creditanstalt, „die als eine der größten österreichischen Banken nachweislich trotz Handelsembargo Geschäftsbeziehungen mit Südafrika unterhielt“. (S. 32) Dem Verantwortlichen für den Lebensmitteleinkauf der Konsum-Kette wiederum überreichten AAB-AktivistInnen im Oktober 1990 Unterschriften, verbunden mit der Aufforderung, den Verkauf südafrikanischer Produkte einzustellen. Wie so oft stieß die Bewegung auf wenig Verständnis, was zur Einschätzung führte, dass die Konsum-Genossenschaft, „wieder einmal“ ein „völliges Desinteresse in Sachen politischen und solidarischen Handelns unter Beweis gestellt“ habe. (S. 32)

Aber auch die vielen kleineren und größeren Aktionen, Veranstaltungen, Kundgebungen sowie konkrete Hilfeleistungen werden in dem vorliegenden Buch beleuchtet. Bemerkenswert aus heutiger Perspektive ist dabei auch die geographische Verbreitung der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung. Es handelte sich nämlich keineswegs um ein Hauptstadtphänomen. Die abgedruckten Berichte von ZeitzeugInnen aus Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Kärnten und der Steiermark machen zudem deutlich, dass die Aktivitäten der Bewegung für Aufsehen sorgten. AAB-AktivistInnen kritisierten Positionen und Aktivitäten von LokalpolitikerInnen und griffen mit öffentlichen Stellungnahmen in die mediale Debatte ein. Anlässlich einer Südafrika-Reise des damaligen Innsbrucker Bürgermeisters Romuald Niescher (ÖVP) kam es 1987 in Tirol zu einer breiten Diskussion über Apartheid. Ähnliche Berichte aus anderen Bundesländern

### Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ludwig

Felhofer, Franz Fend, Sabine Fuchs, Michael

Graber, Gerlinde Grün, Michael

Hollogschwandtner, Stefan Kraus, Simon

Loidl, Alfred J. Noll, Georg Pichler, Otto

Podolsky, Antonia Teibler, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

### AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

zeugen von kontroversiell geführten Debatten, in die die AAB eingriff und dabei rassistische Haltungen von Personen des öffentlichen Lebens anprangerte.

Sowohl die Vielfältigkeit als auch die intellektuelle Grundlage der Anti-Apartheid-Bewegung stechen dabei hervor. Es handelte sich nicht „nur“ um eine Solidaritätsbewegung, sondern um eine ernsthafte und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und Entwicklungen in Südafrika. Dies zeigt sich an den im Band erwähnten Publikationen von ProtagonistInnen der Bewegung ebenso wie in der bis heute andauernden Arbeit der SADOCC. Diese vertrat während der vergangenen Jahre keine bedingungslose Solidarität mit der ANC-Regierung, sondern kritisierte trotz einer prinzipiell solidarischen Haltung mit der ehemaligen Befreiungsbewegung stets negative Entwicklungen in Südafrika.

**SIMON LOIDL**